

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal,
 eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.

Verleger: Rühl, Nr. 1008.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Sonabend, den 28. August 1897.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Auf Kosten der Arbeiter.

Die Getreidepreise steigen, die Brote werden kleiner, die Preise größer. In Arbeiterkreisen wird die stille Unzufriedenheit mit den Getreideböllen von neuem wieder laut; der Wuchercharakter dieses Bolles tritt in einer Weise in die Erscheinung, daß selbst seine Anhänger nicht länger seine übertheuernde Wirkung bestreiten können.

Sollte man es möglich halten, daß in solchen Zeiten nicht etwa Junker und Agrarier, sondern Vertreter der Industrie den Muth finden, der Landwirtschaft unaufgefordert höhere Getreidebölle anzutragen? Eben erst ist durch die Presse die Notiz gegangen, daß die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft den Zentralverband deutscher Industrieller zu gemeinsamen Schritten zur Vorbereitung der künftigen Handelsverträge aufgefordert habe.

Dieser Schritt ist nach vielen Richtungen hin, nach seiner Vorgeschichte wie nach seiner Tendenz äußerst bedeutungsvoll für unsere innerpolitischen Verhältnisse.

Die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ist eine Vereinigung von Landwirthen, die sich bisher um wirtschaftliche Fragen in keiner Weise gekümmert hat. Ja, unter direktem Ausschluß jeder Politik hat sie sich einzig und allein mit technischen Fragen abgegeben, Ausstellungen veranstaltet, den An- und Verkauf von Saat-, Futter- und Düngemitteln für ihre Mitglieder besorgt und die Ackerbauwissenschaften literarisch gefördert.

Diese Gesellschaft nun, die allerdings eine imposante Zahl von Mitgliedern zählt, tritt mit einem Male an den Zentralverein der deutschen Industriellen heran, um mit diesem in der Frage der Handelsverträge Hand in Hand zu gehen als Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen.

Was muß vorgegangen sein, daß die Landwirtschaftsgesellschaft über den Kopf des Bundes der Landwirthe hinweg Fühlung mit den bei den Landwirthen so verhassten Vertretern der Großindustrie und des Großkapitals sucht?

Als im Mai dieses Jahres der Bund der Landwirthe sein Programm für die nächsten Reichstagswahlen veröffentlicht hatte, da nahm der Sekretär des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Abgeordneter Bued, auf der Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen Veranlassung, einen deutlichen Fühler nach der rechten Seite hin auszustrecken.

Unter starker Bekämpfung des Programms des Bundes der Landwirthe führte er aus, daß von den konservativen Vertretern der Landwirtschaft im preussischen Abgeordnetenhaus, von denen die Industrie früher recht unfreundlich behandelt wurde, jetzt doch ein anderer Ton angeschlagen werde. „Ich glaube bemerkt zu haben, daß das industriefeindliche Auftreten des Grafen Kanitz in den konservativen Parteien nicht die frühere Zustimmung gefunden hat. In dieser Beziehung kann ich hier nur feststellen, daß sehr hervorragende Mitglieder der konservativen agrarischen Partei, die uns früher ebenso feindlich wie Graf Kanitz gegenüberstanden, sich in letzter Zeit in Freundschaftsversicherungen für die Industrie fast überboten und für das Zusammengehen von Landwirtschaft und Industrie sprachen.“

Von der Feststellung dieser Wandlung auf Seiten der Agrarier bis zu der Aufforderung an die schutzkämmerischen Industriellen, den vernünftigen Agrariern eine Abkehr vom Bunde der Landwirthe zu ermöglichen, war nur ein kleiner Schritt. Denn bei der anerkannten Noth der Landwirtschaft muß ihr doch von Staats wegen geholfen werden, die Industrie muß Konzessionen machen und wäre es auch nur auf Kosten der Arbeiter.

In welcher Richtung diese Konzessionen nun liegen sollen, das ist sehr leicht aus den verschiedenen Aeußerungen des Hauptmachers eines agrarisch-industriellen Zusammenschlusses im Sinne Miquel's zu erkennen.

Erst tollend und schließlich legte der Abgeordnete Bued auf dem nationalliberalen Parteitag vorigen Jahres zunächst nur im Namen der ihm nahestehenden Industrie dar, daß höhere angemessene Getreidepreise für unsere Landwirtschaft ungemein wünschenswerth seien, und daß ein ausgiebiger Schutz ihr nothwendig sei. „Wenn sich der jetzt bestehende Schutz nicht als genügend erweisen sollte, so erhebt die mir nahestehende Industrie keinen Widerspruch gegen eine Erhöhung dieses Schutzes.“

Bei der Beratung des Handelskammer-Gesetzes ging Herr Bued schon seiner Sache weit sicherer vor und erklärte zwei Monate nach seiner ersten Aeußerung und mit bezug auf diese: „Ich hatte damals erklärt, wenn die Schutzbölle für die Landwirtschaft nicht hoch genug sind, so habe ich — und wenn ich mir erlauben dürfte, im Namen der Industrie zu sprechen — so hat die Industrie gar nichts dagegen, wenn diese Schutzbölle erhöht werden.“

Am weitesten aber trieb der Unterhändler Bued aber sein Angebot in seinem Vortrage in Düsseldorf. Dort trug er den Landwirthen direkt die Mithilfe für eine Erhöhung der Getreidebölle an und sagte unter dem Beifall der versammelten Fabrikanten: „Wir sind gern gewillt, der Landwirtschaft höhere Preise zu gönnen und soweit es nothwendig ist, durch die Erhöhung der Schutzbölle ihr zu Hilfe zu kommen.“

Wenn nun in diesen Tagen die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft mit dem Zentralverein der deutschen Industriellen zur Vorbereitung der Handelsverträge in Verbindung tritt, so

bildet dieser Schritt einmal die Antwort auf die Liebeswerbungen der Industriellen, sodann aber auch einen deutlichen Angriff auf den Bund der Landwirthe, gegen den sich die Neben Bued's fortwährend wandten.

Uns interessiert augenblicklich an diesem Erfolge der Miquel'schen Politik der Sammlung nur das Opfer des Handelsgeschäftes, die arbeitende Bevölkerung, der ihr Brot durch noch höhere Bölle als bisher künstlich im Preise gesteigert werden soll.

Das Vorgehen der deutschen Industriellen, denn, soweit sie dem Zentralverband deutscher Industrieller angehören, haben sie sich mit den Ausführungen ihres Generalsekretärs identifiziert, zeigt zur Evidenz, wie dem deutschen Unternehmertum das Ergehen des Arbeiters und die Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit gänzlich schunuppe ist. Fortgesetzt beklagen sie sich über den schweren Stand der deutschen Industrie, die infolge der zu gunsten der Arbeiter ihr auferlegten Lasten nicht mehr erfolgreich auf dem Weltmarkt zu konkurriren vermöge. Sie erwägen aber nicht, daß sie es sind, die die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeit hochgradig mindern, wenn sie dem Junkerthum hohe Getreidebölle garantiren. Die deutsche Industrie zahlt schlechtere Löhne wie das konkurrirende England, dagegen aber müssen die deutschen Arbeiter durch Zoll vertheuertes Lebensmittel, vor allem theureres Brot wie der englische Arbeiter kaufen. Die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters bleibt infolge dessen weit hinter der des englischen zurück, er ist daher auch lange nicht so leistungsfähig wie dieser.

Und nun kommen die deutschen Industriellen und wollen, um womöglich ein mochtvolles Kartell gegen die unbecommene Sozialdemokratie zu schaffen, nicht etwa mit den Arbeitern zusammen die Bölle beseitigen, sondern mit den Junkern sie noch weiter erhöhen helfen, den Arbeitern zum dikten, der deutschen Industrie aber zu künftigen Schaden. Denn eine Erhöhung der Getreidebölle bedeutet weitere künstliche Vertheuerung des Brotes, abermalige Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter und darum weitere Minderung der Leistungskraft der deutschen Arbeit.

Es ist eine Feinte, wenn Bued behauptet, die Höhe der Brotpreise üben einen außerordentlich geringen Einfluß auf die Höhe der Löhne aus. Das ist Nebenjache. Um so schlimmer ist's ja dann gerade für die Arbeiter, wenn die Brotpreise über den natürlichen Preisstand hinaus künstlich vertheuert werden, daß die Löhne nach Herrn Bued nicht nachfolgen. Das wäre also ein schlechter Trost für die Arbeiter.

Solche Attentate auf die Lebenshaltung der Arbeiter werden von denen geplant, die sich so gern die Brotgeber der Arbeiter nennen. Hier sind sie an der Arbeit, den Brotwunder nach Kräften zu unterstützen, unbekümmert um die Masse des auf billiges Brot angewiesenen, kümmerlich lebenden Proletariats. Und dieser Plan wird in einer Zeit der Verwirklichung nahe gebracht, da die Brotpreise in einer seit Jahren nicht dagewesenen Weise rapide in die Höhe schnellen!

Hil's da etwas anderes als Nothwehr, wenn die Arbeiter, erdrückt von den Lasten der von ihnen gezahlten Liebesgaben und Bölle, diesem neuesten Vogelschlagplan und den steigenden Getreidepreisen gegenüber die entgegengesetzte Forderung in den Mittelpunkt ihrer Agitation stellen und mit dem Ruf: „Nieder mit den Getreideböllen!“ — hoffentlich mit Glück und Erfolg der Politik der Sammlung wirksam entgegenarbeiten.

Politische Uebersicht.

Berlin, 27. August.

Der vierte Tag des Internationalen Arbeiterschutzes-Kongresses. Die Frage der Frauenarbeit, die den vierten Sitzungstag des Kongresses bis zum Abend ansfüllte, hatte schon vorher zwei lange und bewegte Sektions-sitzungen in Anspruch genommen. Mit dieser Frage sind so viele andere Fragen verknüpft, und all diese Fragen, sowie die Frage selber an sich, sind so wichtig, so vielgestaltig, berühren so viele Interessen, und stoßen an so viele Vorurtheile, daß jede Besprechung, wenn sie nicht mechanisch eingeschnürt werden soll, einen größeren Umfang annehmen, über weite Gebiete sich verbreiten muß. Die ganze Frauenfrage ist in der Frage der Frauenemanzipation, d. h. der politischen und sozialen Gleichstellung der Frauen, und deshalb konsequenterweise auch prinzipielle Gegner der Frauenarbeit. Sie stecken sich hinter die Humanität — und mit dem Röder der Humanität und dem Ideal des Familienglücks wird auch mancher ehrliche und sonst klare Verächter der Menschen- und Frauenrechte gefangen. — Sie sagen: die Frau ist zu schwach für die industrielle Arbeit, um die Frau zu retten, um sie der Familie zu erhalten, in der allein sie ihre Bestimmung erfüllen kann, muß die Frau dem Moloch des Kapitalismus entrissen werden durch das Verbot aller industriellen Frauenarbeit.

Dieser Standpunkt, der auf den ersten Blick viel Bestechendes hat, vertreten besonders die katholischen Demokraten und Sozialisten.

Für uns Sozialdemokraten hat diese Frage längst aufgehört eine Frage zu sein. Die Arbeit ist eine Nothwendigkeit, ohne Arbeit ist keine menschliche Gesellschaft denkbar; unter der Herrschaft des Kapitalismus ist der Arbeit aber ein Fluch aufgeladen. Es gilt also die Arbeit von dem Kapitalismus zu

befreien, und nicht die Hälfte der Menschen von der gesellschaftlich nothwendigen Arbeit auszuschließen. Die thatsächliche Folge würde sein, daß die Frau nicht der Familie erhalten oder zurückgegeben, wohl aber dem Elend und — in unzähligen Fällen — der Prostitution in die Arme geworfen würde.

Die Forderung des Verbots der Frauenarbeit ist um so gefährlicher, als sie — von den Philantropen und Gefühls-politikern abgesehen — nicht nur von allen denen befürwortet wird, welche patriarchalisch-mittelalterliche Zustände aufstreben, sondern auch von Massen organisirter Arbeiter, die, wie z. B. ein Theil der englischen Trades-Unionisten, zünftlerisch angehaucht sind und in der Frauenarbeit eine unbedeutende Konkurrenz der männlichen Arbeit erblicken.

Dieser Punkt ist der Angelpunkt, um den die Debatte des Kongresses sich dreht. Und es muß gesagt werden, die katholischen Redner: der Belgier Maxon de Biart, der österreichische Professor Schleicher, die Oesterreicherin Vogelsang, der schweizer Demokrat Dr. Decurtius — vertreten ihre Anschauung mit großem Geschick und sehr eindrucksvoll. Allein was von sozialistischer Seite durch den Mund der Frauen Braun und Jettin und der Genossen Bernerstorfer und Bebel zur Widerlegung dieser Ansicht vorgebracht wurde, war, weil durch die Logik der Thatfachen, durch die Wucht der Wirklichkeit unterstützt, dermaßen überwältigend, daß die Mehrheit, die sich für diesen Standpunkt erklärte, qualitativ noch weit überwiegender war als quantitativ. Wahrscheinlich hinreichend, weil sie, wie immer, das ganze Gewicht ihrer Persönlichkeit, ihr ganzes Ich in die Waagschale warf, sprach Frau Jettin, die noch niemals gleich hinreichend gesprochen hat.

Von besonderem Interesse war das Rededuell zwischen Decourtius und Bebel, das den Nebekampf um das Grundprinzip beschloß. Decourtius ist ein vortrefflicher Redner — mächtiges Organ, Leidenschaft, Temperament, urwüchsige Kraft und Gewandtheit — kurz alle Waffen des Redners stehen ihm zur Verfügung. Bebel hatte einen nicht unerbürdigen Gegner gefunden. Aber die Logik der Thatfachen ist unbesiegtbar und macht unbesiegtbar. Und an dem Ausgang konnte kein Zweifel sein. Die Gegenwart, die lebendige, von Leben strotzende, trotz aller Uebel des Kapitalismus üppig wachsende Gegenwart mußte den Sieg davontragen über die todte Vergangenheit, die von den konservativen und katholischen Feinden des Kapitalismus ins Leben zurückgerufen und aus dem Grabe hervorgeholt werden soll.

Die 165 Stimmen gegen, und die 98 Stimmen für den Antrag Biart, der die Frauenarbeit prinzipiell verwirft, zeigen das numerische Stärkeverhältniß der zwei Weltanschauungen, die auf diesem Kongreß einander gegenüberstehen.

Die Detailfragen, welche nach Entscheidung dieser Prinzipien noch sich darbieten, sind von untergeordneter Bedeutung, und werden durchweg — meist ohne Widerstand der katholischen Arbeiterpartei — ziemlich rasch erledigt.

Sehr lehrreich für unsere deutschen Konservativen und Zentrumskräfte ist der Energie, mit der die Gesinde-Ordnungen von den katholischen Sozialisten verurtheilt werden. Herr Decourtius, der Führer derselben, bezeichnete diese „Ordnungen“ als Ueberbleibsel des barbarischen Mittelalters, die nicht schnell genug beseitigt werden könnten.

Eine Frage, die noch eine Debatte veranlaßte, war die Frage der Hausarbeit. Die Engländer, bei denen die Großindustrie alles beherrscht, verlangen die Abschaffung der Hausindustrie sans phrase. Die Mehrheit des Kongresses will aber keine frommen Wünsche in Beschlusform bringen; sie überläßt vorläufig die Abschaffung der Hausindustrie dem Kapitalismus, der sie vernichtet, und begnügt sich zunächst mit einer zweckmäßigen und zweckentsprechenden Arbeiterschutzes-Gesetzgebung auch für die Hausindustrie.

So ist auch der vierte Kongrestag so verlaufen, daß die Sozialdemokratie es nicht zu bereuen braucht, diesen Kongreß besucht zu haben.

Das „Attentat auf den kaiserlichen Hofzug“ spült immer noch in der Presse herum. Die „Rbln. Ztg.“ weiß schon ganz genau, daß es sich um ein beachtliches Attentat handelt, und auch von anderen Seiten wird die Presse mit Artikeln und Illustrationen reichlich versorgt, die das „Verbrechen“ ansführlich behandeln. Vorläufig reitet man noch auf dem Gedanken herum, daß die „Attentäter“ jedenfalls Ausländer gewesen seien. Der kaiserliche Hofzug hat nämlich acht Stunden vorher die Stelle aber auf dem entgegengesetzten Geleise passiert, und deutschen „Attentäter“ traut man bessere Informationen zu. Eine sehr verständige Aeußerung finden wir in dem „Hannoverschen Anzeiger“, in dem die künstliche Mache geschildert wird, mit der diese ganz lächerlichen und unbegründeten Attentatsgerüchte fabrizirt und verbreitet wurden.

Als die Nachricht von dem Anfalls in den Zeitungen erschien, wurde beiläufig auch davon Notiz genommen, daß das Kaiserpaar an demselben Tage die Strecke passiert hatte. Nur eine Korrespondenz aus Gelle, die an gewissenloser Sensations-mache das Mögliche leistete, — ohne daß der Verfasser an Ort und Stelle gewesen war, phantasierte er noch von herumliegenden Pfeifstücken, halben Gesichtern zc., als nicht ein Blutstropfen mehr zu entdecken war — stellte die Thatsache, daß der kaiserliche Hofzug selbigen Tages die Strecke passiert habe, an die Spitze des Berichtes. Von einem Verbrechen war

damals weder in den Blättern noch im Publikum die Rede. Dem Berliner Lokal-Anzeiger war es vorbehalten, zuerst die Frage aufzuwerfen: „Unglück oder Verbrechen?“ Kein Mensch kümmerte sich aber darum und trotzdem viele Zeitungen die Notiz abdruckten, machte sie beim Publikum gar keinen Eindruck. Dann kam das Telegramm des Kaisers an den Minister der öffentlichen Arbeiten, das dem Minister jedenfalls sehr unangenehm war. Von Berlin ging dann ebenfalls eine Verfügung nach unten, die dort ebenso wenig Freude erregt haben wird, wie das kaiserliche Telegramm bei Herrn Thielen. Der Kaiser, das Ministerium, sie verlangten genaue Aufklärung. Wie sollte die gegeben werden, wie sollte man in dem Chaos von Schienen, Wagenhebeln und Schwellen die Ursache der Entgleisung herausfinden? Aber eine Aufklärung wird verlangt, muß gegeben werden. Wurde nicht von einem Verbrechen gemunkelt? Natürlich, nur ein Verbrechen kann die Ursache sein. Der Photograph Wolf aus Harburg hat zwar geäußert, die Schnelligkeit des Zuges sei ihm ganz unheimlich gewesen — aber das schadet nichts, das wird nicht beachtet. Das „Verbrechen“, das „Attentat“ ist ja so willkommen, es macht jede eingehende Untersuchung überflüssig. Die „Kölnische Zeitung“ wird informiert, beeinflusste Korrespondenzen versenden ihre Agitationsartikel, morgen spricht alle Welt von dem „Attentatsversuch bei Eschede“.

In dieser Weise werden bei uns „Attentate“ fabriziert! Es sollte uns sehr wundern, wenn nicht die „Post“ und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auslänglich dieser Affäre in den nächsten Tagen Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie verlangen sollten. — Ueber die möglichen Ursachen der Entgleisung schreibt der „Hannoversche Anzeiger“ noch:

„Ebenso gut kann man annehmen, daß das bei Eschede so sehr häufige Vorkommen, das mit Vorliebe auf den Eisenbahndämmen zwischen den Schienen kleine Steinechen zur Veranlassung aufweist, durch sein Scharren und Kratzen Schwellen und Schienen auflockert hat. Was den Umstand anbelangt, daß man an den Schienen Spuren von Anwendung einer Winde gefunden haben will, so muß darauf erwidert werden, daß erstens ein Umfallen und Entgleiten mehrerer Wagen alle möglichen Verletzungen der Schienen herbeiführen kann, die unter Umständen den Anschein erwecken können, als habe Menschenhand sie hergestellt, dann aber darf man auch fragen: Sind diese Spuren vielleicht nicht die Folgen der Aufschäumungsarbeiten?“

Daß die Allianz zwischen Rußland und Frankreich nun auch formell ausgesprochen wurde, wird in der lebhaftesten Weise nicht bloß von der französischen Presse erörtert. Wir begreifen nicht das Wesen, das hieraus gemacht wird. Die Thatsache des Bündnisses stand schon seit langem fest und die „feierliche“ Aussprache ändert doch daran nichts, daß Rußland diese Allianz in dem Augenblicke ignorieren wird, wo dies seinen Interessen entsprechen könnte. —

In den Friedensverhandlungen meldet die Wiener „Politische Korrespondenz“ aus Konstantinopel: Der neu stilisierte Artikel Nr. 6 des Friedens-Präliminar-Vertrages stellt fest, daß sich nach Ratifizierung des Friedensalles die türkischen Truppen nach Norden längs des Flusses Salambria und nach Osten längs der Eisenbahnlinie Larissa-Bolo zurückziehen und letztere zwei Städte besetzt halten. Die Termine der Kriegentschädigungs-Zahlungen sollen erst im definitiven Vertrag dezent festgelegt werden, daß die letzte Zahlung in kürzester Zeit erfolgt, wobei die Mächte vermittelnd einwirken wollen. Nach jeder Zahlung wird ein Stück griechischen Territoriums geräumt, nach der zweiten Zahlung konzentrieren sich die türkischen Truppen gegen Bolo, von wo nach der letzten Zahlung die gänzliche Räumung zu erfolgen hat.

Deutsches Reich.

Die G. m. a. f. a. s. n. werden jetzt für die Flottenagitation mobil gemacht. Wenigstens meldet die für unser Volk flottenpläne schwärmende national-soziale „Zeit“, daß der Kaiser am Montag dem Professor am Kaiserlichen Friedrichsgymnasium wörtlich sagte: „Scharfen Sie nur der Jugend ein, daß eine tüchtige Flotte für das Deutsche Reich eine Lebensbedingung ist.“

Tags darauf ließ der Kaiser durch den Regierungspräsidenten dem Direktor des Friedrichsgymnasiums für die Lehrer- und Schülerbibliothek je ein Exemplar des Prachtwerkes von Wislicenus, Deutschlands Seemacht, überreichen.

Auf den Ausgang der nächsten Reichstagswahlen dürfte diese Agitation noch nicht von bemerkenswertem Einflusse sein. —

Eine freudige Botschaft — für die „Staatsbürger-Zeitung“ ist es, daß das nächste Kriegsschiff, das seinen Stapellauf zu machen hat, „Erfah Leipzig“, „Bismarck“ getauft werden soll. —

Herr v. Bülow wird mit ziemlicher Bestimmtheit als künftiger Reichskanzler bezeichnet. —

Der Nachfolger Dr. Voediker's. Die Befehung der Stelle des Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts wird, wie die „N. N.“ schreiben, noch längere Zeit auf sich warten lassen müssen. Erst muß der Bundesrat sich über die etwaigen Vorschläge für diesen Posten schlüssig machen, bevor sie dem Kaiser unterbreitet werden. Bis dahin können erstliche Kandidaturen förmlich nicht in Frage kommen. Da der Bundesrat vor Mitte September nicht wieder zusammentreten wird, ist vor Anfang Oktober die Neubefehung ausgeschlossen. —

Ueber die Kündigung des englischen Handelsvertrages und die mutmaßlichen Folgen dieser Kündigung äußert sich Professor Sujo Brentano in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ folgendermaßen:

„Es dürfte wahrscheinlich zu einer Erneuerung des englisch-deutschen Handelsvertrages, was das britische Mutterland angeht, zu demselben oder für uns nicht schlechteren Bedingungen als die bisherigen kommen. Allein, wenn und damit fürs Erste auch unsere bisherige Ausfuhr nach Großbritannien erhalten bleiben dürfte, so sieht es anders mit unserer Ausfuhr nach den überseeischen britischen Besitzungen. In diesen genießt vom 1. August 1898 an die britische Waare einen Vorzug um 25 pEt. des Zolls vor der deutschen Waare, und alsdenn dürfte sich die handelspolitische Autonomie der britischen Kolonien in noch unangenehmerer Weise für Deutschland fühlbar machen. Was aber die Zukunft noch bringen wird, ob sich aus der nunmehr beginnenden differenziellen Behandlung britischer Waare in den Kolonien nicht doch ein britischer Zollverein mit Vollen gegen alles Nichtbritische entwickeln wird, läßt sich trotz der Ablehnung solcher Gedanken seitens der Freihändler heute nicht sagen. Der Opportunist Chamberlain hat allerdings erklärt, auf den Gedanken für immer verzichtet zu haben. Daß sein „für immer“ unter Umständen von kurzer Dauer ist, hat seine Wandlung in der irischen Frage bewiesen. Lauter aber hat trotz seines freihändlerischen Bekenntnisses der „Daily Chronicle“ bereits erklärt, daß er zu einer differenziellen Begünstigung kanadischer Einfuhr seitens Englands nicht Nein sagen würde, und in den australischen Kolonien besteht eine lebhafteste Agitation für den Ausbau eines britischen Zollvereins. Ich habe keinen Zweifel, daß er in dem Augenblicke zur Wahrheit werden wird, indem sich die Handelsbeziehungen Großbritanniens zu den übrigen Ländern so verschlechtern sollten, daß ihm die Ruchtschaft seiner Kolonien als das vergleichsweise Wichtigste erscheinen würde.“

Auf die agrarischen „großen Mittel“ scheint doch noch nicht die ganze Landwirtschaft eingeschwozen zu sein. Aus dem gegenwärtig in Dresden stattfindenden Vereinstag der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften behandelt am Freitag der Verbandsdirektor Bach-Dresden das Thema: „Empfehlungen auf Grund der zeitlich gemachten Erscheinung die Errichtung von Bäckerei- und Mälzerei-Genossenschaften?“ Der Referent bemerkte u. a.: Das fortwährende Sinken der Getreidepreise habe den Ruin der Landwirthe verschuldet. Um den vollständigen Ruin

abzuwenden, sei das Börsengesetz und die Errichtung von Getreide-Lagerhäusern geschaffen worden. Aber diese Institutionen allein seien nicht geeignet, dem Landwirth zu helfen. Insbesondere sei das Börsengesetz ein zweischneidiges Schwert und habe Leinwand den Landwirth denjenigen Vortheile gebracht, die heilblätige Propheten von demselben verheißt haben. Wenn die Landwirthe den Ruin von sich abwenden wollen, dann sei es notwendig, daß sich dieselben nach anderen, mehr praktischen Mitteln umsehen. Es empfehle sich, daß die Landwirthe versuchen, in die Geheimnisse der Mälzerei und Bäckerei einzudringen, die Herstellung des Brotes sei noch immer rückwärts gewesen. Der Redner befürwortete schließlich einen Antrag, der den Landwirthen die Errichtung von Bäckerei- und Mälzereigenossenschaften empfiehlt. Dieser Antrag wurde auch angenommen. — Es scheint, wie man schon lange vermutete, wirklich abzubrüdeln von der Herrschaftstellung des Bundes der Landwirthe!

Die preussischen Junker werden von einem Stammesgenossen „v. E.“ in den „Preussischen Jahrbüchern“ ganz wunderbar charakterisiert und tonterteit. Er schreibt: „Ich weis mich der Zeit noch wohl zu erinnern, da die meisten meiner Stammesgenossen das Gymnasium vor dem Abiturientenexamen verließen, oft schon auf Tertia und Quarta, da viele von ihnen mit der deutschen Rechtschreibung auf sehr gespanntem Fuß lebten. Diese Zeit ist ja Gott sei Dank vorüber. Auch der Adelige besitzt heutzutage großentheils akademische Bildung. Aber eine starke Gleichgültigkeit gegen die Wissenschaft, die sich nicht selten zur souveränen Verachtung steigert, ist in weiten Adelskreisen noch immer verbreitet. Vor allem sind es die Stammherren, die Familienhäupter — sie sind meistens Herrenhausmitglieder — die in solcher geistigen Verfassung leben. Sie sitzen auf ihren Gütern, bewirtschaften sie tant pis quo mal (besser schlechter als schlecht), leben als Grand-Seigneurs, jagen, reiten und — lesen die „Kreuz-Zeitung“. Die übrige Welt interessiert sie wenig. Auf die Demokraten, Juden und Universitätsprofessoren wird kräftig geschimpft; fast jedes neue, dem Juge der Zeit angepaßte Gesetz, besonders auf sozialpolitischem Gebiet, ist ihnen ein Dorn im Auge, und eine Regierung, die solche verderbliche, unchristliche Gesetze vorschlägt, ist nicht werth, daß sie existirt. Geistige Bewegungen, aus der Volksseele entspringend und sie mächtig erregend, müssen, ihrer Ansicht nach, mit Gewalt unterdrückt werden. Sie halten das Christenthum hoch, aber es muß ihr Christenthum sein, mit denen von ihnen gebilligten Formeln und Neuheiten. . . . Ihr Christenthum ist ihnen nicht die freie Religion, die soziale That, sondern es ist ihnen das ererbte, mächtige Mittel, das Volk im altgewohnten Geleise zu erhalten.“

Andere Leute haben das, was da mitgeteilt wird, schon lange gewußt. Sie so etwas aber von einem Standesgenossen und noch dazu in den konservativen „Preussischen Jahrbüchern“ sagen lassen zu müssen, daß muß für die, allerdings treffend abgemalten, Junker sehr bitter sein.

Ein anderer Ritter, nicht der Oberpräsident, sondern der Präsident des Abgeordnetenhauses soll sich einer Beamtenbeleidigung schuldig gemacht haben.

Die „Zeitung für Pommern“ stellt die Sache richtig, indem sie schreibt:

„In dem fraglichen Tage war Herr v. Köller-Cantred (nicht der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, sondern der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses und des pommerschen Provinzial-Landtages) in Belgard und hatte mit dem Bahnhofs-Vorsteher eine Auseinandersetzung, da er nicht zum Einsteigen in den Berliner Zug ausgefordert worden war. Herr v. Köller hat sich auch von dem Bahnhofs-Vorsteher das Bescheidbuch geben lassen, um darin seine Enttragung zu machen. Herr v. Köller kam nicht aus Stettin, sondern aus Stolp, woselbst er als Vertreter der Provinz der Eröffnung der Kleinbahn Schmölln-Stolp beigewohnt hatte.“

Die Unterstufung der streikenden Hamburger Hafenarbeiter hat einem königl. Premier-Lieutenant der Reserve das Offizierspatent gekostet. Der Delinquent, um den es sich handelt, ist der Dr. W. Ruprecht in Göttingen, Mitinhaber einer bekannten Buchhandlung und Mitglied des Nationalsozialistischen Vereins. In dieser letzteren Eigenschaft hatte er sich z. B. an den von den National-Sozialen veranstalteten Sammlungen für den Streik betheiligt. Das war zu viel! Vom Besatzkommando wurde ihm bedenklich, seinen Abschied einzureichen. Er that dies in dem folgenden Schreiben:

Nachdem mir die Wahl gestellt ist, entweder meine politische Thätigkeit als Mitglied des national-sozialen Vereins anzugeben oder auf meine Stellung als Offizier zu verzichten, und da ich, meiner ehrlichen Ueberzeugung nach, Seiner Majestät, meinem Kaiser, und meinem Vaterlande besser durch jene Thätigkeit dienen kann, als wenn ich noch einige wenige Jahre dem Heere angehöre, bitte ich Euer Hochwohlgeboren, mein Gesuch um Verabschiedung der Allerhöchsten Genehmigung zu unterbreiten.

Der Mann bekam jedoch sein Abschiedsgesuch in der folgenden Form zurück:

„Dem Igl. Pr. Lt. d. Res. v. Herrn Ruprecht, Hochwohlgeboren, mit dem Bemerkten zurücksendend, daß nebenliegendes Gesuch in dieser Fassung Sr. Majestät dem Kaiser nicht zu unterbreiten ist.“

Wie Ew. Hochwohlgeboren bekannt und mir zugestanden haben, hat der national-soziale Verein seinerzeit die in Hamburg um die Frage der Macht kämpfenden, streikenden, sozialdemokratischen, bezw. von solchen aufgewiegeln Arbeiter unterstützt, um damit sich in direktem Gegensatz mit den darüber bekannt gegebenen Allerhöchsten Ansichten befanden. Die von Ew. Hochwohlgeboren dargelegte Begründung des Abschiedsgesuchs enthält somit Behauptungen an Sr. Majestät, die diesseits nicht eingereicht werden kann.

Da Ew. Hochwohlgeboren der gesetzlichen Dienstpflicht genügt haben, würde das Abschiedsgesuch nach dem Muster 4 zu Anlagen der Bestimmungen für Offiziere des Beurlaufsstandes anzufragen sein und stelle ich anheim, hiernach ein neues Gesuch aufzustellen. Rücksicht bis zum 10. Juli 99 N. Schoenbeck.

Der arme Premier-Lieutenant der Reserve reichte darauf ein neues Abschiedsgesuch ohne die beanstandete Motivierung ein und bekam darauf prompt seinen Abschied. — So etwas kann nur bei uns vorkommen und zeigt den preussischen Militarismus auf seiner ganzen Höhe. Hoffentlich wird der Göttinger Herr sein Unglück mit Gelassenheit zu tragen wissen. —

Hannover, 16. Juni. („Nat.-Blg.“) Aus Göttingen wird wieder von einer Hausfuchung berichtet, die bei dem Rechtskandidaten Miquel stattfand. Als Grund dieser unerwarteten Maßregel gab der erkrankende Beamte an, daß Miquel der Theilnahme an politischen Verbindungen verdächtig sei, weil einer seiner Universitätsfreunde, welcher in Berlin wegen Verdachts der Theilnahme an einem kommunistischen Vereine verhaftet sei, ihn vor einigen Wochen in Göttingen besucht habe.

Für diejenigen unserer Parteigenossen, die über den Ausgang des Verfahrens gegen Genossen Miquel benachrichtigt sein sollen, sei mitgeteilt, daß vorliegendes Notiz nicht dem Jahrgange 1897, sondern 1881 der „National-Zeitung“ entnommen ist, und daß der Rechtskandidat Miquel trotz der unangenehmen, sonst die Karriere störenden Polizei-Akten, es bis zum Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums und patentirten Sozialistenlehrer gebracht hat. —

Also avancirt! Der frühere Bezirkskommissar v. Carnay, bekannt aus dem Opalenhager Prozeß, ist jetzt, nachdem er sich bei der Bonner Straßenbahn in die Betriebsgeschäfte eingearbeitet hatte, zum Betriebsleiter der Kleinbahn Empel-Rees ernannt worden. —

Nicht in Chemnitz, wie wir nach einem anderen Blatt mittheilten, sondern in Sebnitz bei Pirna sind sozialdemokratische Sammelstellen für die durch das Hochwasser geschädigten Personen polizeilich beschlagnahmt worden. Der betreffende Parteigenosse soll nun auch noch 10 Mark Strafe zahlen. Er hat gerichtliche Entscheidung beantragt. —

Die gemeinsame Reichstags-Kandidatur aller bürgerlichen Parteien gegen den bisherigen Abgeordneten für Göttingen, Genossen W. Vogt, soll nicht definitiv zu Stande gekommen sein. Die freisinnige Volkspartei will erst nach dem Nürnberg-Parteitage zu der Frage Stellung nehmen. —

Hamburg, 26. August. (Sig. Ver.) Der Verein Hamburger Rheder hat sich, wie auch der „Vorwärts“ schon mittheilte, vor einiger Zeit in einem ausführlichen Gutachten an die Handelskammer über die Vorschläge der Technischen Kommission, betreffend Abänderung der Seemanns-Ordnung geäußert. Besonders wendeten sich die Rheder gegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und gegen die Stellung der sogenannten Seemannsämler unter die Oberaufsicht des Reiches. Beides aus wohlbegründeten Gründen. Heute ist das Seemannsamt oder der Beamte desselben, der Wasserchout, nichts anderes, als ein Angestellter der Herren Rheder, in deren Sinne und Interesse er seine Befugnisse ganz allein ausüben kann. Das müßte sofort anders werden, wenn das Reich sich in die Sache hineinmischte und der „Herr Seemannsamt“ auch anderen Personen gegenüber, als den Rhedern und den Behörden der Hamburger Rhederrepublik allein verantwortlich wäre. Darum um Himmelswillen keine Reichskontrolle. Gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit wenden sie sich noch entschiedener. So verlangen sie entgegen den Vorschlägen der Technischen Kommission, daß in der Musterrolle fixirt werden soll die Verpflichtung des Seemanns, jederzeit Ueberstunden zu machen, daß also der Seemann, falls er sich weigert, Ueberstunden zu machen, wegen Behorhamsverweigerung mit schweren Geld- und Gefängnisstrafen belegt werden soll. Dieser Zwang der Schwächeren durch den wirtschaftlich ungleich Stärkeren wird in dem Gutachten der Rheder eine „freie Vereinbarung“ genannt. Noch prophetischer sind die Gründe, mit denen die Rheder einer Verlängerung der Arbeitszeit zu begegnen suchen. Natürlich würde vor allem „der ganze deutsche Handel über eine Verlängerung der Arbeitszeit zum Teufel gehen“, aber nicht ist es Selbstsücht, die die Rheder bei ihren Erwägungen leitet. Sie haben das Wohl der Seeleute im Auge. Verlängerung der Arbeitszeit, Normalarbeitszeit und ähnliche Dinge, mit denen „sozialdemokratische Agitatoren in den letzten Jahren auch die Seeleute zu verlocken suchen“, sind für den Seefahrer nicht nöthig, denn „bei gewöhnlichen Verhältnissen“, heißt es in dem Rheder-gutachten, „haben sich die Seeleute über alle große Anstrengung nicht zu beklagen“. Daß die „gewöhnlichen Verhältnisse“ auf den Schiffen allmählich aus der Mode gekommen sind und bei dem heftigen Konkurrenzkampf der Rheder unter einander stets ungewöhnliche Verhältnisse herrschen, sagt man nicht. Eine Verlängerung der Arbeitszeit würde aber vor allem die Mehrverpflichtung von Schiffswald bedingen und damit wiederum eine Verringerung des Rhederprofits. Heute zahlt der Hamburger Rheder dem Seemann für seine harte Arbeit den königlichen Kaufmanns-Lohn von etwa 13/4 Pfennig pro Stunde inkl. Beköstigung bei 12-stündiger Arbeitszeit. Da die Monatslohnsteuer sich trotz Verlängerung der Arbeitszeit nicht auf mehr herabdrücken lassen würde, so würde der Rheder dem Seemann pro Stunde vielleicht 3 bis 4 Pf. mehr zahlen müssen, und darüber würde eben die ganze könlgl. Kaufmannsherrschaft zu grunde gehen, d. h. wenn man den Herren Rhedern glauben wollte. Aller Prognostikhaftigkeit fest aber die Krone auf die Behauptung, daß die Arbeitszeit für die Seeleute deshalb nicht verlängert werden brauche, weil die Seeleute ein Bedürfnis nach geistiger Fortbildung nicht hätten. Kein Sach in dem ganzen Rhedergutachten hat so sehr die Enttäuschung der seefahrenden Bevölkerung hervorgerufen, als diese frech-brutale Behauptung. Gerade in den letzten Jahren sind nämlich unsere jungen Seeleute zu einem sehr erheblichen Theile immer eifriger bestrebt gewesen, sich nautische Kenntnisse anzueignen, um in die höheren Chargen der rapid wachsenden deutschen Handelsflotte gelangen zu können. Da die Rheder jedoch genügend Beweismittel nur die Offiziersstellen auf ihren Schiffen von Chargierten der Kriegsmarine erhalten, die ein scharfes Regiment nach dem Herzen der Herren Rheder über das Schiffswald führen können, ist ihnen an der Ausbildung der jungen Seeleute nicht allzu viel gelegen. Da die geistige Fortbildung die Seeleute über ihre miserable Lage, die mindestens hart an die Sklaverei grenzt, aufklären könnte, dekretirt der Verein Hamburger Rheder: Der Seemann hat kein Bedürfnis nach geistiger Fortbildung. Wegen diese ganze prohenhafte Annahme, welche aus dem Gutachten der Rheder spricht, nahm am Mittwoch Abend eine große Versammlung der Seefahrer aller Chargen von Hamburg-Altona Stellung. Nach einem Referat des Reichstags-Abgeordneten W. Meißner wurde unter lebhaftem Beifall folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung der Seeleute aller Chargen überweist die endgültige Beschlußfassung über die Arbeit der Technischen Kommission für Seeschiffahrt in Berlin, betr. die Abänderung der Seemannsordnung und des Seemannsrechts, dem im Herbst d. J. in Hamburg zusammentretenden deutschen Seefahrer-Kongreß. Im weiteren brüdt aber die Versammlung ihre absolute Mißbilligung über die in dem Handelskammer-Gutachten der Hamburger Rheder betreffend die Abänderung der Seemannsordnung zu Tage getretene Niedrigkeit der Stimmung aus und beauftragt das Bureau, diesen Protest zu gegebener Zeit und in geeigneter Weise zur Kenntniß der Regierung und der sämmtlichen Mitglieder des Reichstages zu bringen.

Hamburg, 27. August. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Der Hamburger Senat macht heute die Schlußbestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kleider- und Wäscheindustrie bekannt. —

Dresden, 27. August. (Sig. Ver.) Zu den Landtagswahlen. Am 18. sächsischen Wahlkreise (Japan-Marienberger-Deban) haben die Kartelparteien den Bürgermeister Dr. Schöne-Dederan als Kandidaten aufgestellt. Herr v. Könnrich auf Erdmannsdorf hat die ihm angebotene Kandidatur abgelehnt. Bisher war der Kreis durch den Antisemiten Schubert-Chemnitz vertreten. Seitens der deutsch-sozialen Reformpartei wird aber diesmal der Kaufmann Michael-Chemnitz aufgestellt. Dieser hat sich auch zur Annahme der Kandidatur bereit erklärt. —

Im 10. sächsischen Landtags-Wahlkreise ist von den „Ordnungs-parteien“ inkl. Bund der Landwirthe der Gemeindevorstand Großmann-Planen als Kandidat für die Landtagswahl nominiert worden. —

Die Arbeitszeit unserer Brüder in Waffentrocke. Bei einer Kompagnie des Dresdener Leib-Grenadier-Regiments war, wie die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schreibt, am 12. August d. J. folgender Dienst: Von 6-7 Uhr Stunde über Felddienst, 7-8 1/2 Uhr Geregieren, 8-10 Uhr Parade, 10-11 Uhr Stunde über Straßendisziplin, 11-12 Uhr Gewehrreinen, 12-1 Uhr Ausruhen zum Essen. Dann von 1-6 Uhr Kommerarbeit, 6-7 Uhr Büchsenreue, 7 Uhr Ausstellung im Tuchrode, 7-8 1/2 Uhr Geregieren, 8-10 Uhr Ausstellung seldmarckmäßig und um 10 Uhr endlich Verlesen.

Am 13. August früh um 3 Uhr Aufstehen, dann diversen Dienst bis 7 1/2 Uhr abends und dann gab's frei zur Logenweise; am 14. August um 4 Uhr Aufstehen, dann Dienst bis 10 Uhr abends, 11-12 Uhr wurde verlesen. Dann einen Sonntagsdienst: am 15. August 1/2 Uhr Aufstehen, bis 6 Uhr Seiten gemacht, dann „Kirchensachen“ gefast, 7 1/2 Uhr Stellen zur Kirchenparade, 11 Uhr zurück, 11-12 Uhr Sachenreinen, 12-1 1/2 Uhr Essen, 1 1/2-1 Uhr Sachenabnehmen, wobei sie aber in Wirklichkeit bis 2 Uhr gestanden haben, 2-3 1/2 Uhr Schranz- und Stubenbüchsen, 3 1/2-4 1/2 Uhr Ausstellung im Tuchanage und Dienstaufgabe, 4 1/2-4 Uhr Stunde über Felddienst, dann Kaffeepause und dann frei zum Ausgehen.

Den folgenden Montag wird wieder um 3 Uhr aufgestanden und abends um 10 Uhr erst verlesen, wobei von 5 Uhr 40 Minuten bis 2 Uhr 15 Minuten Felddienst. Am 20. August wird 1/2 Uhr früh aufgestanden und abends 10 Uhr verlesen, darin 8 Stunden

Regimentsfelddienst, den folgenden Tag, ein Sonnabend, früh 5 1/2 Uhr aufstehen und bis nach 1/12 Uhr Dienst; obwohl um 10 Uhr schon verlassen worden war, mußte doch bis 1/12 Uhr noch geschert werden.

Ein solcher Dienst übersteigt den Abhärtungszweck bei weitem und muß als Ueberanstrengung angesehen werden.

Eine sehr vernünftige Entscheidung wurde in einer Groben-Kauf-Sache vom Amtsgericht Grimma getroffen. Die Genossen Krause und Geringer in Grimma verteilten in den Abendstunden des 10. Juni in einzelnen Straßen Grimma's Flugblätter. Dadurch sollten sie „groben Unfug“ verübt haben, wofür sie vom Stadtrat zu Grimma, als der Polizeibehörde, ein Strafmandat in der Höhe von 5 M., event. 1 Tag Haft erhielten. Die beiden Genossen beantragten gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht hob die Strafverfügung auf und überwies die Kosten der Staatskasse unter folgender Begründung:

„Gegen diese, ihnen (also den Angeklagten) am 30. Juni d. J. zugestellten Strafverfügungen haben die Angeklagten bei der Polizeibehörde der Stadt Grimma mündlich am 5. Juli d. J., sonach formrichtig und rechtzeitig Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt. Dieser Antrag mußte zur Aufhebung der erlassenen Strafverfügungen führen. Denn nach § 29 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 sind zur Entscheidung über die durch die Presse begangenen Uebertretungen die Gerichte ausschließlich zuständig. Diese Bestimmung ist, da sie eine prozessrechtliche ist, und nach § 5 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zur Strafprozess-Ordnung die prozessrechtlichen Vorschriften des Reichsgesetzes durch die Str.-Pr.-O. nicht berührt werden, in Geltung geblieben. Nach § 2 des Reichs-Prozessgesetzes vom 7. Mai 1874 finden die Bestimmungen dieses Gesetzes Anwendung auf alle Erzeugnisse der Buchdruckerpresse, sowie auf alle anderen, durch mechanische oder chemische Mittel bewirkten, zur Verbreitung bestimmten Vervielfältigungen von Schriften. Es kann hiernach nicht zweifelhaft sein, daß die Bestimmungen jenes Gesetzes auch auf die vorliegenden Wahlflugblätter Anwendung finden. Da sich demnach die That der Angeklagten als eine solche darstellt, bei welcher die Polizeibehörde zum Erlass einer Strafverfügung nicht befugt war, so hatte das Gericht nach § 458 St.-P.-O. die erlassenen Strafverfügungen aufzuheben, ohne in der Sache selbst zu entscheiden. Nach § 408 St.-P.-O. hat jedes Urteil Entscheidung darüber zu treffen, von wem die Kosten des Verfahrens zu tragen sind. Es mußte deshalb auch in dem vorliegenden, woher eine Verurteilung nach einer Preisbestimmung, noch eine Einstellung des Verfahrens ausserordentlich Urtheile bestimmt werden, wenn die Kosten des Verfahrens zur Last zu legen sind. Da nach § 407 St.-P.-O. nur ein zur Strafe verurtheilter Angeklagter die Kosten zu tragen verpflichtet ist, mußten vorliegend die etwa erwachsenen Kosten auf die Staatskasse übernommen werden.“

Frankreich.

Die Untersuchungsdirektor Poittevin hat die Untersuchung in der Panamasache beendet und erhebt Anklage gegen neun Abgeordnete: Naquet, Henry Maret, Antide Boyer, Laffont, Plantan, Richard, Saint-Martin, Rigaud und Gailhard. Gegen den Senator Levezy ist von der Erhebung der Anklage abgesehen worden, da sein Gesundheitszustand ihn nicht gestattet, sich zu verteidigen. Wenn Herr Levezy gesund genug ist, um einen Senatssitz einzunehmen, möchte man bei ihm auch genug Fähigkeiten, die Anklagebank zu zieren, voraussetzen.

Dänemark.

Obwohl der Artikel des „Svenska Dagbladet“ in alle dänischen Oppositionsblätter übergegangen ist, hält sich doch sowohl die Polizei als die Regierung, die offizielle wie die offizielle Presse in völliges Schweigen darüber. Dieses Schweigen kann man wohl nicht anders deuten, als daß die dänische Regierung entweder tatsächlich solche staatsgefährlichen Pläne hegt, oder daß man die Arbeiter durch Bangemachen ins Bockhorn jagen möchte. Das eine ist natürlich genau so verwerflich wie das andere, und wenig geeignet, im Volke das Vertrauen zu den leitenden Persönlichkeiten zu stärken.

Schweden.

Parlamentswahl. Am 10. September steht im Stockholmer ersten Kreis eine Ergänzungswahl zur zweiten Kammer bevor. Dieser Kreis wird hauptsächlich von Arbeitern und Kleinbürgern bewohnt und war bisher von einem liberalen Politiker vertreten. Die sozialdemokratische Partei hat nun (in Rücksicht auf das ein wenig verbesserte Wahlgesetz) beschlossen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, und zwar den Tischler Wickmann.

Spanien.

Madrid, 23. August. Die Zeitungen bringen sehr beunruhigende Meldungen aus Valencia, wonach in ganz Andalusien die karlistische Agitation mit größter Heftigkeit aufgetreten sei. Die Landbevölkerung, welche infolge der ungünstigen Bitterungsverhältnisse und der großen Ueberdrehungen in äußerster Noth gerathen ist und von der Regierung vergebens auf Unterstützung gehofft hatte, wendet sich in großen Scharen den karlistischen Agitatoren zu.

Madrid, 20. August. In dem heutigen Ministerrathe erklärte der Ministerpräsident Azcaraga, er werde hinsichtlich der kubanischen Angelegenheit dem von Canovas eingeschlagenen Wege folgen. Er habe Vertrauen zu dem General Weyler, dessen militärische und politische Haltung rühmendwerth sei. Er glaube, der Aufstand näherte sich seinem Ende. Wenn die Vereinigten Staaten unbillige Forderungen stellen sollten, würde die spanische Regierung ihre Pflicht thun; Azcaraga richtete schließlich einen Appell an die Konservativen, die Regierung zu unterstützen.

Die Tochter des Insurgentenführers Cisneros, Fräulein Evangelina Cosío Cisneros, sollte, wie die Wälder jüngst nach amerikanischen Quellen zu melden wußten, auf Veranlassung des Generalazcaragas Weyler zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurtheilt und im Gefängniß den furchtbarsten Torturen unterworfen worden sein. Antich, so hieß es, gebe man an, daß Fräulein Cisneros wegen Weiblichkeit am Aufstande verfehlt werde; daß sei jedoch nicht wahr, sie sei vielmehr nur deshalb bestraft worden, weil sie einem spanischen Offizier nicht zu Willen sein wollte. Diese ganz romantische Geschichte ist, wie der spanische Minister des Aeußern, Herzog von Tetán, energisch erklärt, zum größten Theile erfunden. Fräulein Cisneros, deren Vater ein gefährlicher Insurgentenführer war und deren Oheim der sog. Präsident der kubanischen Republik ist, war die Anführerin einer Verschwörung, die auf der keinen Friedenstheil („Isa de los Pinos“) andranch und die Ermordung des Obersten Verruz zum Zweck hatte. Der Prozeß hat aber noch gar nicht stattgefunden, und deshalb kann auch nicht von einer Verurtheilung der Dame die Rede sein.

Türkei.

Konstantinopel, 27. August. Eine amtliche Kundmachung verbietet, um jede Veranlassung zu vermeiden, die Veranstaltung von Feuerwerken bei der am Anlaß der Thronbesteigung des Sultans stattfindenden Illumination.

Höchst vorichtig! — Kanea, 28. August. Die Aufständischen von Kania und Methimo haben innerhalb des Militärbereichs zwei Mohamedaner getödtet und verhaftet.

Die Admirale haben Dshewad-Pascha mitgeteilt, daß die türkischen Truppen zwar ausnahmsweise zur Theilnahme an den Festen zu Ehren des Geburtstages des Kaisers von Oesterreich-Ungarn zugelassen waren, daß dieselben aber von nun an nicht mehr an den Bewegungen und Paraden der internationalen Truppen theilnehmen könnten.

Griechenland.

Athen, 26. August. Die Delphnischen Journale erklären, die Kammer werde die Vorlage über die Zurückbehaltung eines Theiles der Korinthenernte annehmen aber nicht die Vor-

lage über die Bewilligung eines provisorischen Zwölftels, da die Majorität zu den jetzigen Ministern kein Vertrauen habe. Die Delphnischen Abgeordneten werden morgen im Hause von Delphnien versammelt sein. Das Ministerium wird jede Erörterung der politischen Lage ablehnen. Trotz der Drohungen der Delphnischen Journale ist es unwahrscheinlich, daß Delphnien die Vertrauensfrage aufwerfen wird.

Athen, 27. August. Wie verlautet, hat die griechische Regierung den Vorschlag Englands betreffend Nennung Theffiens abgelehnt und der von Deutschland vorgeschlagenen Finanzkontrolle zugestimmt.

Athen, 27. August. Wie verlautet, hat die griechische Regierung den Vorschlag Englands betreffend Nennung Theffiens abgelehnt und der von Deutschland vorgeschlagenen Finanzkontrolle zugestimmt.

Die „Agence Havas“ meldet dazu aus Athen: Es heißt hier, die Unterhandlungen zwischen den Mächten über den Vorschlag Englands würden wahrscheinlich zu einer Lösung führen, welche die Anschauungen Englands und Deutschlands mit einander in Einklang bringen würde.

Afien.

Yokohama, 25. August. Graf Mutsu ist gestorben. Es war einer der Männer, die an der Gestaltung der modernen Staatsform und an der wirtschaftlichen Entwicklung Japans mitarbeiteten. Er gehörte auch einer Kommission an, welche sich über die europäischen Verfassungen zu informieren hatte und zu diesem Zwecke u. a. auch Deutschland bereiste. Hier hat er sich bei den Vertretern aller Parteien über Inhalt und praktische Bedeutung der deutschen Verfassungen zu informieren gesucht.

Goldwährung in Japan. Aus San Francisco wird gemeldet: Es herrscht darüber kein Zweifel mehr, daß Japan vom 1. Oktober ab Goldwährung haben wird. Ein von der „Spezial-Bank“ erlassenes Zirkular macht bekannt, daß dieselbe von diesem Tage an Noten der Bank von Japan in Gold auszahlen werde. Die Osaka-Münze ist gegenwärtig mit der Prägung neuer Goldmünzen sehr beschäftigt. Um die Ausgabe der neuen Münzen ermöglichen zu können, ist der übliche Sommerurlaub der Angestellten ausgefallen.

Amerika.

Zum Morde des Präsidenten von Uruguay wird dem New-Yorker „Herald“ aus Montevideo telegraphirt:

Der Mörder des Präsidenten Borda, Avelino Arredondo, ist ein 27-jähriger Offizier der Armee von Uruguay, der zu dem Verbrechen durch persönlichen Haß getrieben war und keine Mischuldigen hat. Das Verbrechen geschah, als Präsident Borda, von einer militärischen Eskorte, den Kabinetsmitgliedern und dem diplomatischen Korps umgeben, nach dem Verlassen der Kathedrale nur wenige Schritte zurückgelegt hatte. Der Mörder gab zwei Schüsse ab, von denen der erste fehl ging, während der zweite den Präsidenten in die linke Brust traf. Zunächst herrschte ein plötzlich Stillstehen, dann entstand eine sächterliche Aufregung. Während mehrere Soldaten Arredondo festnahmen, drängte die Menge vor. Die Offiziere erhielten nun Befehl zum Bajonetangriff, wodurch einige Personen getödtet und viele verwundet wurden. Der Präsident wurde nach seinem Palais gebracht, wo er wenige Minuten später verschied.

In Montevideo, wo völlig Ruhe herrscht, soll heute der gesetzgebende Körper den neuen Präsidenten wählen.

Deutscher Apothekertag.

Strasburg i. G., 26. August.

Vorgestern und gestern tagte hier die 28. Hauptversammlung des Deutschen Apothekervereins. Dieselbe war von mehr als 500 Mitgliedern aus allen Theilen Deutschlands besucht; auch Holland, England und Nordamerika hatten Vertreter des Berufes entsendet. In bedeutenderer wissenschaftlichen Leistungen brachte der Kongreß eine Festschrift hiesiger Gelehrter über die Naturgeschichte, den Wein- und Ackerbau der Reichlande nebst einer historischen Darlegung des akademischen pharmazeutischen Studiums in Strasburg und Lebensabriß seiner hervorragenden Vertreter; ferner Vorträge von Apotheker v. Ledden-Halsedosa aus Amsterdam über Die mikroskopische Untersuchung der Exkremente und von Prof. Dr. Schaefer-Strasbourg über: Die Beziehungen der Pharmazie zu den reinen Naturwissenschaften. Die seit Jahren auf der Tagesordnung stehende pharmazeutische Ausbildungsreform beschäftigte auch den diesjährigen Kongreß wieder und führte zur Annahme eines Antrages, welcher den Vorstand des Vereins beauftragt, für den Fall, daß die diesbezüglichen Entscheidungen der Regierungen nicht in dem gewünschten Sinne ausfallen sollten, das Reichsjustizamt darauf hinzuwirken, daß jede weitere Hinausschiebung der seit langen Jahren vom deutschen Apothekerverein beantragten pharmazeutischen Ausbildungsreform eine schwere Gefahr für den deutschen Apothekerstand bedeutet. Etwas über das Niveau des rein Geschäftsmännigen hoben sich die Verhandlungen, als der Antrag des Kreises Oberhessen zur Diskussion kam, nach welchem die Versammlung zur Frage der Zulassung der Frauen zum Apothekerberuf Stellung nehmen und erklären sollte: „Den Frauen ist der Zutritt zum Apothekerberuf zu gestatten, sofern sie die gesetzlich vorgeschriebene wissenschaftliche Vorbildung besitzen und im einzelnen Falle auch körperlich befähigt erscheinen.“ Die Debatte hierüber bewegte sich mit wenigen rühmlichen Ausnahmen in den ausgefahrenen Geleisen der beschränkten Schwaburgerlichkeit und des engherzigen Berufsegoismus. Die Stimmen der Herren Medizinalrath Dr. Vogt-Behndorf, Dr. Geyer-Stuttgart und Schoepf-Naumburg, von denen die beiden ersteren der sozialen Gleichberechtigung der Frauen Rechnung tragen und die Frage nicht als eine Fachangelegenheit, sondern als eine Frage von allgemeinem sozialen Charakter betrachtet wissen wollten, während der letztere auf Grund seiner praktischen Erfahrungen in Holland der Frau als Apothekerin volles Lob spendete, sie verhalten in der Wüste der Trivialitäten, wie sie z. B. in dem Auspruch des Apothekers Hef-Karlstraße zum bezeichnenden Ausdruck kamen, die Frage habe noch so lange Zeit, bis die Frauen das Einjährig-Freiwilligen-Gesamte gemacht hätten. Der oberbayerische Antrag wurde, wie nicht anders zu erwarten war, mit großer Mehrheit abgelehnt. Die bekannte Schrift des preussischen Medizinalassessors Dr. Springfeld über den Apothekerstand rief einen gebarnischen Protest der Versammlung hervor und führte zu einer Reihe von praktischen Reformvorschlägen, von denen die Schaffung einer eigenen Standesvertretung, die erhöhte Anforderung an die Vorbildung des Apothekers (obligatorisches Studium und längeres Universitätsstudium), die Schaffung klarer Besitzverhältnisse durch Einführung der freien veräußerlichen und vererblichen Konzeption etc. erwähnt seien. Von Interesse für die in Gemeinde, Orts- und Berufs-Krankenkassen vertheilte Arbeiterklasse ist ein vom Kreise Aachen gestellter Antrag: „Die Versammlung wolle beschließen: Der Deutsche Apothekerverein beantragt bei der zuständigen Behörde, daß in die neue Lage ein Paragraph aufgenommen wird, welcher lautet: Bei Berechnung solcher Recepte, deren Kosten aus Staats- und Gemeindegeldmitteln, sowie von Krankenkassen im Sinne des Krankenlöffengesetzes gezahlt werden, darf ein Rabatt von mehr als 10 pCt. nicht bewilligt werden.“ Derselbe wurde nach allgemeiner Bekämpfung von dem Antragsteller zurückgezogen. Apotheker Kunze-Königsberg verweist seine Berufsgenossen auf den Ausweg, durch Zusammenschluß der Kollegen der einzelnen Bezirke zu sog. Ringen den zu weit gehenden Ansprüchen der Klassen entgegenzutreten. Damit war die Tagesordnung der Versammlung in der Hauptsache erschöpft. Der Verein zählte am 1. August d. J. 8900 Mitglieder und hatte eine Einnahme von 57 060 M. gegenüber 52 480 M. Ausgaben; sein Kapital-Konto einschließlich der Stiftungen weist ein Vermögen von 887 400 M. nach. Die nächstjährige Hauptversammlung wird in Köln tagen.

Partei-Nachrichten.

In Wandersbeck beschloßen die Parteigenossen in Beziehung auf die preussischen Landtagswahlen auf Antrag Rosbicht's, daß der Kölner Beschluß aufgehoben werden soll; daß die Genossen in den einzelnen Wahlkreisen zu entscheiden haben, ob sie sich an der Wahl betheiligen wollen oder nicht; daß die Genossen nur für solche Wahlmänner und Kandidaten stimmen dürfen, die die bestimmte Erklärung abgeben, daß sie auf dem Boden des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts stehen und für reaktionäre Maßregeln nicht zu haben sind; und daß eine lebhafteste Agitation zur Befreiung des Dreiklassen-Wahlrechts betrieben werden soll. Beantwortet von Rosbicht, jedoch auf Vorschlag Pfannkuch's abgelehnt, wurde die Forderung, daß bei den nächstjährigen Wahlen zum preussischen Landtage ein Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien nicht eingegangen werden dürfe.

In Celle sprach im Verein für völkstümliche Wahlen der Parteigenosse Thielhorn aus Hannover zu Gunsten der Betheiligung an den preussischen Landtagswahlen. Der Kölner Beschluß sei nicht mehr aufrecht zu erhalten und die Betheiligung an den Landtagswahlen sei notwendig, wenn wir uns nicht selbst die Ruten binden wollten, mit denen wir geschlagen werden sollen. Einstimmig beschloß die Versammlung im Sinne des Referats.

Gegenüber der Meinung der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ in Sachen der Abhaltung eines preussischen Parteitages bemerkt das „Vollblättchen für Harburg“:

„Unserer Ansicht nach würde die Ueberlassung der Entscheidung über die Wahlbetheiligung an die einzelnen preussischen Wahlkreise ohne jede einheitliche Direktive möglicherweise einen ganz heillosen Wirrwarr und im Anschluß daran eine Fülle ganz unerbittlicher Härten und mehr oder minder begründeter Vorwürfe zeitigen. Davor sollte sich der (Hamburger) Parteitag auf alle Fälle hüten. Er hat nach unserem Dafürhalten seine Pflicht gethan, wenn er ohne jede Weiterung den Kölner Beschluß aufhebt. Was darüber ist, das ist vom Uebel. Nach Aufhebung des Kölner Beschlusses können sich die preussischen Delegirten ruhig als preussischer Parteitag konstituiren: kein Mensch in unseren Reichen wird ihnen die Befugnis dazu absprechen. Aber etwas mehr als die blanke Aufhebung des Kölner Beschlusses muß bereits in Harburg geschehen, denn die Zeit drängt und darf uns nicht lang vor den Reichstagswahlen noch durch abermalige Diskussion über die Landtagswahlen verzögert werden.“

Wir dürfen die Frage: ob der deutsche oder ein preussischer Parteitag sich mit der Entscheidung über die Betheiligung der Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen zu befassen hat, wohl dahin beantworten, daß wir sagen: beide haben in dieser Frage mitzusprechen. Der erste hat die prinzipielle Aufhebung des Kölner Beschlusses zu befürworten und kann die technische Ausführung der Wahlbetheiligung ruhig seinen preussischen Delegirten überlassen, die wohl im Sinne der Allgemeinheit das richtige treffen werden.“

In Solingen wurden am Sonntag zwei Kreis-Partei-versammlungen“ abgehalten, eine von der Schumacher'schen Richtung in der Schützenburg, die andere von dessen Gegnern in einem anderen Lokale. Die erstere Versammlung, nach Angabe der „Solinger Freien Presse“ von 700 Mann besucht, stellte als Kandidaten für den Reichstag einstimmig wieder den Genossen Schumacher auf. Dieser erklärte, er fasse die Wahl vorläufig nur als ein Vertrauensvotum an, die Frage, ob er die Kandidatur annehme, wolle er offen lassen. Wenn die von einem seiner Gegner in Aussicht gestellte Uebergabe der „Bergischen Arbeiterstimme“ an die Gesamtpartei erfolge, möchten sich die beiden Richtungen über eine gemeinsame Kandidatur verständigen, er würde im Interesse der Partei eventuell zurücktreten.

Die Versammlung der Gegner Schumacher's war nach Angabe der „Bergischen Arbeiterstimme“ von etwa 400—500 Mann besucht. Einstimmig wurde folgende, vom Genossen Franken gestellte Resolution angenommen: 1. Um eine Doppeltandatur im Kreise Solingen möglichst zu vermeiden, von der Aufstellung eines Kandidaten für heute Abstand zu nehmen und diese Frage bis nach Tagung des Parteikongresses in Hamburg zu vertagen. 2. Gemäß dem Beschlusse des Solinger Provinzial-Parteitages vom 19. Januar 1896 ist eine Kandidatur des bisherigen Vertreters des Kreises, des Herrn Georg Schumacher, unannehmbar. 3. Gegen die Aufstellung eines Kandidaten in der heute in der Schützenburg, einem für die Partei gesperrten Lokale, tagenden Versammlung zu protestiren. 4. Die Versammlung erklärt ihre Bereitwilligkeit, über die Aufstellung eines Kandidaten in gemeinsamer Berathung mit der andern Richtung zu unterhandeln, sowie auch die Kandidatur eines von der Parteileitung oder dem Parteitage vorgeschlagenen, den Solinger Streitigkeiten fernstehenden Genossen zu unterstützen.

Die Wahl von Delegirten zum Parteitag in Hamburg wurde von der Schumacher'schen Richtung auf 14 Tage verschoben; die Richtung der „Bergischen Arbeiterstimme“ wählte drei Delegirte, also soviel, als laut Parteistatut ein Kreis nur wählen darf. Gewählt wurden die Genossen Steinmüller und Jäger aus Solingen und Schaal aus Wald.

Zu der von der Schumacher'schen Richtung gestellten Forderung, die „Bergische Arbeiterstimme“ in das Eigentum der Gesamtpartei überzuführen, bemerkt die Redaktion der „Bergischen Arbeiterstimme“: „Wir meinen, daß die Bergische Arbeiterstimme“ heute schon im Besitze der Parteigenossen ist. Die Genossenschafts-Buchdruckerei, zu deren Gründern Herr Schumacher selbst gehörte, ist von den Genossen lebhaft gegründet worden, um im Partei-Interesse am Orte ein eigenes Partei-Organ zu besitzen und nicht um irgend welche sekundäre Vortheile zu erzielen. Die in der Genossenschaft vereinigte Parteigenossen werden es sich deshalb abermals reichlich überlegen, ob sie dem Herrn Schumacher den erwünschten Gefallen thun und sich die Waffe, die sie besitzen, aus der Hand nehmen lassen. Vor allen Dingen müßten genügende und sichere Garantien geschaffen werden, daß das schwere Opfer nicht zwecklos gebracht würde.“

Nach dieser Erklärung und nach der Erklärung des Genossen Schumacher sieht es ja aus, als wenn man in Solingen die jetzigen Faktionen haben wie drüben fast hätte und wirklich genügt sei, Frieden zu schließen. Das wäre im Interesse der Gesamtpartei nur zu begrüßen. Aber vor allem läge es im Interesse der Solinger selbst.

Für die Stadtverordneten-Wahlen in Dortmund sind die Parteigenossen Buchelt, Bunte, Fleer, Köhler, Lehmann und Lütgenau als Kandidaten aufgestellt worden.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Eine Partei-Versammlung des XII. und XIII. sächsischen Reichstags-Wahlkreises beschäftigte sich mit dem diesjährigen Parteitag. In der Hauptsache wurde der Vorschlag, sich an den preussischen Landtagswahlen zu betheiligen, erörtert, wobei die Mehrzahl der Redner, Geyer, Dr. Schönlank, Schulz, Dr. Sydeman, Segler u. a., jeder Betheiligung rundweg widersprachen, während die Genossen Lange und Kneiß die Vorschläge Bebel's und Auer's für diskutabel erklärten. Anträge, die eine Betheiligung unter dem Dreiklassenwahlrecht ablehnten, und ein weiterer Antrag, der den Ausbau der „Neuen Welt“ und der im Verlag der „Buchhandlung Vorwärts“ erscheinenden Zeitschrift „Freie Stunden“ verlangten, werden gestellt, aber erst in einer 14 Tage später stattfindenden Parteiversammlung soll darüber Beschluß gefaßt werden. Besprochen wurde auch, und zwar in abfälliger Weise, die Fahrt der Reichstags-Abgeordneten nach der Hamburger Gartenbau-Ausstellung.

Tobtenliste der Partei. In Lübeck starb im 70. Lebensjahre der Schneider Georg Mann. Er gehörte zu den Gründern der im Jahre 1868 dort errichteten Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und hat bis in die jüngste Zeit thätigen Antheil an unserer Parteibewegung genommen. Ehre dem Braven!

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Die Amtshauptmannschaft Pirna hat in der letzten Zeit einige Versammlungsverbote zu wege gebracht, die selbst in

Sachen Kopfstücken erregt haben. Das will gewiß viel sagen. In einem Falle hat sich diese Behörde nun von der Kreisbauhauptmannschaft zu Dresden müssen fortrücken lassen. Sie hatte eine in Croßraupe geplante Versammlung, wo über den Kampf um den Achtstundentag gesprochen werden sollte, wegen des Wörtchens „Kampf“ verboten! Ob sich die Bauhauptmannschaft vielleicht einen Kampf mit Säbel und Pike oder sonstigen Mordinstrumenten vorstellte, wer weiß es? Die Oberbehörde hat jetzt auf die eingereichte Beschwerde entschieden, daß diese „nicht unbeschädlich“ ist, da das Verbot jener Versammlung nicht ausreichend gerechtfertigt sei. Vollständig ungerechtfertigt wäre eine treffendere Bezeichnung gewesen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

In der Astenfabrik von Krilling ist wegen Lohnstreitigkeiten ein Streik ausgebrochen. In einer am Freitag abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, die Streikenden in jeder Hinsicht zu unterstützen, sowohl durch Fernhalten des Zugewes, als auch durch Zurückweisung der Krilling'schen Arbeiter, wenn der Versuch gemacht werden sollte, sie in anderen Werkstätten aufzutreten zu lassen. Die Streikunterstützung wurde auf 15 M. für Verheirathete, und 12 M. für Ledige festgesetzt.

Der hiesige Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister hat mit der Einrichtung des Arbeitsnachweises wieder ein Stück Kulturfortschritt in den Vordergrund der Arbeiterschaft gestellt. Dem betreffenden Beamten in der Kommandantenstr. 16 ist anheimgegeben worden, nur solche Leute den sich meldenden Arbeitgebern zu übermitteln, die im Besitze der 3. Invaliditäts- und Altersversicherungskarte sind. Somit ist es denjenigen, der schon jahrelang auf dem Straßenpflaster umherirrte, unmöglich gemacht, jemals durch diese „Wohltätigkeitsanstalt“ Arbeit zu bekommen. Es dürfte nun wohl Jedem einleuchtend sein, daß die schönen Worte des Unternehmerraths nur auf dem Papier stehen. Besonders mag den beteiligten Unternehmern empfohlen werden, sich einmal die alten, flehen, von ihnen ausgepreßten Arbeiter, die in der „Wohltätigkeitsanstalt“ ihre letzte Pflanz suchen, anzusehen.

Deutsches Reich.

Au die deutsche Arbeiterschaft!

Kameraden! Ihr werdet durch die Tagespresse und eure Fachorgane genügend unterrichtet sein, welchen schweren Kampf wir gegenwärtig auszufechten haben. Die vereinigten Unternehmer sehen alle Hebel in Bewegung, damit wir das uns vorschwebende Ziel: den Achtstundentag, nicht erreichen.

Der Führer in dem Kampfe gegen uns ist ein Deutscher, Herr Siemens. Wie wir erfahren, sollen einige seiner Arbeiter, namens Doerner und Josky, jetzt nach Deutschland gesandt werden, um deutsche Arbeiter für die Siemens'schen Werke in England anzuwerben.

Kameraden! Wir wissen, diese Mitteilung wird genügen, Euch zu veranlassen, daß Ihr alle eure Kräfte anspannt, um die Absichten der Unternehmer zu vereiteln. Des ferneren sei darauf aufmerksam gemacht, daß ein „deutsches christliches Institut“ in der Leman Street, Whitechapel, London E., sich besondere Mühe giebt, die Herren Unternehmer durch Zuweisung von Arbeitskräften zu unterstützen.

Kameraden! Es soll dabei aber nicht vergessen werden, zu betonen, daß der größte Theil unserer deutschen Kollegen hier am Platze uns in der besten Weise unterstützt. Sie kämpfen Schulter an Schulter mit uns und dasselbe hoffen wir von Euch. Laßt Euch von den Versprechungen der Agenten nicht behören. Galtet den Zugzug fern. Denn unser Sieg ist Euer Sieg.

Das Lokout-Komitee der Vereinigten Gewerkschaften.

Au alle Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Der Streik auf der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Delmenhorst ist zwar zu gunsten der Arbeiter beendet, jedoch sollen auf der Abtheilung „Kämmerei“ zum Herbst alle männlichen Arbeiter gelündigt werden, um weiblichen Arbeitskräften Platz zu machen. Dadurch kann leicht die Gefahr entstehen, daß die Ertragschaften des letzten Streiks zu nichte gemacht werden. Schon sind die Werbeagenten unterwegs, um weibliche Arbeitskräfte heranzuziehen. Hauptächlich dürfte hierbei Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen in Betracht kommen; aber auch aus dem Rheinlande laufen Nachrichten über Delmenhorster Werbeagenten ein. Darum — Vorsicht! Die Lohnverhältnisse sind hier hauptsächlich für Arbeiterinnen so niedrige, daß es einer gewissen Virtuosität bedarf, um ehrlich und redlich hiervon zu leben. Es ist daher der Zugzug von Arbeiterinnen nach der Wollkämmerei fernzuhalten. Alle Anfragen sind an den ersten Bevollmächtigten Ab. Meyer, Delmenhorst, zu richten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Der Vorstand.

In Mecklenburg. Das Schöffengericht in Rostock hatte in dem Prozeß, der wegen einer trotz polizeilichen Verbotes am Sonnabend abgehaltenen Maurerversammlung gegen unsere Genossen Erdbeer angekreuzt war, auf Freisprechung erkannt, weil gewerkschaftliche Versammlungen, wo „ernte Männer zu ernten“ zusammenkommen, nicht unter den Begriff der „geräuschvollen Zusammenkunft“ im Sinne des mecklenburgischen Sonntagsgesetzes fielen. Dieses Urtheil ist vom Landgericht umgehoben worden. Die gelehrten Richter haben herausgefunden, daß schon das Geräusch, das beim Zusammenkommen von 80-150 Maurern entsteht, ferner die Möglichkeit, daß in solchen Versammlungen Streit ausbrechen könne, den gewerkschaftlichen Versammlungen den Charakter der „geräuschvollen Zusammenkunft“ verleihen. Genosse Erdbeer hat sich bei diesem Urtheil natürlich nicht beruhigt, sondern das Oberlandesgericht angerufen.

In Köln am Rhein haben die Gutmacher der Könen'schen Damenhut-Fabrik (Hämerngasse 81) die Arbeit eingestellt, weil der Unternehmer früher gemachte Zugeständnisse nicht mehr einhalten will.

Zu 500 M. Geldstrafe oder zwei Monaten Haft und in die Kosten des Verfahrens wurde der Medaillen des Glanzarbeiter-Organs „Der Fachgenosse“, Reichstags-Abgeordneter Horn, vom Schöffengericht in Dresden am 25. April verurtheilt, weil er in mehreren Nummern dieses Blattes eine Notiz veröffentlicht hat, des Inhalts: „Zugzug ist fernzuhalten von folgenden Orten: z. B. Mitglieder des Verbandes, welche in den angeführten Orten Arbeit nehmen, werden aus dem Verbanne ausgeschloffen.“ Durch diese Notiz soll Horn „groben Unfug“ begangen haben. Nicht nur Arbeiter, sondern auch Fabrikanten und ihre Lieferanten sowie die Aktionäre der Fabriken hätten dadurch benachteiligt werden können. Da die Notizen im Jahre 1895 veröffentlicht worden sind und beim Reichstag ein Antrag auf Zulassung der gerichtlichen Verfolgung nicht gestellt worden ist, so hatte Horn den Einwand der Verjährung geltend gemacht. Das Gericht erkannte, wie erwähnt, auf Verurtheilung. Als Strafschärfend wurde der „Terrorismus“ in Betracht gezogen, der in der Androhung des Ausschlusses liegen soll, ferner die früheren, wegen gleicher Delikte erfolgten Verurtheilungen Horn's, und endlich ist „zu berücksichtigen gewesen“, daß sich der Angeklagte in guten Vermögensverhältnissen befindet.

Ueber den Maurerstreik in Leipzig wird uns mitgetheilt: Die Unternehmer mit ihrem Bauarbeiter-Bund haben von neuem beschlossen, auf die Forderungen der Streikenden nicht einzugehen. Das Streikkomitee ist noch in Haft.

In München hat sich die Zahl der wegen Ablehnung des Innungsstatuts ausgesprochenen Schuhabmachern nach der letzten Meldung der „Münchener Post“ auf 118 erhöht.

Ausland.

Vom Budapest'schen Bauarbeiter-Streik wurde gestern nach telegraphischen Meldungen berichtet, daß Verhandlungen angeknüpft

seien. Die heute eingetroffene Wiener „Arbeiter-Zeitung“ weiß davon nichts zu berichten; nach ihr sollen im Gegentheil für nächste Woche noch weitere Ausstände zu erwarten sein. Gegen 6000 Zimmerleute und 3000 Bauarbeiter beabsichtigen, ebenfalls zu streiken. Das Streikkomitee sucht die Ausständigen soviel als möglich nach der Provinz abzuführen, während die Meister versuchen, galizische Arbeiter heranzuziehen.

In Triest dauert der Ausstand der Schmiede- und Schlossergesellen unverändert fort. Auch gegen 150 Nagelnießer haben die Arbeit niedergelegt.

Die Ausprägung der dänischen Metallarbeiter dauert nunmehr bereits 11 Wochen und noch ist deren Ende nicht abzusehen. Wie schon mitgeteilt, boten sich am 15. Juli der erste Bürgermeister von Kopenhagen, der Präsident des Handelsgerichtes und ein hervorragendes Mitglied der Kommunalverwaltung von Kopenhagen als Schiedsrichter an. Die Arbeiter beschloßen, sich deren Schiedspruch zu unterwerfen, während die Fabrikanten nach wochenlangen Verhandlungen es ablehnten, sich einem Schiedsgericht zu stellen. Am letzten Sonntag hielten die Kopenhagener Mitglieder des Schmiede- und Maschinenbauerverbandes eine Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zu einem privaten Angebot des Vorsitzenden des großen zentralisirten Arbeitgeber-Vereins (also nicht von dem Fabrikantenverein in der Eisenindustrie), den Streik zu schließen. Seit einigen Tagen sind nunmehr zum Theil private Verhandlungen im Gange, über deren Verlauf und Ergebnis bis zum Abschluß indes der Oeffentlichkeit gegenüber Stillschweigen gewahrt wird. Es scheint Aussicht auf einen baldigen Abschluß des Kampfes unter günstigen Bedingungen für die Arbeiter vorhanden zu sein. Zur Unterstüzung der Schmiede und Maschinenbauer werden wöchentlich 22 000 bis 25 000 Kronen gebraucht; zur Unterstüzung der Formner, Tischler und Arbeiter, welche eigene Organisationen haben, sind ca. 15 000 Kronen pro Woche nötig. Bisher ist es mit der Aufbringung der Gelder noch gut gegangen. Dem Verband der Schmiede und Maschinenbauer fiel der Kampf noch am leichtesten, da derselbe bei Beginn desselben einen Kassenbestand von 70 000 Kronen zur Verfügung hatte. Die anderen Organisationen hatten mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen, über welche dieselben jedoch bis jetzt durch den Schmiede- und Maschinenbauerverband hinweggeholt worden sind. Bis jetzt sind aus Deutschland 20 000 M. Unterstüzungsgelder eingelaufen, welche unter die verschiedenen beteiligten Organisationen verteilt worden sind. Die wöchentliche Unterstüzung für verheirathete Ausgesperrte beträgt 10 bis 11 Kronen, für die unverheiratheten 8 bis 7 Kronen, je nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft. Der Geist unter den Ausständigen ist ein sehr guter, nicht ein einziger ist aus ihren Reihen ausgetreten. Ebenso ist auch der Opfermuth der noch in Arbeit befindlichen Mitglieder rühmendwerth. Nur ganz vereinzelte Mitglieder sind wegen des hohen Extrabetrages, 8 Kronen pro Woche, anher dem Verbandsbeitrag, aus der Organisation ausgetreten. Für den Fall sich auch die gegenwärtigen Verhandlungen zerschlagen sollten, hoffen die Arbeiter noch mindestens 10 Wochen im Kampfe aushalten zu können; hoffen jedoch, daß speziel ihre deutschen Kollegen ihnen nach wie vor ihre kräftige Unterstüzung zu Theil werden lassen.

In den Kreisen Pariser Gewerkschaftsführer geht man, wie die „Petit République“ mittheilt, mit der Absicht um, im Jahre 1900, gelegentlich der Pariser Weltausstellung, eine unabhängige Arbeitshölde zu eröffnen. Die Gewerkschaften fühlten sich, seitdem sie der Kontrolle der Regierung deren „Wohlvollen“ jeden Tag ins Gegentheil einschlagen kann, nicht mehr recht heimlich. Der Wunsch sich von der polizeilichen Beaufsichtigung frei zu machen, ist daher begreiflich.

Soziales.

Ueber einen besonders trassen Uebergriff des Unternehmerraths berichtet unser Elberfelder Bruderorgan, die „Freie Presse“. Die sogenannte Millionenfirma Schlieper u. Baum legt den Arbeitern, die von dieser Firma in Baalen errichteten Arbeiterwohnungen bewohnen, die Verpflichtung auf, alle über 16 Jahre alten Söhne bei ihr in Arbeit treten zu lassen. Geschieht dies nicht, dann müssen entweder die Söhne aus der Familie heraus, oder die ganze Familie muß die Wohnung räumen, und damit natürlich auch die Arbeit verlassen. Selbst das amtliche Kreisblatt fühlte sich veranlaßt, diese Maßregel als „recht hart“ zu bezeichnen. So mußte eine Familie, die drei und zwanzig Jahre in einem der Häuser gewohnt hat, vor acht Tagen ausziehen, weil sie den Bestimmungen betreffs der Söhne nicht nachkam. In dem anderen Falle mußte der Sohn, der nun bald beim Militär eintreten muß, von auswärtig kam und die kurze Spanne Zeit bis zum Eintritt der Militärdienstpflicht bei den Eltern verbringen wollte, die elterliche Wohnung räumen und sich bei fremden Leuten einquartieren. Was diese „Arbeiterfürsorge“ noch besonders einschneidend macht, ist der Umstand, daß die Söhne der Arbeiter vor ihrem 16. Jahre in der Fabrik keine Beschäftigung finden und demgemäß sich selbst gebrungen andere Beschäftigung suchen müssen. Haben sie nun das 16. Jahr erreicht, dann kommt die Firma Schlieper u. Baum und stellt die Alternative: Entweder Ausschluß aus der Familie oder Eintritt in die Fabrik, ganz einseitig, was der Junge bis dahin gelernt und gethan hat. Besser hatten es — schlicht unser Bruderorgan — auf alle Fälle die Sklaven des Alterthums, die bei ihren Ketten wenigstens der Sorge um tägliche Brot entbunden waren. Denn daß man von dem Lohn, den die Firma Schlieper u. Baum zahlt, eine Familie mit erwachsenen, 14- und 15jährigen Kindern ernähren kann, ist für jeden Kenner der Verhältnisse ausgeschlossen.

Ebenfalls große Sehnsucht nach den Kindern der Arbeiter hegt das Magdeburger Eisenhüttenwerk in Magdeburg am Harz. Es veröffentlicht im Wankenburg'schen Kreisblatt folgende Annonce: „Tüchtige Formner, auch andere gute Arbeiter, welche viel Kinder haben, wovon die älteren schon mitarbeiten können, werden zu dauernder und lohnender Arbeit gesucht. Dieselben kommen mit zur Ankauflichen Knappschaffskasse und können später hohe Pension, bis 60 Mark pro Monat, beziehen. Gute, billige Wohnung und Reisegeld gewährt.“

Zur Bundesrathsverordnung über den Arbeiterschutz in der Konfektionsindustrie hat, wie wir seinerzeit mittheilten, gleich nach dem Weggange des Herrn v. Bötticher der preussische Handelsminister eine Ausführungsverordnung erlassen, worin unter anderem gesagt ist, daß die Werkstätten der Näh- und Kleidermacher, sowie die Näh- und Plättstuden für sog. Privatkundenschaften von der Geltung der neuen Arbeiterschutzvorschriften ausgenommen sein sollen. Der „Sozialen Praxis“ erschien diese Ausnahmen nicht unbedenklich, weil in solchen Näh- und Plättstuden der Großisten die Arbeit für sogenannte Privatkunden und für die Konfektion sehr leicht absichtlich oder unabsichtlich durcheinander laufen kann und dann nicht bloß ein Theil der Konfektionsarbeit dem gesetzlichen Schutze entzogen, sondern auch der Anreiz für die Unternehmer gegeben wäre, durch allmähliche Verlegung eines größeren Theils der Konfektionsarbeit in die Näh- und Plättstuden für sogenannte „Privatkundenschaft“ jenen Antheil noch zu erhöhen. Das Unternehmerorgan „Der Konfektionär“ hielt die ausgesprochenen Befürchtungen für vollständig grundlos. Daraufhin äußert sich das Fachorgan der „Damensmantel- und Schneiderei Deutschlands“, dem man wohl ein maßgebendes Urtheil in dieser Frage beimesen darf: „So ganz grundlos“ sind die Befürchtungen nun doch nicht! Die „Soziale Praxis“ hat vielmehr vollkommen recht, und das muß der „Konfektionär“ eigentlich auch selbst zugestehen, denn dieselben Befürchtungen werden ja auch „in der Konfektion“ begabt. Daß in den Plättstuden der Großisten nicht für Detailkundschaft geblüht wird, ist ja richtig, das will aber auch die „Soziale Praxis“ gar nicht sagen, sie meint nur, daß viele Konfektionsarbeit durch die allmähliche Verlegung in die Plättstuden für sogenannte Privatkundenschaft dem Gesetz entzogen wird, und das ist richtig.“

Die erste Verurtheilung wegen Uebertretung der Bundesrathsverordnung über die Konfektionsindustrie ist in München in der Thier, erfolgte. Der Inhaber eines dortigen Damenmantelgeschäfts hatte, wie er selbst zugab, am Vorabend eines Feiertags Arbeiterinnen über 5 1/2 Uhr nachmittags beschäftigt. Im Termin machte er geltend, daß das Geschäft gemäß dem vom Handelsminister unterm 16. Juli d. J. erlassenen Anweisung nicht unter die Verordnung falle, da hauptsächlich nach Maß auf Bestellung gearbeitet werde. Das Gericht erkannte jedoch auf eine Geldstrafe von 10 M., da der Geschäftsinhaber, wenn auch in der Hauptsache, so doch nicht ausschließlich auf Bestellung und nach Maß, sondern auch auf Lager arbeiten lasse.

Zur Verhütung der fürchterlichen Milzbrandepidemien. Der „Deutschen Arbeiterzeitung“ zufolge hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe die Gewerbe-Aufsichtsbeamten angewiesen, Vorschriften zur Verhütung von Milzbrandepidemien der Gerberei-Arbeiter bei der Behandlung ausländischer Häute, wie sie vom Regierungspräsidenten für Schleswig auf Anlaß von solchen Erkrankungen erlassen waren, überall zur Durchführung zu bringen.

Warum nur der „ausländischen“ Häute? Soll hinter diesem sehr nothwendigen Gesundheitschutz schwer bedrohter Arbeiter wieder — nur ein „keines Mittel für die Landwirtschaft“ stehen?

Gerichts-Beilage.

Vom Innungsvorrecht. Für den Bezirk der Maler-Innung von Rauen und Umgegend hat der Regierungspräsident auf grund des § 100a Nummer 3 der Gewerbe-Ordnung angeordnet, daß die Arbeitgeber keine Lehrlinge halten dürfen, welche der Innung nicht angehören, obwohl sie ein in der Innung vertretenes Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Innung fähig sind. Der Malermeister Förster in Priesack, der der fraglichen Innung nicht angehört, war beschuldigt worden, sich gegen die Verordnung des Regierungspräsidenten und gegen die §§ 100a und 148 der Gewerbe-Ordnung durch das Halten eines Lehrlings vergriffen zu haben. Er machte dagegen geltend, daß er jenen jungen Mann, seinen Neffen, mit allen möglichen Arbeiten beschäftigte, ihn aber nicht zum Maler ausbilden wolle. Der Jüngling könnte höchstens als Kaufbursche oder jugendlicher Arbeiter angesehen werden. Schöffengericht und Landgericht verurtheilten indessen den Angeklagten zu einer Geldstrafe, indem sie feststellten, daß zwischen der Thätigkeit des jungen Mannes und der eines Lehrlings im ersten Jahre der Lehre kein Unterschied sei. Förster legte nunmehr beim Kammergericht Revision ein und betonte, es liege weder ein Lehrvertrag vor, noch sei der angeblige Lehrling im Malergewerbe unterwiesen worden. Der Straffestatt wies aber die Revision mit folgender Begründung zurück: Die angezogenen Bestimmungen seien ohne Rechtsirrtum angewendet worden. Der Begriff des Lehrlings sei nicht verkannt. Ein schriftlicher Lehrvertrag sei nicht notwendig, sogar nicht einmal ein mündlicher. Auch ein stillschweigender Vertrag genüge. Der Angeklagte habe seinen Neffen wie einen Lehrling beschäftigt, und das hätte er nicht gedurft, da er der Innung nicht angehörte.

Weshalb ein Fortbildungsschüler ins Gefängnis geschickt wird! Eine eigenartige Entscheidung hat das Reichsgericht getroffen. Ein Lehrer befahl einem Fortbildungsschüler während des Unterrichts, die Bank zu verlassen. Der Schüler widersetzte sich der Aufforderung des Lehrers. Dies zeigte der Lehrer beim Strafrichter an, und der Bursche wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt. Auf eingelegte Berufung kam die Sache vor das Reichsgericht, und dieses entschied wie folgt: Der Lehrer, der in der Fortbildungsschule das Aufsichtsbrecht ausübt, ist als Beamter anzusehen, der zur Vollstreckung der Anordnungen der Obrigkeit berufen ist. Demgemäß ist der einem solchen Lehrer bei Ausübung dieses Rechts geleistete Widerstand als Widerstand gegen die Staatsgewalt nach § 136 des Strafgesetzbuches zu bestrafen. In dem vorliegenden Falle war daher die vorschriftsmäßig eingelegte Berufung des Fortbildungsschülers zu verwerfen und die ihm vom Gericht zudiktirte Gefängnisstrafe aufrecht zu erhalten. Hätte ein Bursche bei dem jungen Manne nicht eine bessere Wirkung erzielt?

Einer der „Edelsten“, der 21 Jahre alte Polytechnikumstudent Wilhelm Rudolf Karl Herbert Eiger Freiherr Eißler von Eickron hatte sich vor dem Landgericht Dresden wegen Stillschleppersverbrechen auf grund des § 176 III des Reichs-Strafgesetzbuches zu verantworten. Das Gesetz droht für dieses Verbrechen Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren an. Der Edelste und Beste kam mit 1 1/2 Jahr Gefängnis davon. Das Gericht hat also mildernde Umstände angenommen. Da die Verhandlung geheim war, läßt sich diese Annahme nicht beurtheilen, so viel steht aber fest, daß die That eine außerordentlich rohe gewesen ist. Das alte Mittel, Berrücktheit zu simuliren, durch das ein Schorlemer-Alst freikommt, versing hier nicht. Eine ganze Reihe von Verurtheilten hatte auch nicht eine Spur von Reue an diesem kraftstrobenden Sünder herausfinden können. Und so war es ihm auch nicht möglich, sich ganz der verdienten Strafe zu entziehen. Recht anfällig erscheint es, daß bis jetzt noch kein einer der bürgerlichen Blätter in Dresden über den Fall berichtet hat. Sonst werden alle Vorgänge im Gerichtssaal bis auf Tipfelchen — zumal jetzt in der spärlichen Curzeit — erzählt. Sollten hier etwa irgendwelche geheimnißvollen Mächte walten? Dann erscheint diese Art Presse wieder einmal im schönsten Lichte.

Auf der Polizeiwache. Aus Heilbronn wird der „Frankfurter Zeitung“ vom 23. d. M. berichtet: Wegen Körperverletzung im Amt hand heute der Polizeiwachmeister Ehninger in Neckarfulm vor der hiesigen Strafkammer. In der Nacht vom 14. zum 15. Februar d. J. verübte der Weingärtner Martin Fischer von Neckarfulm — ein krankhaft aufgeregter Mensch — in seiner Behausung lauten Schreie, weshalb der Angeklagte um Hilfe gebeten wurde. Dieser nahm den Standaumacher fest, wobei es zu einer kleinen Krawalle kam, in deren Verlauf Fischer in einen mit Wasser gefüllten Bottich gestochen wurde. Gleichwohl wurde er in dem Dutzend gebracht, gefesselt und bis zum anderen Morgen in dem ungeheizten Lokal liegen gelassen. „Zitternd an Leib und Seele“, wie die Zeugen sich ausdrückten, vollkommen durchdränkt, mit ange-schwollenen Armen und einem heftigen Brochialanfall kam Fischer nach Hause. Der Staatsanwalt hatte für den Fall viel Milde übrig. Er erachtete die Festnahme des durchdränkten (h) Mannes, die Fesselung für begründet, war nicht davon überzeugt, daß die Arme infolge der Fesselung angeschwollen waren, und fand eine Verschuldung lediglich darin, daß das Arrestlokal nicht geheizt worden sei. Er beantragte eine Geldbuße von 20 M. Die Strafkammer gelangte vollends zur Freisprechung des Ehninger. Das Urtheil geht davon aus, man habe den Fischer mit zwei Teppichen zugedeckt; unter solchen Umständen sei die ihm befohlene Unlust wieder paralytisch worden, eine Mißhandlung liege also nicht vor! Und doch „zitternd an Leib und Seele“!

Derselben und letzte Nachrichten.

Budapest, 27. August. (B. S.) Wegen unglücklicher Liebe erschloß sich hier heute der praktische Arzt Dr. Sandberg aus Breslau.

Wien, 27. August. (B. S.) Ein deutscher Tourist ist mit zwei Begleitern beim Abstieg von der Jungfrau nach Eggishorn infolge Schneeeinsturzes abgestürzt. Beide Führer blieben todt, der Tourist ist schwer verletzt. Einzelheiten fehlen.

Konstantinopel, 27. August. (B. S.) Im Auftrage seiner Regierung überreichte der serbische Gesandte heute der Pforte eine energische Beschwerde wegen der neuerdings durch Armanen verübten Grenzverletzungen.

Konstantinopel, 27. August. (B. S.) In Stutari entdeckte die Polizei ein unterirdisches Gewölbe, in welchem die armenischen Jesuiter Versammlungen abhielten und Bomben fabrizirten. Ferner fand die Polizei in dem Studirzimmer eines armenischen Arztes sieben Bomben. (???)

Internationaler Kongress für Arbeiterschut.

Zürich, den 26. August 1897.

Die heutige Sitzung leitete Nationalrath Decurtins. Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Generalsekretär Kreuzlich folgende Zuschrift des St. Petersburger Bundes für den Kampf um die Befreiung der arbeitenden Klassen und der jüdischen sozialdemokratischen Organisation in einer westrussischen Stadt: „Die Fabrikgesetzgebung, heißt es darin, ist im zarischen Rußland ebenso jung wie die Arbeiterbewegung, die diese Gesetzgebung ins Leben gerufen hat. Den Arbeiter-Unruhen 1885 und 1887 entsprang die Gesehe vom 3. Juni 1885 über das Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter in Textilfabriken und insbesondere das Gesehe vom 3. Juni 1888 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern. Die Streikbewegung von 1896 und 1897 hat das jüngste Gesehe vom 2. Juni 1897 über die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit hervorgerufen. Parallel damit ging die Ausdehnung der Fabrikgesetzgebung und speziell der Fabrikaufsicht auf einen größeren Teil des russischen Reiches. Die russische Fabrikgesetzgebung ist auch das einzige Gebiet der gesammten russischen Gesetzgebung, das gewisse Merkmale des Fortschritts aufweist. Die übrigen Gebiete der russischen Gesetzgebung verfallen dagegen immer neuen Korrekturen, die die gesammte liberale Reform Alexander II. zu nichte machen. Abgesehen hiervon wirken die geheimen Erlasse der Ministerien in derselben Richtung. Jede neue Regierung des russischen Proletariats schafft eine Reihe solcher Erlasse. So hat z. B. der Minister des Innern während des Petersburger Streiks von 1896 und 1897 an alle Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften ein geheimes Zirkular erlassen, das den Abdruck von Notizen, Artikeln und Mittheilungen über Arbeitszeit, Arbeitslohn und überhaupt über die Arbeitsverhältnisse des Fabrikarbeiters untersagt. Dasselbe geschah in einem zweiten Zirkular (Juni 1897). Da es dem russischen Arbeiter an den elementarsten Rechten mangelt, könnte einem angeführten solcher Verhältnisse die Bedeutung der Fabrikgesetzgebung ganz illusorisch erscheinen, zumal die Strafen gegen Fabrikanten sehr niedrig sind. Trotzdem sind wir russischen Arbeiter an der Ausdehnung des Arbeiterschutzes außerordentlich interessiert.“

Euch, westeuropäische Genossen, die Ihr schon längst Press-, Vereins-, Versammlungs-, Streikfreiheit und sonstige politische Rechte besitzt. Euch mag vielleicht der Kampf der russischen Arbeiter, die diese Rechte noch nicht besitzen, unverständlich oder gar illusorisch erscheinen. Und doch wird dieser Kampf geführt. Rußland besitzt zwar ein Fabrikgesetz, aber es stand bis vor kurzem nur auf dem Papier. In handwerksmäßigen Betrieben war 16stündige Arbeitszeit keine Seltenheit. Jetzt hat man das längst vermoderte Zwölfstundengesetz ausgeschrieben, und es wurde zu einer Agitationsparole. Die Polizei und Fabrikinspektion müßte sich in dieser Frage auf die Seite der kämpfenden Arbeiter stellen. Es wurden Versammlungen abgehalten und geheime Vereine für die Eringung des Zwölfstundentages gegründet. Der Kampf um dieses Gesehe weckt das Solidaritätsgefühl der Arbeiter, sie gewinnen immer mehr die Ueberzeugung, daß die Unternehmer eine ihnen feindliche Klasse bilden. Sie sehen auch ein, daß Polizei und andere Gewalten ausgesprochene Feinde ihrer Klasse sind.

Die Regierung hat jetzt in einem neuen Gesehe den Arbeitern Konzessionen in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit gemacht. Sie befürchtet offenbar ein Hinübergreifen der wirtschaftlichen Agitation auf das politische Gebiet. Das neue Gesehe hat die Hoffnung und den Muth des Klassenbewußten russischen Proletariats immerhin neu belebt und geholt. In diesem Sinne ist die Entwicklung der russischen Fabrik-Gesetzgebung wichtiger für das russische Proletariat als einer der Faktoren, welche an der allmählichen Untergrabung des Absolutismus wirksam mithelfen. Wir begrüssen Euch, werthe Kongreßmitglieder, und wünschen Euch einen erfolgreichen Abschluß Eurer Arbeiten. Dieselben werden uns ebenso wie unsern westeuropäischen Genossen eine wertvolle Agitationsparole im Kampfe mit unserem Ausbeutertum geben.“ (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender, Nationalrath Decurtins: Da den russischen Arbeitern die Freiheit des Wortes, der Presse und des Koalitionsrechtes fehlt, hielt ich mich verpflichtet, ihre Zuschrift hier zu verlesen. (Bravo!) Wir hoffen, daß ihnen bald die Freiheit gewährt wird, die auch die beste Grundlage jeder rechtmäßigen Autorität ist. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Zur Verathung steht Punkt 3: Die Frauenarbeit.

Der Referent, Großrath Jean Sigg, hatte folgende Thesen, die in der Sektionsberatung festgesetzt wurden:

1. Der internationale Arbeiterschut-Kongress in Zürich fordert eine umfassende und wirksame Schutzesetzgebung für alle Arbeiterinnen und weibliche Angestellte in der Groß- und Kleinindustrie, dem Gewerbe, Handel, Transport- und Verkehrswesen, sowie der Hausindustrie.
2. Als Grundlage dieser Schutzesetzgebung fordert der Kongress eine Maximal-Arbeitszeit von acht Stunden pro Tag und 44 Stunden pro Woche für alle Arbeiterinnen und weibliche Angestellte. Die Arbeitszeit muß Sonnabend Mittag um 12 Uhr endigen, so daß ihnen eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden bis Montag Morgen gesichert ist.
3. Strenges Verbot des Unternehmerbrauchs, den Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten nach beendeter Arbeitszeit weitere Arbeit nach Hause mitzugeben.
4. Vor und nach ihrer Niederkunft dürfen Wöchnerinnen im ganzen während acht Wochen — nach der Niederkunft jedenfalls wenigstens sechs Wochen — nicht gewerblich beschäftigt werden. Während dieser Schutzzeit erhält die Arbeiterin von Staat oder Gemeinde eine Entschädigung, die in direktem Verhältnis zu ihrem Lohnausfall steht.
5. Für landwirtschaftliche Arbeiterinnen (Arbeiter) und für Diensthöfen sind alle Gesehe und Bestimmungen auszuheben, die sie in eine Ausnahmestellung gegenüber anderen Arbeiterkategorien bringen; (Diensthöfen-Ordnungen, Verbot der Koalition, der Vereine und Versammlungen etc.) und sind für sie besondere Gesehe, und Schutzvorschriften im Sinne der vorstehenden Forderungen zu erlassen.
6. In Erwägung, daß die Einschränkungen und endliche Befreiung der Hausarbeit in allen ihren Formen im Interesse der Volkshygiene der Kultur, sowie insbesondere der gewerkschaftlichen Organisation dringend nötig ist, es aber unmöglich erscheint, die Frage der Hausindustrie auf diesem Kongresse in einer ihrer Bedeutung entsprechenden Weise zu beraten, giebt der Kongress dem Wunsche Ausdruck, daß auf dem nächsten Kongress die Frage der Hausindustrie und die damit im engsten Zusammenhang stehende Frage der Arbeiterwohnungen gesetzt werde.
7. Der Kongress fordert für die Frauen für gleiche Arbeit gleichen Lohn und macht es den Delegirten zur Pflicht, soweit bei den öffentlichen Gewalten das für einzutreten, daß sie diesen Grundfah jedesmal anwenden, wenn die Gelegenheit sich bietet.

Das Korreferat hält Fräulein Margarethe Kreuzlich: Ueber die Nothwendigkeit der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und weiterer Schutzesbestimmungen für die arbeitenden Frauen wird in diesem Kreise kein Zweifel bestehen. Auch die gesehgebenden Behörden sind darin eines Sinnes, daß die Arbeiterinnen besonders geschützt werden sollen, nur wie weit solche Bestimmungen gehen müssen, um eine wirkliche Hebung der Lage der Arbeiterinnen und damit des ganzen Volkes zu bewirken, darüber herrschen verschiedene Ansichten. Die moderne Industrie preßt die Arbeitskraft des

Arbeiters maßlos aus und gefährdet die Leistungsfähigkeit ganzer Generationen, wenn ihr nicht Schutzesetze Fesseln auferlegen. In der industriellen Arbeit der verheirateten Frau liegt unter den jetzigen Verhältnissen immer eine Gefahr für die Familie. Wir können sie verringern durch Mehrwerthung der Männerarbeit und müssen unbedingt für Herabsetzung der Arbeitszeit aller Industrie-Arbeiterinnen wirken. Die erste These des Referenten hat in der Sektion insoweit eine Aenderung erfahren, als die weiblichen Angestellten im Handel, Transport und Verkehrswesen, welche in der ursprünglichen Fassung nicht besonders genannt waren, nun angeführt sind. Dagegen zeigte sich die Unmöglichkeit, dieselben Schutzesbestimmungen auch für die weiblichen Diensthöfen und Tagelöhner in Haus- und Landwirtschaft anzustellen. In einer Resolution, die sich der Reihe der gestern zur Verathung gelangten Thesen anschließt, wird ihrer Ausnahmestellung gedacht und werden besondere Schutzvorschriften für sie gefordert. Die bestehenden Fabrikgesetze beschäftigen sich fast nur mit den Frauen in der Großindustrie. Doch das Leben der Arbeiterinnen in der Kleinindustrie, der Schneiderinnen, Weißnäherinnen, Plätterinnen, auch der Diensthöfen in Haus- und Landwirtschaft führt uns so schreckliche Uebelstände vor Augen, daß diese Arbeiterinnen in erster Linie der Aufmerksamkeit der Gesehgebung zu überweisen sind. Die Kadmmädchen und Plätterinnen, deren Arbeitszeit in Geschäften oft aufs ungebührliche ausgedehnt wird, deren Organismus durch das andauernde Stehen, wie auch durch Einathmen schlechter Luft aufs schlimmste leidet, sie haben gesetzliche Schutzesbestimmungen dringend nötig. Noch schlimmer steht es bei Arbeiterinnen, denen die Dauer der Arbeitszeit selbst überlassen ist, bei den zu Hause arbeitenden Schneiderinnen, Weißnäherinnen u. s. w. Sie sind bei den niedrigen Löhnen gezwungen, in die Nacht hinein zu schaffen. Sie können sich nicht die nötige Nahrung und Wohnung gönnen. Der weibliche Organismus ist weniger widerstandsfähig als der männliche, und es stehen in ihm viel leichter dauernde Schädigungen ein, die sich in Mattigkeit und Verminderung der Arbeitskraft äußern. Eine richtige Verkürzung der Arbeitszeit wird thatsächlich keine Verminderung der Leistungen mit sich bringen, sondern viel eher gesunden und arbeitsfreudige Frauen und Mädchen schaffen. In der zweiten These fordern wir den Achtstundentag für die eines besonderen Schutzes bedürftigen Frauen. Die Arbeit der Frau hat nach Schluß der Fabrik ihr Ende noch lange nicht erreicht. Schon übermüdet muß sie sich noch zur Ordnung und Herstellung alles dessen aufraffen, was von fremden Kräften thun zu lassen ihr die knappen Mittel verbieten. Und die jungen Mädchen? Ihnen wäre zu wünschen, was nur den wenigsten unter den Arbeiterinnen möglich ist, daß sie, solange keine großen, hässlichen Pflichten vorhanden sind, Fortbildungskurse besuchen könnten, um sich beruflich zu heben, oder geistigen oder künstlerischen Neigungen zu folgen. Auch wäre ihnen die Zeit zu gönnen, in der sie sich in den von der weiblichen Fabrikbildung arg vernachlässigten Haushaltungsgeschäften üben könnten, damit sie nicht in Unkenntniß über die richtige Verwertung der Nahrungsmittel bleiben. Zur Erlangung einer thatsächlichen Ruhepause für die Arbeiterinnen gehört unbedingt auch der freie Sonntag Nachmittag. Soll die Arbeiterin wirklich zur Sonntagsruhe kommen, so muß ihr zur Erledigung der nötigen Reinigungs- und anderer häuslicher Geschäfte der Nachmittag vorher freigegeben werden. Diese Einrichtung wird der unverheirateten Arbeiterin im günstigsten Fall den ganzen Sonntag, der verheirateten Frau wenigstens einige Nachmittagsstunden der Erholung bringen. — Es werden heute immer mehr Berufstätigkeiten, die früher ausschließlich von Männern ausgeübt wurden, auch von Frauen ergriffen. Die Frauenarbeit hat aber die Löhne der Männer herabgesetzt, und da, wo der gleiche Lohn existirt ist es, immer bei überwiegender Zahl der weiblichen Arbeiterinnen zum Schaden der Männer, wie z. B. in Webereien. Es empfiehlt sich deshalb die Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Leistung ohne Unterschied, ob Mann, ob Frau. — Dagegen hat die Sektion den Anschluß der verheirateten Frau aus der Fabrik entschieden abgelehnt. Die Gründe werden wohl in der Diskussion ausführlich besprochen werden. Die beabsichtigte Wirkung des Verbots könne einerseits durch Hebung des Werthes der Männerarbeit, andererseits durch das Verlangen des Achtstundentages mit freiem Sonnabend-Nachmittag ohne Lohnabzug für Arbeiterinnen erreicht werden. — Bei Verathung der 3. und 4. These verlangte die englische Delegation vollständige Abschaffung der Hausindustrie. Die Zeit reichte nicht hin, dies Thema gründlicher zu behandeln, weshalb eine Resolution beschloffen wurde, die als Nummer 6 vorliegt. Um aber nicht alles einem künftigen Kongress zu überlassen, wurde Resolution Nummer 3 angenommen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn sanitäre und andere Gründe uns für die Arbeiterin den Achtstundentag verlangen lassen, die Arbeit im Geschäft nicht zu Hause ihre weite noch intensivere Fortsetzung finden soll. Es giebt ja leider viele Frauen, die gezwungen sind ihres nicht ausreichenden Tagelohnes wegen, Nachts noch zu Hause zu stehen, das aber drückt den Werth der Frauenarbeit noch weiter herunter. Resolution Nr. 4 ist durch folgenden Zusatz zu ergängen: „Durch gesetzliche Vorschriften sind die Arbeitszweige zu bezeichnen, in denen schwangere Frauen nicht beschäftigt werden dürfen.“ Eine schwedische Schutzzeit für Wöchnerinnen schreibt unser schweizerisches Fabrikgesetz vor. Der schweizerische Fabrikinspektor Dr. Schuler konstatiert an der Hand der Erfahrung mit dieser Bestimmung in unserem Fabrikgesetz eine bedeutende Verminderung der Kindersterblichkeit und der Krankheiten unter den Frauen. Mit der Aufstellung der Schutzzeit allein ist nur halb gefordert. Die Mittel zur nötigen Pflege und Kräftigung müssen der Wöchnerin von Staat oder Gemeinde gewährt werden. Wir kennen bei uns jene Beschränkungen der bürgerlichen Freiheit nicht, die in anderen Ländern über landwirtschaftliche Arbeiter und Diensthöfen verhängt sind. Bei uns gilt für alle Kategorien der arbeitenden Klassen das gleiche, gemeine Recht. Um so mehr haben wir Anlaß beizustimmen, daß in anderen Ländern auch jenen gedrückten Klassen das gleiche Recht zu theil werde. — Die Resolution 6 überweist die wichtige Frage der Hausindustrie einem künftigen Kongresse. Die Sektion fand, daß die Frage gründlichere Studien erheischt und nicht einfach durch ein Verbot gelöst werden kann. These VII will ein Stück geschichtlicher Ungleichheit beseitigen. Der Kampf um gleichen Lohn für gleiche Leistung ist logisch und moralisch vollständig gleich dem Kampfe der ganzen Arbeiterklasse um die wichtige gesellschaftliche Werthung und Belohnung ihrer Arbeitskraft. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet. Dévittier-Lausanne: Der Verband der Gewerkschaften des Seine-Departements wollte eine Abordnung von 10 Delegirten zum Kongress senden. Der Municipalrath von Paris hatte bereits das Geld bewilligt, die Regierung hat es wieder gestrichen, weil das vorhandene Kleingeld nur für den Präsidenten der Republik reicht. Ich bin beauftragt worden, ihnen das mitzutheilen. (Heiterkeit.) Die französische Arbeiterschut-Gesetzgebung ist nicht gänzlich wirkungslos, was daraus hervorgeht, daß das Pariser Arbeitsamt allein 3000 Uebertretungen zur Anzeige gebracht hat. Den Frauen ist jetzt die Beschäftigung in Buchdruckereien wo pornographische Schriften und Bilder hergestellt werden, verboten worden. Schlimmeren Verführungen ist aber die Frau noch in den Vergnügungsalonen der sogenannten feinen Welt ausgesetzt. Dr. F. J. A. C. Paris: Chef des Pariser Arbeitsamtes, bemerkt auf die Aeußerung des Vorredners, daß es richtig sei, daß der Minister des Innern das vom Municipalrath bewilligte Geld gestrichen habe. Man dürfe aus dieser Handlung des einen Ministers aber nicht auf die Gesinnung der ganzen Regierung schließen. Der Handelsminister habe einen Beamten des Arbeitsamtes zum Kongress entsandt und damit seine Sympathie für die Kongress-Verhandlungen und Bestrebungen ausdrücken wollen. (Beifall.)

De Vierl-Brüssel (belgischer Abgeordneter, liberaler Demokrat) stellt den Antrag: „Die Frauenarbeit, namentlich die Arbeit verheirateter Frauen in Bergwerken, Steinbrüchen und der Großindustrie, soll allmählig abgeschafft werden.“ Der Kongress beschließt, zunächst in eine Generaldebatte über diesen Antrag einzutreten. Der Antragsteller führt zur Begründung seines Antrages u. a. aus: In Belgien sind 50 000 Frauen, besonders in der Textilindustrie, beschäftigt und man sehe sich selbst die Fäbrierinnen an, wenn sie aus der Fabrik herauskommen, und man wird sagen, so sollten die Mütter unserer Kinder nicht aussehen. Der Beruf der Frau ist das Muttersein. Selbst Bebel hat das in seinem Buche „Die Frau“ anerkannt. Wie soll sie aber diesen Beruf erfüllen, wenn sie in der Fabrik arbeiten muß? Die Kapitalisten preisen die Frauenarbeit, weil sie ihnen die Produktion verbilligt und erleichtert. Wer in diesem Saale aber steht auf einem solchen menschlichen Standpunkt. Die Neglectierung der Frauenarbeit genügt nicht, sie muß abgeschafft werden. Ein Hauptanwand dagegen ist der, daß man sagt, der Lohn der Frau ist notwendig zur Erhaltung der Familie. Stellen Sie aber einmal eine Bilanz auf. Nehmen Sie den Betrag des Lohnes, den die Frau zum Familienbudget leistet und nehmen Sie auf der anderen Seite den Nachtheil, den das Budget durch unökonomische Wirtschaft erleidet, nehmen Sie den weiteren moralischen Nachtheil und die Leute wird nicht zu gunsten der Frau ausfallen. Die Kapitalisten benehmen die Frauenarbeit zur Herabdrückung der Löhne der Männer. Schaffen wir ein gesetzliches Verbot der Arbeit verheirateter Frauen. Die Freiheit ist es, die niederdrückt, das Gesehe ist es, das befreit. (Beifall.) Frau Lily Braun-Berlin: Wenn wir uns gegen den Antrag des Vorredners erklären, so thun wir es aus fast den gleichen Gründen, die er für seinen Antrag angeführt hat. Auch wir sind für Verkürzung der Arbeitszeit, auch wir treten für den Schutz der Mutter ein und sind für das Verbot der Frauenarbeit da, wo ihr Körper Schaden leiden kann. Aber wir sind niemals für das Verbot der Frauenarbeit überhaupt. (Beifall.) Warum sängt man bereits an, die Frauenarbeit in der Großindustrie zu verbieten. Die Konkurrenzfurcht ist es, die sehr häufig auch auf anderen Gebieten zu tage getreten ist, und die Frauen gern in das alte Dienst- und Sklavenverhältnis zurückdrängen möchte. Die Frau ist doch nicht in erster Linie Frau, wie der Mann nicht in erster Linie Mann ist, sondern Mensch (Beifall) und hat die Berechtigung als Mensch zu leben. Das kann sie jedoch nur dann, wenn sie ökonomisch selbständig ist. Auch im Hinblick auf das Familienleben verlangen wir, daß die Frauenarbeit nicht verboten werde. Was würde dann die Folge eines Verbotes der Frauen-Arbeit sein? Sie würden die Heimarbeit in ungeheurem Umfang wieder aufleben lassen. (Beifall.) Die Frau würde in ihrem elenden gemeinsamen Koch-, Schlaf- und Wohnraum zu Hause eine Werkstatt schaffen und dort Tag und Nacht arbeiten müssen. Das Verbot der Frauenarbeit wäre eine Prämie auf das Konkubinat und gerade diejenigen, denen die Heiligkeit der Ehe so sehr am Herzen liegt, sollten das bedenken. Der Bund, den die Liebe geweiht hat, ist auch uns heilig. Aber die heutige Form des Konkubinats erniedrigt die Frau und ist ein Unglück für die unehelichen Kinder. Bei einem Verbot der Frauenarbeit würde man die Männer aber am Heirathen verhindern und die Zahl der unehelichen Kinder würde erschrecklich wachsen. Die Prostitution, dieses Geschwür am Körper unserer Gesellschaft, würde noch größer werden. Es ist daran Anstoß genommen worden in der Sektion, daß gerade ich als Frau diesen Punkt berührt habe. Wer aber hätte mehr das Recht dazu, als gerade die Frau, wer hätte mehr das Recht an die elendesten unserer Mitmenschen zu denken? Gerade im Namen der höchsten Sittlichkeit verlangen wir sozialdemokratischen Frauen die Frauenarbeit. Die Prostitution, dieser Schandfleck, ist eine Folge der kapitalistischen Wirtschaftsverordnung, nicht ein notwendiges Uebel. Sie wird mit dieser kapitalistischen Ordnung aus der Welt verschwinden. Wir stehen hier alle als Vorkämpfer der Unterdrückten, Kleinen und Geschändeten und deshalb gerade fordere ich Sie auf, gegen den Antrag de Vierl zu stimmen. (Stürmischer Beifall.) Dr. Rudolf Meyer-Prag kommt auf die Erfindung der amerikanischen Feldmaschine zurück, welche die Frauenarbeit auf dem Lande überflüssig macht. Hätte man die Maschine dieses Jahr schon in Europa eingeführt gehabt, die Misere wäre nicht so groß geworden. Kein Gesehe war da, die Anwendung der Feldmaschine aufhalten zu können. Die Frauenarbeit werde auch bei uns über kurz oder lang entbehrlich sein. Während bei uns die Frauenarbeit in der letzten Zeit noch gestiegen sei im landwirtschaftlichen Betriebe, habe sie in England bereits stark abgenommen, in Amerika fast ganz aufgehört. Er gäbe zu bedenken, daß sich die Frauen vom Lande jetzt gierig auf die Arbeit in der Industrie stürzen würden. (Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen sei.) Der Redner erwidert: Mit dieser Carotte um den Hals kann man nichts machen und tritt von der Tribüne ab. (Große Heiterkeit.) Frau Clara Zetkin-Stuttgart: Als Vertreterin sozialdemokratischer Frauen und Mädchen lege ich besonderen Protest gegen den Antrag Vierl ein. Die Befreiung des werththätigen Volkes kann nur durch den Sozialismus erfolgen. Der Sozialismus verlangt die Befreiung jeden Berufes, jeden Geschlechtes. Die Berufsarbeit der Frau muß der des Mannes gleichberechtigt sein und darf nicht verboten werden. Auch im Interesse des Berufes als Gattin und Mutter liegt ein Verbot der Frauenarbeit nicht. Nur eine gleichberechtigte Frau kann auch diesen Beruf wahrhaft erfüllen. Unsere jetzige kapitalistische Entwicklung hat zwar das Familienleben zerstört, aber der Entwicklungszugang ist doch ein elckischer. Auf der einen Seite zerstört er, auf der anderen baut er wieder auf und macht die Bahn frei für die sittliche Einheit für Mann und Frau. Die Berufsarbeit ist die wirtschaftliche Grundlage für die soziale Befreiung der Frau. Unsere Gegner wollen die Gleichberechtigung der Frau nicht, sie sagen, sie ist ein Zeichen der Decadence. Bisher hatten wir aber noch niemals wirkliche Gleichberechtigte. Freilich fällt in die Zeiten der Decadence eine gewisse Gleichberechtigung der Frau, aber nur der Frauen in den obersten Schichten. Jetzt handelt es sich um eine Bewegung der Frauen im Volke nicht nur um die elenden, die mit ihren Händen, sondern wie es freilich auch ausgedrückt hat, „hungernd pflügend mit dem Hirn“ das lärgliche Brot verdienen müssen. Erst eine ökonomisch unabhängige Frau wird dem Mann mehr als das Weib sein. Sie wird dem Manne der beste Freund, die Trägerin und Pegerin seiner Ideale, die Förderin seiner Bestrebungen sein. Die Frau wird die geistige und sittliche Hälfte des Mannes sein, und gestatten Sie mir hinzuzufügen, oft auch die bessere Hälfte des Mannes. (Große Heiterkeit.) Nur die Frau, welche ein Vollmensch ist, wird ihre Kinder zu Vollmenschern erziehen können. Aber nicht nur die Mutter nehmen Sie den Kindern, Sie würden ihnen bei einem Verbot der Frauenarbeit auch die Erziehung des Vaters nehmen, er würde noch weniger im Stande sein als jetzt, sich um die Erziehung zu kümmern, da er dann noch länger arbeiten müßte. Wenn wir Sozialisten die Nacht hätten, wir wollten bessere gesellschaftliche Zustände schaffen. Heute fordern wir nur die Befreiung der wirtschaftlichen Ausbeutung. Der Konflikt der Frau, die Frage, wie weit gebore ich der Welt, wie weit dem Hause, ist der schlimmste, für die Frau, für die das Mutter sein kein Zufall oder gar ein unangenehmer Vorfall und die Berufsarbeit kein Spielzeug, eine andere Form des geschäftigen Waffenganges ist. Aus diesem Konflikt erwachen ihr die größten Schmerzen, aber auch die größte Kraft, den Kindern mehr zu sein als die einseitige Frau. Wir begreifen sehr gut, daß die Anhänger der anderen Richtungen erschreckt sind,

wenn sie es jetzt am Horizont flammen sehen, denn sie wissen, es ist das Angehen der Witterdämmerung einer alten Welt. Für uns ist es die Morgenröthe einer neuen Zeit; wir können ihr nicht entgegen als blinde Bacchanten, welche die Schären der Liebergangszeit nicht beachten, sondern wir sind, wie die anderen, bereit, in ehrlicher Arbeit diese Schären zu mildern. Aber unser Ideal liegt nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft, unsere Lösung kann nicht sein zurück, sondern vorwärts. (Minutenlanges begeistertes Beifall.)

Professor Dr. Scheiber, Wien: Wenn das Bild der Zukunft wirklich so schön wäre, wie die Vorrednerin es ausgemalt hat, so bräuchten wir uns erst nicht lange zu streiten. Aber ich glaube an dieses Zukunftsbild nicht; durch die allgemeine Gleichstellung würde die Frau nichts gewinnen, die Gesellschaft aber ganz gewiss dabei verlieren. Ich werde dem Antrag der Partei zustimmen, welcher es ermöglchen soll, die Frau wieder der Familie zuzuführen. Das Christenthum muß dabei helfen. Würde es überall beobachtet, so würde bald der Wunsch des Papstes erfüllt sein, daß wer seine körperlichen und geistigen Kräfte anstrengt, auch in die Lage kommen muß, anständig zu leben und eine Familie anständig zu ernähren. Durch die Emancipation würde die Frau der Familie entzogen. Die Frauen wollen Politik treiben. Gut! Aber die Familie ist doch schließlich nur das Abbild des Staates eines Gemeinwesens und in jedem Staate muß es einen Minister des Äußeren und einen Minister des Innern geben. Die Frau sei der Minister des Innern. (Große Heiterkeit.) Es geht im Staate auch nicht an, daß plötzlich der Minister des Innern die Rolle mit dem Minister des Äußeren vertauscht. (Heiterkeit.) Die schönste Erinnerung, die ich habe, ist die an meine Mutter, an die Jahre, wo ich von ihr geleitet und erzogen wurde (Lebhafte Beifall) und ich bedauere die Profetarierkinder, daß sie in diesem Sinne keine Mutter haben. Auch ich achte die Frau hoch und protektire dagegen, daß es mir einfallen könnte, sie herabzuwürdigen. (Lebhafte Beifall.)

Frau Baronin Vogel, Wien: Eine Fremde kann den Kindern die Mutter niemals ersetzen, deshalb bin ich gegen die Fabrikarbeit der Frau. Die Kräfte, die die Frau in der Fabrik ausgiebt, gehen für das Haus verloren. Sie kommt müde und matt aus der Fabrik, ist unerschöpflich gegen die Kinder, mindestens nimmt sie sich ihrer nicht so an, wie es sonst der Fall wäre. Die Frau darf nicht die gleiche Berufstätigkeit ausüben wie der Mann, sie kann es nicht leisten. Es gibt ja Frauen, die Uebermenschliches leisten. Als eine solche dürfen wir Frau Jeklin bewundern. Aber das sind Ausnahmen. Das Groß ist schwächlich und schlechten Einflüssen leichter zugänglich als der Mann. Sie leistet manchmal mehr Arbeit als der Mann, aber die Folgen sind dann entsetzlich. Eine Arbeiterfrau hat in der Häuslichkeit soviel zu thun, daß sie damit genug gethan hat. Das Verbot der Frauenarbeit wird den Männern zu gute kommen, sie werden längere Arbeitszeit und höhere Löhne durchsetzen können. Um die Frau schiken zu wollen, braucht man es nicht zu machen, wie der Wär in der Fabrik, der, um die Fliege von der Nase des Eremiten zu scheuchen, den Eremiten selbst mit der Laxe erschlug, wir brauchen die Frau nicht in die Fabriken zu treiben, um sie vor der Hausarbeit zu bewahren. Im Namen der Kinder, der Mütter, nehmen Sie den Antrag der Partei an. (Lebhafte Beifall.)

Generalforscher, Wien: Als die Maschine aufkam, hat sie viel Unglück und Elend über die Menschheit gebracht. Es ist ja sogar Blut geflossen. In Oesterreich, dem Lande der Sonderbarkeit hat sogar ein Politiker für Einschränkung der Maschinen gesprochen und es giebt eine Partei bei uns, die die Großindustrie eindämmen will, um der Kleinindustrie aufzuhelfen. Wir wissen, daß die Maschine Unglück über die Menschheit gebracht hat, aber nicht als Maschine sondern weil sie in der Hand des Kapitalisten Mittel zur Ausbeutung geworden ist. Die Gegner unserer Anschauung wollen die Familie in ihrer alten Form erhalten, weil sie die Frau als das unbedingt dienende Mitglied der Familie erhalten wollen. (Oh! Beifall.) Sie wollen nicht nur die körperliche Arbeit der Frau, sondern auch ihre geistige Arbeit einschränken; sie sind Gegner der absoluten Gleichstellung der Frau und zwar berufen sie sich auf fixe dogmatische Grundsätze. Solche Grundsätze erkennen wir nicht an. Wir sind nicht für unbedingte Gleichheit, sondern für die Gleichheit der Entwicklungsmöglichkeit. Wir glauben nicht, daß die Frau ein geistig niedriger stehendes Wesen ist. Wir in Oesterreich haben gar keinen Grund, hochmüthig als Männer auf die Frauen herabzusehen. Auf die Politik unserer Männer brauchen wir nicht stolz zu sein. Selbst Herr Scheiber würde vernünftig sein, wenn im Reichsrathe intelligente Frauen säßen. (Heiterkeit.) Hohe Damen haben bei uns von jeder Politik getrieben, aber das Volk ist dabei nicht glücklich geworden. Die Frauen sind bei uns in zurückgebliebenen Oesterreich allein auf die Sozialdemokratie angewiesen, so tief stehen bei uns die bürgerlichen Parteien. Ich gehöre zu den Leuten, die aus proletarischen Kreisen stammen. Auch ich erinnere mich an meine Mutter, Herr Scheiber, aber wenn ich es thue, steigt eine Blutwelle in mir auf gegen das System, welches die arme Witwe in Noth und Sorge zurückgelassen hat. Ob die Mutter durch die Fabrik den Kindern genommen wird oder durch eine 16—17 stündige Arbeitszeit zu Hause wie meine Mutter und Großmutter, das ist wohl gleich. Wir wissen, daß wir nicht durch Abstimmungen auf diesem Kongress, sondern durch den unanfechtbaren Gang der Entwicklung siegen werden, nicht bloß durch die Macht der von uns vertretenen Interessen, sondern auch durch die auf diese Interessen sich aufbauenden Ideen und Gefühle. (Stürmischer Beifall der Sozialdemokraten.)

Es sind noch fünfzehn Redner eingezeichnet. Beschlossen wird, von jeder Richtung einen Generalredner zu lassen, Decurtius und Bebel.

Decurtius verlangt, daß das Loos darüber entscheiden solle, wer zuerst das Wort zu erhalten habe, erklärt sich aber schließlich bereit, als erster zu sprechen, als ihn der Vorsitzende darauf aufmerksam macht, daß bisher immer abwechselnd von beiden Parteien die Redner aufgetreten wären und zwar als letzter Bernerstorfer.

Decurtius: Frau Jeklin hat von der Witterdämmerung gesprochen und den heulenden Freierwölfen, die den Weltuntergang der Bourgeoisie begleiteten. Die Freierwölfe, die die Kultur zerstören wollen, die suchen Sie wo anders, nicht in diesem Saale. Auch wir wollen eine bessere Weltordnung schaffen, aber uns ist die Familie heilig. Heute sind schattenhaft die Endziele der Parteien hervorgetreten, und wer wollte leugnen, daß uns eine Klust da trennt. Ein weites Stück des Weges zu einer bessern und gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, die auch wir für schädlich halten, gehen wir gemeinsam. (Bravo!) Wir wollen das Kind von der Fabrik fernhalten, wir wollen dem Arbeiter die Sonntagsruhe geben, damit der Mensch einen Tag habe, wo er aufrechtens Hauptes einherstreiten kann, wir wollen Schutzgesetze für den erwachsenen Arbeiter. Dies Bewußtsein wird verhindern, daß der Ton bei dieser Debatte bitter und die Erinnerung daran trübe wird. (Beifall.) Was uns trennt ist das folgende. Wir wollen die Familie erhalten. (Bravo!) Wir lassen sie nicht als etwas historisch gewordenes auf. Wir glauben, da, wo die Menschheit begann, da war auch die Ehe da. (Bravo!) Man weiß auf die wilden Völkerschaften. Aber wir meinen, daß sie in der Deland sind, wenn sie die Form der Ehe nicht haben. Für uns ist die Familie eine absolute, für Sie eine historische Kategorie. Vieles wird versinken, auch die bürgerliche Gesellschaft, nur eines versinkt nicht, das ist die Ehe. (Stürmischer Beifall.) Ein Denker, der allein neben Marx genannt werden kann, Hobbertus, hat die Familie den Jungbrunnen der Völker genannt. Sie wird es bleiben. Herrliche Wölfe des Alterthums sind verschwunden im Wölfermeere... wir kennen kein christliches Volk, das verschwunden ist. Selbst das vielverfolgte Polen lebt. (Bravo!) Die Zeiten haben sich geändert und Ihre Auffassung von den Dingen auch. Marx nennt es im „Kapital“ ein Hauptverbrechen des Kapitalismus, daß er die Frau aus der Familie gerissen und als Lohnbräuerin in die Industrie getrieben hat. Und lesen Sie Engels' „Uage der arbeitenden Klassen“, ein Buch, dessen herrliche Sprache ich mit der eines alten Epös vergleiche. Was verlangten Ihre großen Führer: Die Frau muß ins Haus zurück. Was Sie vor

20 Jahren von der Bourgeoisie forderten, das wollen Sie jetzt nicht haben. (Bravo!) Die Familie bleibt die gesunde Grundlage jedes Staates. Auch uns schwebt ein Zukunftsbild vor, eine Gesellschaft, wo der Lohn des Mannes reichlich genügt, die Familie zu erhalten, wo die Karyatiden der Gesellschaft die kulturellen Güter nicht nur erzeugen, sondern sie mittheilen (Stürmischer Beifall!), wo jeder Arbeiter Zeit zum geistigen Genuße hat. Ich würde ihm die „Nachfolge Christi“ in die Hand geben, Vandervelde vielleicht eine Schrift Conte's, der eine würde Lesung, der andere ein christliches Erbauungsbuch. Ein edles Ideal ist die Familie, die Bürgerschaft grober und schöner Kultur (Bravo!) der Arbeiter, Mann und Weib, umringt von Kindern, das ist unser Ideal, unser Frühlingssanft einer neuen Welt! (Stürmischer, mehrfach wiederholter Beifall.)

Von gleichem Beifall empfangen, erwidert Bebel: Meine Damen und Herren, wenn ein Zuhörer in diesem Saale anwesend wäre, der nur die Reden Decurtius und seiner Freunde gehört hätte, er müßte notwendig zu dem Glauben kommen, daß man auf der einen Seite die Familie erhalten will, während wir sie zu zerstören suchen. (Sehr richtig!) Selbstverständlich hat das kein Redner der Gegenseite offen ausgesprochen. Aber die ganze Frage hat sich prinzipiell zugespitzt und klar und deutlich hat sich der merestiefe Abgrund abgethan, der zwischen den beiden Richtungen hier besteht und der durch keinerlei Kompromiß ausgeglichen werden kann. (Bravo!) Aber so tiefe Differenzen aus trennen, so können wir doch bis zu einem gewissen Punkte neben einander hergehen, um manches zu erreichen, von dem ich hoffe, daß es berechtigt für die Arbeiterklasse wirken wird. (Stürmischer allseitiger Beifall.) Es ist mir meiner Natur nach unmöglich, mich auf das Gebiet des Gefühls zu begeben, von dem Decurtius ausgesprochen hat. Aber, meine Herren, wir sehen nun einmal auf dem Boden der harten Thatfachen, die wir zu beseitigen nicht im Stande sind. In der Frage der Frauenarbeit tritt der Gegensatz der Weltanschauungen scharf hervor. Auch jene Herren sind Freunde der kapitalistischen Produktionsweise, sie suchen ihre Uebelstände nach Möglichkeit abzumildern und sie in ihrer Entwicklung zu hemmen und zurückzuzwingen. Sie suchen eine kleinbürgerliche Gesellschaftsordnung an die Stelle der heutigen Ordnung zu setzen. (Lebhafte Beifall.) Wir aber suchen die Entwicklung der heutigen Gesellschaft nicht zu unterbrechen, sondern sie zu einer höheren Stufe, zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zu bringen. (Lebhafte Beifall.) Sie glauben nun, die Art an die Wurzel der kapitalistischen Gesellschaft dadurch zu legen, daß sie die Frauenarbeit aus der Großindustrie bringen. Und nicht nur aus der Großindustrie. Decurtius hat gestern gesagt, daß sie Gegner der gewerblichen Frauenarbeit überhaupt seien. Ihr Ziel ist die Wiederherstellung einer in der Vergangenheit liegenden Gesellschaftsordnung. So wenig Sie Eisenbahnen, Telegraphen und Dampfmaschinen beseitigen können, so wenig die kapitalistische Großproduktion und in ihrem Gefolge die Frauenarbeit! (Sehr richtig!) Es ist sehr charakteristisch, daß Sie der Frau die Fabrikarbeit verbieten, sie aber in der Hausindustrie und in der Landwirtschaft lassen wollen. Wenn ich zu wählen hätte zwischen achtstündiger Fabrikarbeit und sechsstündiger Hausarbeit, dann würde ich der Fabrikarbeit den Vorzug geben. (Lebhafte Beifall.) Was wird durch Ihren Antrag erreicht? In Deutschland sind 1/4 Millionen, in England 3—4 Millionen Frauen in der Großindustrie thätig. Vertreiben Sie sie aus den Fabriken, so führen Sie hunderttausende der Prostitution in die Arme. Das wollen Sie nicht, das wird aber die Folge sein. Was soll aus den Wittwen werden, was sollen die Frauen arbeitsloser Männer oder die Frauen überlicher Patrone anfangen? Wenn Sie diese praktischen Fragen nicht beantworten können, dann müssen Sie Ihren eigenen Antrag ablehnen! (Stürmischer wiederholter Beifall und Händeklatschen.)

Der Antrag der Partei wird hierauf mit 165 gegen 98 Stimmen abgelehnt. — Die Spezialberatung der Anträge findet Nachmittags statt.

Zürich, 26. August. Der internationale Arbeiterschuh-Kongress nahm in der Abend Sitzung mit knapper Mehrheit einen Antrag von Marx an, der lautet:

„Der Kongress sieht in der Hausindustrie eine Beschäftigungsweise, die schwere soziale und gesundheitliche Uebel im Gefolge hat und ein großes Hinderniß ist für gewerkschaftliche Organisation und für die Durchführung eines wirksamen Arbeiterschutzes. Der Kongress überweist die eingehende Behandlung dieser Frage dem folgenden Kongresse.“

Zürich, 27. August. (Privatbesprechung des „Vorwärts“.) Der berühmte Hygieniker Professor Grismann referirte über die Nachtarbeit und die Arbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben. Die von ihm vorgeschlagenen Thesen wurden in der Sektion nur unwesentlich abgeändert. Der wichtigste Inhalt war der, daß da, wo die Nachtarbeit unbedingt erforderlich sei, ihre Gesamtdauer niemals die Stundenzahl des gesetzlichen Normal-Arbeitstages überschreiten dürfe. An der Debatte beteiligten sich hauptsächlich die englischen Delegirten. Die in der Sektion vereinbarte Resolution fand einstimmige Zustimmung des Kongressplenums.

Im wesentlichen haben diese Beschlüsse folgenden Inhalt:

Verbot der Nachtarbeit im allgemeinen. In Industrien mit ununterbrochenem Betrieb soll die Arbeitszeit ein Maximum von 8 Stunden nicht übersteigen. Ueberstunden sollen verboten sein, mit Ausnahme von ganz besonderen Fällen, welche durch Umstände begründet werden, die eine Unterbrechung des Betriebes herbeiführen könnten. Industrien mit gesundheitsgefährlichem Betrieb sollen nur unter strengen Bedingungen gestattet sein, doch dürfen keine Frauen oder Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigt werden. Die Arbeitgeber sind für jeden Gesundheitsnachtheil verantwortlich zu machen. Der achtstündige Normalarbeitszeit soll dem Grad der Gefährlichkeit entsprechend herabgesetzt werden.

Kommunales.

Vom Bau des vierten Krankenhauses. Noch sind die Baupläne zu dem zu errichtenden vierten Krankenhaus nicht genehmigt und schon ist man in der Lage festzustellen, daß die Pläne für die einzelnen Spezialbehandlungen nicht ausreichen werden. Nachdem nach reiflicher und sorgfältiger Prüfung der einschlägigen Verhältnisse festgestellt wurde, daß die Errichtung einer Station für geschlechtskrankte Personen in Höhe von 400 Köpfen vorgesehen. Tatsächlich ist die Frequenz der zur Zeit der im städtischen Obdach befindlichen Anstalt eine so große, daß dieselbe heute die angegebene Zahl dem Vermögen nach erheblich übersteigt. Man bringt diese starke Belagerung damit in Verbindung, daß die Zuweisung derartiger Kranken nicht mehr an die Charite, sondern ausschließlich an das städtische Institut erfolgt.

Gegenüber dem ursprünglichen Bebauungsplan wird der Erweiterungsbau des städtischen Viehhofes eine umfangreichere Abänderung erfahren. Nach dem nun von der städtischen Baudeputation vorgelegten Projekte, welches die Zustimmung des Magistratskollegiums erhalten hat, wird das in dem ursprünglichen Bebauungsplan vorgesehene Kühlhaus auf Anträge der Verwaltungsdeputation des Viehhofes einen doppelten Flächeninhalt erhalten; alsdann soll das Gebäude selbst statt der beabsichtigten 2 Stock nunmehr 4 Stock erhalten, da neben den vordem beantragten Kühlkammern noch Räume zu einer größeren Pöbelanlage und eine Räucherammer gefordert werden. Die Gesamtkosten sind auf 1.800.000 M. veranschlagt, wovon 460.000 M. auf Anlagen von Maschinen entfallen. Das Magistratskollegium hat

beschlossen, hierzu die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachzusuchen.

Nachdem der Herr Oberbürgermeister Belle seine Ferien angetreten hat, ist an seiner Stelle in den Reumer-Kutsch für die Ueberbrennungen der Bauath Kollmann eingetreten.

Das Reichbild der Stadt Berlin, das bisher auf 6000 Hektar angenommen war, ist nun endgiltig auf 6400 Hektar festgesetzt.

Lokales.

Die Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Urania, Landenstraße, von dem Wahlverein IV Süd-Osten zu zwei Sonder-Vorstellungen, von denen die erste am 5. und die zweite am 12. September, vormittags, stattfindet, engagiert worden ist. Indem wir den Parteigenossen den Besuch dieser Vorstellungen auf das wärmste empfehlen, theilen wir mit, daß Billets dazu noch zu haben sind bei: Erbe, Gurostr. 25; Tokkendorf, Gölzgerstr. 58, Ode-Sorauerstraße; Brödenfeld, Mantelstr. 69; Gölz, Grünauerstr. 3; Streit, Raunstr. 88; Bachmann, Eisenbahnstr. 85; Fr. Schwarze, Oppekerstr. 29 und A. Nunge, Faldenfeinstr. 25, v. III. Das Institut ist geöffnet um 9 Uhr morgens. Um 10 Uhr Anfang der Vorstellung. Zu empfehlen ist hierbei die Besichtigung der Puppentheater in der Zeit von 9—10 Uhr. Der Vorstand.

Die städtische Desinfektionsanstalt ist im Jahre 1895/96, wie aus dem erst jetzt veröffentlichten Verwaltungsbericht zu ersehen ist, von 8657 Wohnparteien in Anspruch genommen worden. Davon wohnten 8496 in Berlin, und zwar 5349 = 62,8 pCt. in Vorderhäusern und 3147 = 37,2 pCt. in Hinterhäusern. Im Vorjahre kamen von 7796 in Berlin ansässigen Parteien, die die Anstalt in Anspruch nahmen, 4800 = 61,6 pCt. auf Vorderhäuser und 2996 = 38,4 pCt. auf Hinterhäuser. Der Bericht hebt die verhältnismäßige Abnahme der Desinfektionen in Hinterhäusern hervor und bemerkt dazu: „Dies Resultat dürfte mit darauf zurückzuführen sein, daß die wohlhabenderen Klassen, denen es auf die Kosten weniger ankommt, häufig auch bei solchen Krankheitsfällen die Desinfektionsanstalt in Anspruch nehmen, welche nicht ansteckender Natur sind. Während die gutsituirten Klassen der Einwohner meistens aus eigenem Antriebe desinfizieren lassen, so geschieht dies bei den ärmeren Volksklassen zumeist erst auf Grund polizeilicher Anordnung.“ Wenn dafür gesorgt würde, daß es bei Desinfektionen dem Publikum überhaupt nicht auf die Kosten ankommen brauchte, d. h. wenn die Desinfektion allgemein — nicht bloß auf Antrag und bei nachgewiesener Bedürftigkeit — unentgeltlich ausgeführt würde, dann würden die in diesen Berichten alljährlich wiederkehrenden Klagen über die Abneigung der weniger Bemittelten gegen die Desinfektionen voraussichtlich bald nachlassen. Daß die Wohlhabenden die Anstalt viel häufiger benutzen, folgert der Bericht — mit Recht — auch aus der Gruppierung der Parteien nach dem Beruf. 1895/96 waren unter insgesamt 8657 Eigenthümern desinfizierter Sachen oder Inhabern desinfizierter Wohnungen nur 1975 = 22,8 pCt. Arbeiter und Gewerbegehilfen. Es ist klar, daß diese Gruppe, da ja die ansteckenden Krankheitsfälle vorzugsweise in Arbeiterfamilien ihre Opfer fordern, viel zahlreicher vertreten sein müßte. Aber auch hier ist, ebenso wie bei dem Antheil der Hinterhäuserbewohner, obenin noch eine Abnahme gegen das Vorjahr eingetreten; denn 1894/95 wurden 2349 = 29,4 pCt. Arbeiter und Gewerbegehilfen unter insgesamt 7990 desinfizierten Parteien gezählt. Von den Krankheitsformen, bei denen desinfiziert wurde, sind besonders zu nennen: Diphtherie 4986 mal = 57,1 pCt., Scharlach 767 mal = 8,8 pCt., Schwindel 532 mal = 6,1 pCt., Typhus 298 mal = 3,4 pCt. u. s. w. Bei Schwindel wird nach wie vor nur sehr selten desinfiziert. (In Berlin sterben jährlich rund 4000 Personen an Lungen- und Schwindel!) Meist werden auch nur die von den Kranken benutzten Wäsche- und Bettstücke zur Desinfektion gegeben. „Wegen der Gefährlichkeit dieser Krankheit“, sagt der Bericht, „ist es zu bedauern, daß nicht in allen Fällen auch die Desinfektion der Wohnung verlangt wurde.“ Wenn die Desinfektion für jedermann und ohne weiteres unentgeltlich wäre, dann würde sich auch hier bald weniger Anlaß zu diesem bisher alljährlich von neuem geäußerten Bedauern bieten.

Die Preiserhöhung im Barbiergewerbe wird, wie man mittheilt, jetzt auch in den südlichen und westlichen Vororten fast überall wieder ausgegeben. Nachdem vor kurzem die Barbier Tempelhof's die früheren Preise wieder eingeführt haben, sind ihnen darin jetzt die von Friedenau nachgefolgt. Man kann wohl annehmen, daß zu dem Scheitern dieser Bewegung, die namentlich in Arbeiterkreisen anfänglich durchaus nicht ungünstig aufgenommen wurde, die Hingabe mancher Mitglieder der Innungsbrüderschaft wesentlich beigetragen hat. Die Herren hatten es nebenher mehr oder minder verdeckt darauf abgesehen, das den Gehilfen vom Publikum zugedachte Trinkgeld in ihre Hand zu bekommen und wandten, um diesen Zweck zu erreichen, oft recht fragwürdige Mittel an. Wir wollen weniger an dies vielfach durchaus nicht ernst gemeinte Verprechen einer Lohnerhöhung erinnern, als an die Praktiken, die durch Umwandlung der Altküchen in Kontrollküchen betrieben wurden und an die durch Advokatenkrisse zurechtgedrehte Verschlimmung, welche den Gehilfen, der in Einvernehmen mit verschiedenen Gerichtsurtheilen das Trinkgeld für sich behält, ohne weiteres „von rechts wegen“ auf die Straße zu setzen gestattet. Derartige beschränkte Kniffligkeiten, die eben nur ein Innungsgeheimnis ausbilden kann, müßten selbstverständlich zum mindesten die Arbeiterkundschaft erbittern und sie gegen eine Preiserhöhung einnehmen, die solche Kläthen treiben konnte.

Ein unfreiwillige Charakteristik der Berliner Kriminalpolizei liefert ein überaus polizeistimmendes Blatt in folgender Mittheilung: In der Sache der Ermordung der Marie Thiele ist die Untersuchung bis jetzt im wesentlichen resultatlos verlaufen, obgleich die Kriminalpolizei jede, auch die kleinste Spur nach allen Seiten hin verfolgte und keine der Anregungen, die ihr seit zahlreich an sie herantraten, unbeachtet ließ. Fast scheint es, als ob auch dieser Mordfall unaufgeklärt bleiben sollte, wenn nicht irgend ein glücklicher Zufall später noch auf die Spur des Täters führt, der, wie man jetzt annimmt, wahrscheinlich ein Fremder war. — Aus dem Munde der Kinder und Unmündigen werdet Ihr die Wahrheit hören — heißt es ja wohl in der Bibel.

Ein „Beschl“ an die Ralmücken. In der „National-Zeitung“ lesen wir: „Auf Beschl des Kaisers werden die Mitglieder der zur Zeit im Zoologischen Garten weilenden „Ralmücken-Sorde“ am Sonnabend der großen Herbstparade als Zuschauer bismöhen. Die Ralmücken werden früh gegen 8 Uhr unter militärischer und polizeilicher Bedeckung nach dem Paradeselbe abgeführt.“ Der Mann, der von diesem „Beschl“ meldet, scheint der Meinung zu sein, daß die Ralmücken entweder zur Dienerschaft Wilhelms II. oder zur preussischen Armee gehören, Beides aber ist unseres Wissens ein Irrthum.

Ein neues Asphaltpflaster ist kürzlich versuchsweise in der zu Schöneberg gehörenden Hobburgerstraße, von der Neuen Winterfeldstraße bis zur Hohenstaufenstraße, und in dem bereits bebauten Theile der Prinz-Luitpoldstraße in einer Gesamtlänge von 2800 Quadratmetern gelegt worden. Dieser größere Versuch wurde unternommen auf Grund der günstigen Prüfungsergebnisse der künigl. mechanisch-technischen Versuchsanstalt in Charlottenburg und einer vor etwa Jahresfrist mit dem neuen Asphaltpflaster versehenen Längeren Strecke auf der Saathwinkler Chaussee. Dieser „Kunstasphalt“ wird unter hohem atmosphärischen Druck in der Fabriktheils in Ziegelstein, theils in Plattenform hergestellt und dann verbunden auf die Betonunterlage gelegt. Die Fugen werden im unteren Theil mit flüssigem Bitumen ausgefüllt, im oberen Theil mit Zement eingeschlamm. Bei dieser Art der Asphaltierung werden die Anwohner der Straße nicht mehr durch das Stampfen und den

Manch belästigt. Ein weiterer Vorzug dieser neuen Asphaltart wird darin gefunden, daß die Asphaltmasse eine gewisse Klebrigkeit besitzt, wodurch bei Regenwetter oder Eisbildung die gefährliche Glätte vermieden wird.

Zweckmäßigkeit im Grunewald. Ein Pistolenduell hat vorgestern früh im Grunewald an der Sandbucht stattgefunden. Die Gegner waren ein aktiver Offizier und ein hiesiger Chemiker, welcher der Armee als Reserve-Offizier angehört. Der Offizier erlitt eine Verletzung am linken Arm. Hauptsächlich richtete die Zweckmäßigkeit es stets so ein, daß das Publikum, welches den Grunewald besucht, ungeschädigt bleibt. Um ihr eigenes Leben ist es ja ganz gewiß nicht schade.

Der Wöllert'sche Reklameballon, welcher bekanntlich für die Dauer der Gewerbe-Ausstellung über dem Vergnügungspark schwebte, gelangte vorgestern auf Veranlassung der Erben des verunglückten Luftschiffers zur Versteigerung. Interessenten hatten sich nicht eingefunden, so daß der wertvolle Ballon zum Preise von 50 M. von einer Handelsfrau Hertel erworben wurde. Frau H. hat die Ballonhülle bereits geschnitten lassen, um aus derselben Wagenpläne zu verfertigen.

In Sachen der von den Spezialitäten-Etablissements geforderten Theaterkonzession hat, wie ein hiesiges Blatt berichtet, eine größere Anzahl von Inhabern derartiger Lokale eine Petition an das Polizeipräsidium gerichtet, mit der Bitte, den Termin für die Einreichung des Gesuchs um die erweiterte Konzession, der auf den 1. Oktober d. J. festgesetzt ist, bis zum 1. Januar 1898 zu verlängern. Begründet wird dies Ersuchen damit, daß die Konzession des Personals, welches, nachdem die neuen Bestimmungen Geltung erlangt, vielfach entlassen, eventuell gewechselt werden müßte, bis zu Ende des Jahres laufen, und da sich ferner die in vielen Fällen behördlicherseits geforderten Solalveränderungen weit besser bis zu diesem Termin als jetzt bewerkstelligen lassen würden.

Abermals ein Opfer des Bahnbetriebes. Am Donnerstag Abend ist auf dem Schlesischen Güterbahnhofe der 26 Jahre alte Arbeiter und Rangierer Franz Nahn aus der Hauptstr. 88 zu Rummelsburg im Dienste zu Tode gekommen. Nahn war gegen 11 Uhr abends mit der Verkupplung zweier Wagen beschäftigt, die hinter dem ersten Güterwaggon in der Nähe des Hauptspeichers sich auf dem Rangiergleise befanden. Nachdem sie ihn kurz vorher noch gesehen hatten, fanden ihn bald nach 11 Uhr der Rangiermeister Stenzel und ein Mitrangierer tot zwischen den Wagen liegen. Er war mit dem Kopfe zwischen zwei Puffer gerathen, und diese hatten ihm den Kopf zu Brei zermalmt. Wie das geschehen ist, ließ sich nicht bestimmen feststellen. Wahrscheinlich ist der Mann bei der Verkupplung in der Gasse ausgerutscht oder hat einen Fehltritt gethan. Die Leiche wurde gestern Vormittag gegen 10 Uhr nach dem Schauhause abgeholt. Der Verunglückte war seit Anfang dieses Jahres verheiratet, und seine Frau sieht einem Familieneignisse entgegen.

Zum Morde in der Königsgräberstraße. Polizeilich wird berichtet: Eine frühere Aumästerin des Mörders Goency hat bekundet, daß Haupthaar und Bart des letzteren infolge eines Schredens, der ihn schon vor längeren Jahren überfallen, stark gebleicht sei und fast weiß aussehe und daß deshalb Goency sich Haar und Bart färben lasse. Diese Angabe ist von dem Barbier des Goency bestätigt worden.

Von einem schweren Unfall wurde gestern, Freitag, Nachmittag gegen 2 Uhr der Droschkentischer August Eindel aus der Meyerstraße 27 betroffen, der bei dem Fuhrherrn Heber in der Annelienstraße 7 in Stellung war. Unter den Fingern schaute ihm das Pferd an der Waise, wohin es in rasendem Galopp jagte, rannte es mit solcher Wucht gegen einen Paternostersack, daß der Reiter vom Sattel geschleudert wurde. Eindel brach sich beide Oberarmen. Auch das Pferd und der Wagen wurden schwer beschädigt. Der verunglückte Reiter wurde einem Krankenhause zugeführt.

Die Leiche des Dreher's Friß Wötcher, der am Sonntag Nachmittag in der Spree bei Trepotom ertrank, ist gestern gefunden worden. Wötcher, ein junger Mann von 19 Jahren, machte, obwohl des Ruderns unkundig, mit einem Kameraden eine Bootsfahrt. Dabei geriet er in den Dampf-Kyffhäuser und als dessen Führer mit einem Bootshafen das kleine Fahrzeug abstoßen wollte, griffen die jungen Leute so ungeschickt nach der Stange, daß ihr Boot umschlug. Während sein Gefährte gerettet wurde, verschwand Wötcher unter Wasser und ertrank.

Selbstmordversuch. Am 26. d. M., nachmittags, sprang die 25 jährige Verkäuferin Marie G. aus Liebesgram an der Eisenbahnbrücke in den Spandauer Schiffbaukanal. Sie wurde von einem Schiffer aus dem Wasser gezogen und nach ihrer Wohnung gebracht.

Eine unbekannt gebliebene Frau übergab am 3. August d. J., mittags gegen 12 Uhr, auf einer Promenadenbank der Straßburgerstraße der verehelichten Arbeiterin W., in der Straßburgerstraße wohnhaft, ein Kind mit der Bitte, dasselbe einen Augenblick zu beaufsichtigen, da sie Effen für das Kind holen wolle, und entfernte sich, ohne wiederzukehren. Die betreffende Unbekannte, anscheinend Mutter des Kindes, war 25 Jahre alt, 1,70 m groß, von hagerer Gestalt und blasser Gesichtsfarbe, hatte dunkle Haare und Augen und war mit braunem Rock, schwarzer Taille und Holzpantoffeln bekleidet. Sie hatte ein ähnliches Aussehen. Das Kind, männlichen Geschlechts, ist 9-10 Monate alt, hat gesundes Aussehen, blaue Augen und blondes Haar und war bekleidet mit roth- und schwarzfarbtem Kleid, weißwollenen Strümpfen und Leinwandhemde ohne Zeichen.

Von den bei dem Unglück in der Brunnenstraße zu Schaden gekommenen, nach Krankenhäusern gebrachten Personen sind sämtliche bis auf einen Knaben, der einen Rippenbruch erlitten, wieder entlassen worden, da die Verwundungen durchweg nur unerschütterlicher Natur sind. Die meisten der Verletzten haben sich mit Schädenerfahrungen an den Besitzern des Fuhrwerks, welches das Unglück anrichtete, Herrn Fleischermeister Voremann, gewandt.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Vor dem Hause Linienstraße 33 stürzte nachmittags der Reiter Hermann Hingst beim Reiten mit dem Pferde und zog sich dabei einen schweren Bruch des rechten Fußes zu. — In derselben Straße vor dem Grundstück Nummer 66 fand nachmittags ein Zusammenstoß zwischen einem Schlachtwagen und einem Geschäftswagen statt, bei dem der Führer des letzteren, der Reiter Wladislaus Parenti von seinem Sattel geschleudert und am linken Bein schwer verletzt wurde. — Der auf einem Zweirad durch die Köpferstraße fahrende 25 jährige Gärtner Albert Roth stieß vor dem Hause Nr. 171 mit seiner Maschine gegen einen ihm entgegenkommenden Geschäftswagen, wurde infolge dessen umgeworfen und erlitt außer mehreren Rippenbrüchen sehr schwere innere Verletzungen sowie eine Gehirnerschütterung.

Der Berliner Aquarium sind in den letzten Tagen zahlreiche Thiere in neuen und seltenen Arten zugeführt worden. Zunächst landete Herr Graf von Bied, der Leiter der Station Kettikraak in Zoogo, aus unseren westafrikanischen Gebieten vier Gieschälldäcker, die in der Hauptstadt Braun gefischt, ein hart gewandtes Füllenschild wie die geologische Wandbildsäcke besitzt, auch in der tierischen Lebensweise der letzteren nachsehen, indem sie vor namentlich durch das in zwei große, mit einander gefundene Stücke getheilte Schild sich unterscheiden und eher noch langsamer, schleimiger sind als die. Sodann kamen von Savigno an der Abria mehrere Spezies jener merkwürdigen Meeresthore an, die mehr als andere wirkliche Thiere das Interesse des Naturforschers und Forschers in Anspruch nehmen, indem sie in gewisser Beziehung den Wirbelthieren ähnlich oder gleichen, in anderer Hinsicht aber mit den Pflanzen übereinstimmen. Während nämlich die Umhüllung oder der Mantel dieser im äußeren ungemein einfach erscheinenden Geschöpfe besteht, so ist der Mantel in den wesentlichen Eigenschaften dem aller Pflanzen eigen und im Thierreich sonst nicht vorkommenden Pflanzengewebe gleich, bildet sich in dem inneren Bau und der Entwicklung dieser Mantelthore eine bedeutende Ähnlichkeit mit den Wirbelthieren an. Die eingetragenen Spezies, die in einem der unteren Becken leben und hier wie immer die handlange Nichtenzypen von ihrer Unterlage auftragen, gehören zu den Gattungen Actinia und Cornelia aus der Ordnung der einfachen Seecheiden und fallen durch ihre häufige tothe bezw. gelbliche oder bläulich-weiße Färbung auf.

Aus den Nachbarorten.

Aus Altdorf. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern auf dem hiesigen Grenzwege. Der 5 jährige Sohn des Arbeiters Zeige aus Wrig wollte einen vorüberkommenden Kollwagen erklimmen, kam jedoch dabei zu Fall und gerieth unter ein Hinterrad. Mit schweren Verletzungen wurde, das bedauernswürdige Kind unter dem Rade hervorgezogen und nach der elterlichen Wohnung gebracht, doch verstarb es bereits eine halbe Stunde später infolge hinzugetretenen Gehirnschlages.

Der Bürgermeister Blasche aus Straußberg, dessen Prozeß wegen angeblichen Sittlichkeitsverbrechens seinerzeit viel Aufsehen erregte, und der, wie gemeldet, von der Strafkammer am hiesigen Landgericht II freigesprochen wurde, ist nunmehr vom Regierungspräsidenten seines Amtes enthoben worden. Es ist ihm jedoch auf die Dauer von fünf Jahren die Hälfte der ihm gesetzlich zustehenden Pension zugesprochen worden, sodas die Stadt ihm sonach für diese Zeit jährlich 450 M. zu zahlen hat.

Selbstmord. Erschossen aufgefunden wurde im Walde zwischen dem Etablissement Tempin bei Potsdam und Michendorf durch einen Forstausseher der Ingenieur Fredor von Wihleben aus Berlin. Der Selbstmord, der durch einen Revolvererschuss in die Stirn erfolgte, muß schon vor circa acht Tagen geschehen sein. Der Verstorbene war etwa 50 Jahre alt und vor Jahren längere Zeit technischer Direktor der nunmehr eingegangenen von Jacobs'schen Zuckerraffinerie zu Potsdam.

Kunst und Wissenschaft.

Donizetti's Klavier. In Bergamo begeht man gegenwärtig die Hundertjahrfeier der Geburt Donizetti's. Unter anderem hat man auch Donizetti's Klavier zur Ausstellung gebracht. Es trägt als Aufschrift folgenden Brief des Komponisten an seinen Schwager Basselli: „Um keinen Preis darfst Du dieses Klavier verkaufen, denn es schließt mein ganzes künstlerisches Leben, vom Jahre 1822 an, in sich. Ich habe seinen Klang in den Ohren. Dort murmelte Anna, Maria, Paulina, Lucia . . . o, laß es leben, so lange ich lebe! Ich lebte mit ihm die Jahre der Hoffnung, des Eheglückes, der Einsamkeit. Es hörte meine Freudenrufe, es sah meine Thränen, meine Enttäuschungen, meine Ehren. Es theilte mit mir Schmerz und Nähe. In ihm lebt mein Genius, lebt jeder Abschnitt meiner Laufbahn. Deinen Vater, Deinen Bruder, uns alle hat es gegeben, gekannt, wir alle haben es geküßt, allen war es ein treuer Gefährte, und so möge es auch auf immerdar Gefährte Deiner Tochter sein als eine Mitgift tausend trauriger und betterer Gedanken.“ — Zu der Festschrift, die anlässlich der Feier erschien, hat auch die Duse einen Beitrag geliefert. Sie hat eine Zeile aus d'Annunzio's „Frühling-Morgentraum“ abgeschrieben. Und für diese Arbeit liquidirte sie 100 Lire in Gold als Honorar.

Ueber den Werth des neuen Koch'schen Tuberkulins kam es auf dem internationalen Hygie-Kongress in Moskau in der Abtheilung für innere Krankheiten zur Aussprache. Das Urtheil fiel sehr schlecht aus. Geh. Rath v. Ziemssen (München) berichtete, daß er nicht nur keinen Erfolg, sondern sogar schädliche Folgen gesehen habe. Die Geh. Räte Senator und Gerhardt (Berlin) schlossen sich ihm an, nur v. Leiden war etwas zurückhaltender; desto ungestüm verwurden einige Petersburger Kliniker, wie Kernig, Jansin u. a., das neue Mittel, das nur Fieber und Fortschreiten des Krankheitsprozesses, sogar eine Verbreitung der Tuberkulose im ganzen Körper erzeuge. Einer der Redner erklärte, daß er es für ein Verbrechen halte, noch die Hand zu einer solchen Einprägung zu erheben! —

Eine entomologische Anstalt in Schweden. Der schwedische Staat hat im Stockholmer Thiergarten eine entomologische Versuchsanstalt errichten lassen, die dem Landmann ein Hilfsmittel im Kampfe gegen die schädlichen Insekten sein soll. Es ist dies die erste in Schweden und eine der ersten Europa's überhaupt, wogegen es in Amerika bereits seit längerer Zeit derartige Einrichtungen giebt. Außer Wohnungen für den Leiter, Professor Lampa, und den Assistenten enthält sie ein großes Gewächshaus zur Aufzucht aller der Pflanzen, an denen die Entwicklung der schädlichen Insekten beobachtet und Mittel zu ihrer Vertilgung gesucht werden können. Jeder Gartenbesitzer und Landwirth, der von schädlichen Insekten heimgesucht wird, hat das Recht, die Versuchsanstalt in Anspruch zu nehmen, und alle diese Angelegenheit betreffenden Briefe, sowie auch Sendungen von Proben der schädlichen Insekten können unfrankirt der Station zugesandt werden. Ferner kann der Leiter der Anstalt gegen die geringe Entschädigung von 4/5 Kronen in die betroffenen Gebiete berufen werden, um die schädlichen Thiere an Ort und Stelle zu studiren. Alle übrigen Kosten für Reisen u. s. w. bezahlt der Staat. Die Gebäude werden im Herbst fertig, doch stehen die Beamten schon der Allgemeinheit zur Verfügung.

Literarisches.

„Soziale Praxis“. Der „Hannov. Courier“ enthält folgende, uns als authentisch bezeichnete Darstellung über den Besigwechsel der „Sozialen Praxis“:

Ueber die Veränderungen, welche mit der Berliner Wochenschrift „Soziale Praxis“ zum 1. Oktober eintreten, gehen durch die Presse verschiedene und zum theil widersprechende Mittheilungen. Wir sind heute in der Lage, aus unbedingt zuverlässiger Quelle nachstehend den wahren Sachverhalt mittheilen zu können: „Bereits kurze Zeit nach dem Rücktritt der Herren v. Rottenburg und v. Werlesch kamen diese überein, sich ein Organ zur Vertretung ihrer Ansichten über Arbeiterpolitik zu schaffen und zu diesem Zwecke ein Konsortium zu begründen. In Kreisen, welche sowohl diesem Konsortium, wie auch den Sozialpolitikern, die Dr. Jastrow zur Mitarbeit an der „Sozialen Praxis“ um sich vereinigt hatte, nahe stehen, tauchte der Gedanke auf, ob es zur Vermeidung unnötiger doppelter Arbeit nicht möglich sei, in irgend einer Weise mit einander zu kooperiren. Die „Soziale Praxis“ befand sich im Eigentum der Gesellschaft für Publikation sozialer und wirtschaftlicher Schriften, welche als Gesellschaft mit beschränkter Haftung eingetragen, und deren statutenmäßig unbedingter Geschäftsführer Dr. Jastrow selbst ist; die Anteile dieser Gesellschaft befinden sich zum größten Theil in den Händen des Instituts für Gemeinwohl in Frankfurt a. M. Während über jene Pläne eines Zusammenarbeitens in den Kreisen des in Bildung begriffenen Konsortiums die Ansichten auseinander gingen, erklärte Dr. Jastrow serner, daß er ein Zusammenarbeiten nicht für ausführbar und jedenfalls sich nicht für die geeignete Persönlichkeit halte. Da aber das Institut für Gemeinwohl geneigt sei, dem ausdrücklich geäußerten Wunsche des Konsortiums nach Besitz der „Sozialen Praxis“ stattzugeben, um die bisher aufgewendeten Betriebsmittel für andere Pläne freizubekommen, so widersetzte es ihm, sich auf statutenmäßige Rechte zu stützen. Dr. Jastrow erklärte sich für seine Person um so mehr zum Rücktritt bereit, da er ohnedies im Interesse seiner Beurlaubung an der Universität und seiner eigenen wissenschaftlichen Arbeiten eine Entlassung von Redaktionsgeschäften bereits seit längerer Zeit gewünscht hatte. Das Anerbieten, Dr. Jastrow für Verringerung seiner Einnahmen schadlos zu halten, wurde von diesem nicht angenommen. Dagegen erklärte das Institut für Gemeinwohl, das größte Gewicht darauf zu legen, daß für die übrigen Arbeiten des Instituts ihm eine Kraft, wie die des Dr. Jastrow, nicht gänzlich verloren gehe, und es ist auch bereits gelungen, hierüber eine Vereinbarung zustande zu bringen. Die Gesellschaft für Publikation sozialer und wissenschaftlicher Schriften, die nur zu dem Zwecke begründet war, um dem bisherigen Leiter der „Sozialen Praxis“ die Unabhängigkeit seiner Stellung rechtlich zu sichern, wird nach dem 1. Oktober aufgelöst und ihr Kapital statutenmäßig dem Institut für Gemeinwohl zugeführt werden.“

Wir kommen dem Wunsche, diese Darstellung unseren Lesern zur Kenntniß zu bringen, nach, bemerken aber, daß wir damit die Erörterungen über diese Angelegenheit schließen wollen. Wir haben hierzu umso mehr Veranlassung, als Dr. Jastrow, dessen Verdienste um

die Redaktion der „Soz. Prag.“ wir gerne anerkennen, in keiner der nach dem Besigwechsel erschienenen Nummern seiner Zeitschrift sich veranlaßt sah, auch nur mit einem Worte den Lesern und Mitarbeitern von dem Besigwechsel und was damit zusammenhängt, Kenntniß zu geben. Die übertriebene Bedeutung dem Redaktionswechsel in der „Sozialen Praxis“ beizulegen, wie dies in einer Reihe Zeitungen verschiedener Parteirichtungen geschieht, haben wir keine Veranlassung. —

Verfassungen.

Der zweite Reichstagswahlverein tagte am 26. d. M. in Sabel's Brauerei, um, wie die Genossen der übrigen Kreise, die Delegirtenwahlen zur Brandenburgischen Provinzial-Konferenz vorzunehmen. Das einleitende Referat hielt Genosse Antrick. Er hob hervor, daß die zunächst der Landtagitation gewidmeten Konferenzen für Brandenburg sich nach und nach zu Provinzial-Kongressen entwickelt hätten, die auch schwierige politische Fragen erörterten. So werde die nächste zur kommenden Reichstagswahl und zu der Frage Stellung nehmen, ob sich die Sozialdemokratie an den preussischen Landtagswahlen beteiligen solle oder nicht. An das Referat schloß sich eine Debatte darüber, wie die Agitation für die Reichstagswahlen in der Mark am besten zu betreiben ist. Die Versammlung beschloß dann, bei der Konferenz zu beantragen, daß sie beschließen möge, die Agitationskommission werde für die nächste Reichstagswahl zum Zentral-Wahlkomitee für die Provinz Brandenburg ernannt. Nunmehr entspann sich eine ausgedehnte und sehr lebhaft diskussion über die Beteiligung an den Landtagswahlen. Für die Beteiligung sprachen die Genossen Dr. Kronz und Fischer, dagegen Babel, Ledebour und Kleinert. Gewählt wurden schließlich die Gegner der Beteiligung: Ewald, Ledebour und Knäuper. — Bekannt gegeben wird, daß die Kreisfeier einen Ueberschuß von 768,85 M. ergeben habe.

Die Maurer besprachen am Mittwoch in einer öffentlichen Versammlung die Arbeitsniederlegung auf dem Bau der städtischen Gasanstalt in der Fichtestraße. Wie der Referent Silber Schmidt ausführte, sind die Forderungen der Maurer auf dem genannten Bau schon während des Streiks bemittelt, dann aber wieder zurückgezogen worden und neuerdings haben die Maurer wieder die Arbeit niedergelegt, um den Stundenlohn von 80 Pf. zu erringen. Die Arbeiter werden vom Maurermeister Lautenburg ausgeführt, und hat die Lohnkommission mit dessen Vertreter unterhandeln wollen, um den Konflikt beizulegen. Der Vertreter meinte aber, er fühle sich durchaus nicht veranlaßt, den Maurern entgegenzukommen; er brauche nichts zu bewilligen, denn ihm sei die für verspätete Fertigstellung des Baues auszubehende Konventionalstrafe erlassen und der Termin für die Fertigstellung hinausgeschoben worden. Der Vertreter des Maurermeisters habe sich auf den städtischen Gas-anstalts-Direktor Döring berufen, welcher gesagt habe, der im Bau begriffene Gasbehälter werde erst nach zwei Jahren gebraucht, der Bau könne daher ruhig liegen bleiben. Silber Schmidt hat darauf eine Unterredung mit dem Stadtrath Ramskau gehabt und demselben vorgehalten, daß er (der Stadtrath) seinerzeit in der Stadtverordneten-Versammlung die Forderung auf Bewilligung der Mittel zu diesem Bau damit begründet habe, daß der steigende Gas-konsum die Fertigstellung des neuen Gasbehälters noch in diesem Jahre erforderlich mache. Wie es denn komme, daß jetzt, wo die Maurer des betreffenden Baues Lohnstreikigkeiten mit dem Unternehmer haben, der Gasbehälter nach Angabe des Direktors Döring erst nach zwei Jahren gebraucht werden solle? Ob denn in der Verlängerung der Baufrist nicht eine einseitige Parteinahme einer städtischen Behörde für den Maurermeister und gegen die Arbeiter zu erblicken sei? Herr Stadtrath Ramskau habe darauf geantwortet, der Gaskonsum sei nicht in dem Maße gestiegen, wie er es bei Forderung des Neubaus habe annehmen müssen. Nach dem derzeitigen Stande des Gasverbrauches könne die Fertigstellung des Baues allerdings noch hinausgeschoben werden. In der Verlängerung der Baufrist sehe er keine Parteinahme gegen die Arbeiter. Es sei das gute Recht der städtischen Behörden, dem bedrängten Maurermeister entgegenzukommen. — Der Redner behandelte ferner das Submissionswesen, führte aus, daß infolge dessen selbst auf städtischen und staatlichen Bauten niedrigere Löhne gezahlt würden wie auf Privatbauten, und daß es an der Zeit sei, wieder einmal gegen das Submissionswesen vorzugehen. Gegen das Vorgehen der städtischen Beamten zu gunsten des Unternehmers müsse energisch protestirt werden, und sollten die sozialdemokratischen Stadtverordneten dem Magistrat wegen dieses Vorfalles interpelliren. Der Redner empfahl eine Resolution folgenden Inhalts: Die Versammlung erklärt die Arbeitsniederlegung auf dem Bau der Gas-anstalt in der Fichtestraße für gerechtfertigt; sie nimmt mit Bedauern davon Kenntniß, daß die Maurer auf einem städtischen Bau wiederholt streiken müssen um die Erhaltung eines Lohnes, der auf drei Viertel aller Berliner Bauten gezahlt wird. Die Ursache dieses Mißstandes liegt in dem Submissionswesen. Die Versammlung protestirt gegen das Vorgehen des Direktors Döring und hält dasselbe für eine Parteinahme zu gunsten des Unternehmers. Die Versammlung ersucht die sozialdemokratischen Stadtverordneten, den Magistrat darüber zu interpelliren, ob es Grundsatze werden soll, daß bei Lohnstreikigkeiten auf städtischen Bauten die Behörden zu gunsten der Unternehmer Partei ergreifen. Es sind drei Kollegen zu wählen, welche sich mit den anderen Bauarbeitern in Verbindung zu setzen haben, um Schritte zur Beseitigung des Submissionswesens einzuleiten.

In der Diskussion nahm auch der Stadtverordnete Bruhn das Wort. Er stimmte dem Referenten bezüglich seiner Ausführungen über das Submissionswesen zu und wies darauf hin, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Anträge der Bauarbeiter, betreffend Bauausführung in städtischer Regie, vertreten und auch stets darauf gedrungen haben, daß bei Vergabe von Bauaufträgen den Forderungen der Arbeiter Rechnung getragen werde. Gegen das Einbringen der Interpellation würde wohl keiner der sozialdemokratischen Stadtverordneten etwas einzuwenden haben. Einen praktischen Erfolg verspreche er sich aber nicht davon. Nachdem noch mehrere Redner im Sinne des Referenten gesprochen, wurde die Resolution einstimmig angenommen und Silber Schmidt, Meyle und Panzer in die Submissionskommission gewählt.

In der Versammlung der Buchbinder vom 18. d. M. sprach Herr Schärberg über die Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung durch die Gewerkschaften. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wird vom Kassier Müller gegeben und wird demselben Decharge erteilt. Sodann wird der Antrag auf Einführung eines unentgeltlichen Arbeitsnachweises gegen zwei Stimmen angenommen.

Die Jahreshalle des Verbandes der Buchbinder und verwandten Berufe hielt am Montag, den 18. d. Mts., ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Genossen Millatz über: Arbeiter- und Unternehmer-Arbeitsnachweise. Redner kam zu dem Beschlusse, daß sich die Arbeiter regen müßten, damit sie in den Beschäftigten Instituten kommen, denn nur den Arbeitern allein stehe das Verfügungsrecht ihrer Arbeitskraft zu. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze Diskussion, die sich zum großen Theil im Sinne des Referenten bewegte. Hieraus wählte man die Kollegen Jost, Tilsner, Wäcker, Christian und Seiffart in die Reichstags-Kommission. Als Baubevollmächtigter wurde Mag Hoffmann vorgeschlagen.

Der Arbeiter-Bildungsverein zu Friedrichshagen hielt am 21. August seine monatliche Versammlung ab, in der Hamaker über „Das Recht auf Arbeit“ sprach. Redner beleuchtete die verschiedenen Experimente, die hiermit getrieben sind, auch die Forderungen Proudhon's. Zum Punkt: Was lehren uns die letzten großen Streiks? fand eine lebhafteste Diskussion statt, wobei betont wurde, daß nur bei guter Geschäftslage durch Organisation etwas zu erreichen ist. Genosse Paas forderte zum regen Besuch des Volkfestes am 29. August im Gisteller auf.

Freiwirtschafts-Gemeinde. Sonntag, den 29. August, vormittags 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Hofbrauerei, Kommandantenstr. 27: Verammlung, freiwirtschaftliche Vorlesung. Um 11 Uhr vormittags ebendasselbst: Vortrag des Herrn C. Bogner: „Naturerkenntnis und göttliche Weltmacht.“

Veren selbstständiger Fensterputzer. Jeden Dienstag, abends 8 1/2 Uhr bei Wehrwald, Alte Jakobstr. 54-55: Sitzung. Am Sonnabend, den 4. September, findet in Stadenstraße 24, Zimmer 10, ein Familienratungstag statt.

Berliner Arbeitervereine. Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Guste, Grenadierstr. 22, abends 8 1/2 Uhr. Unentgeltlicher Rath wird erteilt:

Im Norden: Berlin: Für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung: W. Hoff, Schenkenstr. 62.

Im Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: C. Wader, Gr. Frankfurterstr. 24, v. 4 Tr.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schallhoff, Michaelsstr. 18.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Stägel, Gr. Frankfurterstr. 24, v. 4 Tr.

Im Süd-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: C. Hanel, Schwanstr. 44.

Im Nord-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: J. Krause, Wilmersd. Str. 19, A. Stephan, Berlinstr. 34.

Im Zentrum: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: C. Köppler, Köpenicker Str. 91.

Bei sämtlichen vorgenannten Vereinen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7-9 Uhr.

Vermischtes vom Tage.

Die Arbeiterfamilie Binek in Kuczlow bei Pleschen (Posen) Vater, Mutter, erwachsene Tochter und Pflegetochter ist am Genus giftiger Pilze gestorben.

—y. Aus Herold wird geschrieben: Ein Säbelduell ist in einem Nachbarorte durch die resolute Frau eines der Beteiligten noch im letzten Augenblicke verhindert worden. Der Bäckermeister G. ist Schlägenoffizier und der Schäge W. hatte bei Gelegenheit des letzten Schützenfestes an der Schneidigkeit seines Vorgesetzten zu zweifeln gewagt. Das erforderte natürlich Blut, wie denn auch der Ehrentitel dekretierte, und so sollte denn in einer einsamen Waldlichtung das Säbelduell stattfinden. Herr W., die Sekundanten, der Chirurg mit dem Pfälzerkloster waren zur Stelle; man wartete und wartete, aber der Bäckermeister G. kam nicht. Schließlich sandte man einen Boten nach dessen Wohnung, der den Bäcker selbst zwar nicht zu sehen bekam, wohl aber dessen resolute Frau, die die denkwürdigen Worte sprach: „Gustav kümmt nit, diän hä' d im Keller tauschluaten.“ — Tableau!

—Niedergerbrannt sind in Waltershausen bei Eisenach eine Brauerei und 15 Häuser.

—Aus Nachen wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Auf dem nahe der Stadt gelegenen Gute Biesenthal entstand in dem Zimmer, in welchem die Leiche der Rentnerin Gerde aufgebahrt war, heute Mittag durch Umfallen einer brennenden Kerze Feuer, das so rasch um sich griff, daß der Sarg und die Leiche der Rentnerin zum großen Theil vernichtet wurden.

—Eine Generalbeichte legt Eine im Groß-Crauer Kreisblatt ab. Sie erklärt: Ich Unterzeichnete erkläre hiemit, daß ich die rohen, schweren Beleidigungen, die ich gegen Johannes Heid III. und dessen ganze Familie in einer Pasquille ausgedrückt habe, als unwahr zurücknehme, bekenne ferner vor aller Welt, daß ich einen angeborenen Charaktermangel besitze und daß ich mich mit Sünden befaße, die mir als Frau gar nicht zukommen, und nur Uebermuth und Bosheit die Schuld hieran tragen. Ich bitte die

Beleidigten insändigt um Verzeihung und bereue mein Thun, verspreche fernerhin, nie und nimmermehr die geringste Beleidigung gegen diese Genannten auszusprechen, da ich gerichtlich belangt würde, während ich die Erlaubnis zu dieser öffentlichen Erklärung als einen Akt der Gnade betrachten kann. Elisabeth Wesp, geb. Rothenhäuser, Braunschweig.

—In Sieben erschlug ein Kaufmann zwei seiner Kinder mit der Art und verletz das dritte Kind und seine Frau schwer. Darauf erhängte er sich. Der Mann soll geistesgestört gewesen sein.

—In Scharbach (Hessen) wurde auf der Kirchweih der Bürgermeister und ein junger Mann von Italienern tödtlich, zwei weitere Leute schwer verletzt.

—Schlagfertig. In Pfreimd (Bayern) wurde jüngst eine Bauernverammlung abgehalten. Dabei meinte der Pfarrer von Bube, die Bauern sollten mehr ihren Hirten folgen und nicht so über die Bodengasse und Linsen schimpfen. Darauf antwortete ihm ein Landwirth: „Christus sprach zu Petrus und den übrigen Jüngern: „Weidet meine Lämmer, weidet meine Schafe!“ Aber vom Scheeren hat er nichts gesagt.“ — Diese Worte entzweiten bei den Bauern einen wahren Weisheitssturm, in dem der Pfarrer unterlag.

—Wien, 27. August. Der Professor der gerichtlichen Medizin von Hofmann, Vorsitzender des obersten Sanitätsrathes, ist in Abbaya gestorben.

—Moskau, 26. August. Der internationale Aerzte-Kongress ist heute geschlossen worden.

—In Tomsk und Tiflis werden Berg-Akademien errichtet. Der Bergbau in Sibirien und im Kaukasus nimmt einen ungeahnten Aufschwung.

—Ueber den geheimnißvollen Luftballon, den man bei Haugefund in Norwegen gesehen haben will, erzählt die „Tägliche Rundschau“ aus Kopenhagen: Ein hiesiges Blatt hat von einem Leser in Norwegen die Mittheilung erhalten, daß der Ballon in Wirklichkeit wohl nur ein Schwarm Zugvögel und daß das vermeintliche nachschleppende Tau nur die abwärts gehende Linie der schwächeren Flieger gewesen sei. Der Gewährsmann habe ungefähr an derselben Stelle einen Zugvögel-Schwarm gesehen, der eine verblüffende Reihlichkeit mit einem birnenförmigen Ballon besaß.

—Die portugiesische Bark „Mista de Faro“ ist in den marokkanischen Gewässern von Kadyben angegriffen worden. Der Kapitän und 4 Matrosen wurden gefangen genommen.

—e. o. Was ein New-Yorker Richter von der Liebe hält. Dem Richter Wentworth am New-Yorker Polizeigericht wurde jüngst ein liebeskranke Chemann Namens John Burton vorgeführt, weil er seine Frau, die nichts mehr von ihm wissen will, verfolgt und belästigt haben soll. Burton weinte wie ein kleiner Schlingel, während er vor dem Richter stand, und rief: „Ach, Herr Richter, ich liebe sie, will sie aber nie wieder belästigen, wenn sie mich nicht mehr haben will!“ — Sie haben mein Heim zerstört“, warf der als Zeuge erschienene Schwiegervater Burtons ein. — „Na“, bemerkte der Richter, „daran ist Ihre Tochter und der Prediger, der sie trauete, ebenso schuld.“ — „Ich liebe sie“, rief Burton wieder. — „Ach was, die Liebe ist, wenn man es genau betrachtet, von keinem großen Werthe“, unterbrach ihn Richter Wentworth. — „Wenn Sie mich gehen lassen, schwöre ich, ihr nie wieder in die Nähe zu kommen. Ich werde in die Bundesmarine eintreten“, rief Burton eifrig. — „Das ist nicht nöthig“, meinte der Richter. „Sie können ganz ruhig in New-York bleiben, dürfen ihr aber nicht mehr nahe kommen. Zeigen Sie sich doch ein wenig stolz. Lassen Sie Ihren Kopf nicht wegen einer Frau hängen. Es giebt andere.“ Damit war Burton entlassen.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus New-York geschrieben: Großes Aufsehen erregen die Verhandlungen gegen den in Chicago anständig gewesenen Wurfabrikanten Adolf Zuetert, der des Mordes seiner Gattin angeklagt ist. Die Anklage stellte die Theorie auf, daß Zuetert seine Gattin, die eines Tages spurlos verschwunden, ermordet und ihren Leichnam in einem mit Kalklauge gefüllten Wurfkessel aufgelöst habe, da man in einem solchen die Ueberreste der Fingerringe einer menschlichen Hand entdeckte. Um die Möglichkeit dieser Theorie darzutun und die Anklage zu unterstützen, wurde im Beisein mehrerer Sachverständigen am 7. August ein in Stücke zerschnittener menschlicher Leichnam in eine Kalklösung gelegt und die letztere zum Kochen gebracht. Die Wirkung war höchst überraschend. Bereits nach wenigen Minuten war alles Fleisch aufgelöst und nach zwei Stunden waren auch sämtliche Knochenreste bis auf geringfügige Reste verschwunden. Als Rückstand blieb nur eine dicke, lebrige Flüssigkeit zurück.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder ein Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet vom Montag, den 30. August ab am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 1/2 Uhr statt.

B. S. 14. Der Ausschuss zur Vorprüfung die Richtigkeit der Gemeinde-Wählerliste sagt zu Ihrem Einpruch: „Der...“ F. C. ist nach Auskunft des Meldebureaus von Königsberg kommandirt seit 29. August 1897 hier als Richter gemeldet. Zur Steuer veranlagt ist er hier seit 1. April 1897. Der Ausschuss erachtet diesen Einpruch nicht für begründet und empfiehlt dessen Ablehnung. — Die Majorität der freisinnigen Stadtverordneten machte diese unliberale Auslegung der Städte-Ordnung zu ihrer eigenen, trotzdem die sozialdemokratische Fraktion für die Berechtigung ihres und anderer ähnlich liegender Einprüche mit aller Energie eintrat. Nach der freisinnigen Stadtverordneten-Majorität müssen nunmehr die Kommunalwähler zur Zeit der Auslegung der Wählerlisten bereits ein Jahr in Berlin sein, nicht, wie die sozialdemokratische Fraktion ganz richtig forderte, zur Zeit der Wahl. Doch können in dem abschließigen Bescheid die Gründe der Ablehnung nicht ausführlich angegeben werden, kann bei dem geringen Interesse das unter Stadtverwaltung solchen Dingen entgegensteht, weiter nicht wunder nehmen. Wir haben deshalb hier etwas nachgeholt.

Witterungsübersicht vom 27. August 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Stolz 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (°C. = 1.8 F.)
Ewigenmünde	763	SE	2	halb bedekt	16
Hamburg	760	SO	2	wollenlos	15
Berlin	761	SO	1	wollenlos	14
Wiesbaden	760	W	2	bedekt	15
München	764	SW	2	bedekt	14
Wien	763	SW	—	wollenlos	13
Saparanda	764	SW	2	halb bedekt	14
Petersburg	764	W	0	bedekt	14
Sofia	752	SW	5	heiter	15
Aberdeen	762	S	1	bedekt	14
Paris	760	SE	3	bedekt	18

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 28. August 1897. Nachts etwas wärmer, am Tage etwas kühler, zunächst ziemlich trübe und regnerisch bei schwachen südwestlichen Winden, nachher aufklarend.

Neue freie Volksbühne.
Dienstag, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Louißenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstraße 37:
Ankerordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wichtige Vereinsmittheilungen. 2. Statutenrevision. 3. Verschiedenes.
Bei der ankerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder unbedingt nothwendig. Mitgliedskarte legitimirt. 152/1
Der Vorstand.

Achtung! Metallarbeiter. Achtung!
Den Mitgliedern des ehemaligen Berliner Verbandes, welche ihre Umschreibung noch nicht bewirkt haben, zeigen wir nochmals an, daß die Umschreibung bis zum 31. August bewirkt sein muß, andernfalls verlieren die Mitglieder ihre Rechte.
In nachfolgenden Lokalen werden nur Sonnabends, abends von 8-10 Uhr Beiträge entgegengenommen:
Döring, Thurmstr. 72.
Liebe, Goutowstr. 25.
Fürstenberg, Kirchstr. 5, und
Bading, Nixdorf, Berg u. Kirchhoffstraßen-Ecke.
Die Ortsverwaltung des deutsch. Metallarbeiter-Verbandes.
Es ist erschienen: 160/8

Protokoll
über die dritte ordentl. General-Versammlung
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes
abgehalten zu Braunschweig vom 20. bis 24. April 1897.
136 Seiten. Preis 30 Pf.
Für jeden Verbandskollegen von großer Wichtigkeit.
Zu beziehen durch sämtliche Kassiren und das Verbandsbureau Nummer 39.

Achtung! Maurer. Achtung!
Sonntag, den 29. August, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Fischer (Reichs-Adler), Benneckerstr. 9-10:
Mitglieder-Wander-Versammlung
der Filiale II des Zentral-Verbandes deutscher Maurer.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen H. Silberschmidt. 2. Diskussion.
3. Generalsitzung.
Zu dieser Versammlung haben Gäste Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Kollegen von Roabit, Norden und Wedding werden hierzu ganz besonders eingeladen.
187/12
Die Lokalverwaltung.

Verband der Möbelpolirer.
Montag, den 30. August, abends 8 Uhr, Koppenstr. 29:
Oeffentliche Versammlung.
Kollegen! Nicht eines jeden ist es pünktlich zu erscheinen. 148/5
Die Möbelpolirer M. Geisler, G. Kerlich, A. Fickel, M. Erb, O. L. Ziel, R. Schwann werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Nähere Auskunft erteilt O. Schulz, Memelerstr. 60a.
Der Vorstand.

Verband der Sattler u. Tapezierer.
Sonnabend, den 28. August, abends 9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27:
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Renoual eines Vorstehenden. 2. Verschiedenes. 157/20
Die Ortsverwaltung.
Achtung!
O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26, achten alten Nordhäuser Bier Nr. 1, 1/2 P. 0.50, extra alte Paare 1.40, 0.70, Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Achtung! Reiftenmacher. Achtung!
Sonnabend, den 28. August, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20:
15. Stiftungsfest
verbunden mit
Sommernachts-Ball

unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangvereins Vineta (R. d. A. S. B.)
Anfang 8 Uhr. Ende 9 Uhr.
Billets sind bei allen Verbandsmitgliedern zu haben. Gäste sind herzlich willkommen. Den geehrten Damen zur Kenntnissnahme, daß die Kaffeetische von morgens 5 Uhr an geöffnet ist. 94/19
Der Vorstand. J. A.: Franz Schulz, Ewigenmündestr. 2.

Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 26. August, morgens 7 Uhr, starb plötzlich am Gehirnschlag mein lieber Mann, unser guter Vater, der Tischler
Hermann Eichenhagen
zu Adlershof. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. August, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Bismarckstraße 54, aus statt. 224/5
Die trauernden Hinterbliebenen.
Todesanzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter
Margarethe
im Alter von 11 Jahren und 2 Monaten nach kurzen Leiden am 26. August sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. M., nachm. 6 Uhr, von der Leichenhalle der Sionsgemeinde zu Weissensee aus statt. Die trauernden Eltern u. Geschw.
August Keipen, Püger.

Allgemeiner Arbeiter- u. Arbeiterinnen-Berein Berlin u. Umg.
Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied und treuer Kollege **Herrn Eschenhagen** in Adlershof plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. d. nachm. 9 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Bismarckstr. 54, in Adlershof statt. Um zahlreiche Theilnahme auch der Berliner Kollegen und Kollegeninnen bitten.
[18/14
Der Vorstand:
J. A.: Wilt. Krubt, Adlershof.
Todes-Anzeige.
Am 26. d. Mts., vorm. 9 1/2 Uhr, entschlief nach schwerem Leiden meine liebe Frau und Mutter
Christiane Bielecke.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Aug., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen St. Jacobi Kirchhofes zu Kirdorf (Germannstr.) aus statt. Der trauernde Gatte:
Karl Bielecke und Tochter

Höbeleinrichtung.
Rathhaus, neue beschaltete Arbeit, billig veräußert. Admiralsstr. 8, v. 1 Tr. I.
Betten, Kleiderkasten, Regulatoren, Kleiderbüchse, Operrgläser, Wäse, Gardinen (postbillig) Pfandleihe Raubstr. 6. 83/7

Arbeitsmarkt.
Karlton-Arbeiterinnen, geübte, berl. Greifenhagen, Dresdenstr. 76.
Jaquett-Arbeiterinnen
finden dauernde Besch. b. gut. Beizen u. Bohrberg, d. Besser, Gläckerstr. 7.
Geübte Schriftmaler
finden dauernde Beschäftigung. **Otto Grund & Co.**, Fischerstraße 17.
Stepperein, geübte, auf Kalksutter, verlangt **Schmidt**, Nichtenbergerstr. 13. 214/6

Arbeitsmarkt.
Karlton-Arbeiterinnen, geübte, berl. Greifenhagen, Dresdenstr. 76.
Jaquett-Arbeiterinnen
finden dauernde Besch. b. gut. Beizen u. Bohrberg, d. Besser, Gläckerstr. 7.
Geübte Schriftmaler
finden dauernde Beschäftigung. **Otto Grund & Co.**, Fischerstraße 17.
Stepperein, geübte, auf Kalksutter, verlangt **Schmidt**, Nichtenbergerstr. 13. 214/6

Wedding-Park
Müllerstrasse No. 178.
Sonntag, den 29. August 1897:
Lassalle-Feier
veranstaltet von den
sozialdemokratischen Parteigenossen
von
Wedding und der Oranienburger Vorstadt
bestehend in
Vokal- und Instrumental-Konzert
unter Mitwirkung
der Arbeiter-Gesangvereine „Nordwacht“, „Oranienburger Vorstadt“, „Sangeslust II“ und „Weddinger Harmonie“.
Im Saal: Tanz.
Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 60 Pfennige nach.
Kinder-Belustigungen.
Die Kaffeetische steht den geehrten Damen von 2 Uhr an zur Verfügung.
Anfang des Konzerts 4 Uhr nachmittags.
Billets 20 Pf.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Das Komitee.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!
Puhlmann's Vaudeville-Theater, Schönhauser-Allee No. 148.
Sonnabend, den 28. August:
Lassalle-Feier
veranstaltet
von den Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt.
Grosses Konzert. - Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Im Saal: Tanzkränzen. Von 3 Uhr ab: Familien-Kaffeekechen. Programm gratis.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Pausen zu haben.
Das Komitee.

Die Former und Reemacher
der Firma **Borsig**
haben Montag, den 23. d. M., wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Bezug nach betretender Firma ist streng fernzuhalten!
E. Müller, Gerichtstr. 31, Vertrauensmann. (63/4)

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Geldumlauf und Kreditverkehr. Grundzüge des Bankgeschäfts. Nationale Zentralbanken.

— Geldumlauf und Kreditverkehr. Die Gold- und Silberproduktion der Welt recht ihren gewaltigen Umfang stets gewaltiger aus. Je mehr die kapitalistische Waarenproduktion sich innerlich und nach außen hin entfaltet, dadurch daß sie immer mehr Nationen in das Getriebe des Weltmarkts hineinzieht, um so mächtiger schwillt die Masse der umgesetzten Waarenwerte an, um so größere Gold- und Silbermassen sind, um diesen wachsenden Umsatz zu vermitteln, notwendig. Aber ein wie großer Theil des jährlich produzierten Goldes und Silbers auch zu Geld umgeprägt werden mag, der Bestand und die jährliche Zunahme der im Umlauf befindlichen Geldsummen ist weit entfernt, eine auch nur annähernde Vorstellung von dem Tempo zu geben, in welchem der Waarenumsatz, der Gesamtwert der verkauften und veräußerten Waaren sich vermehrt. Nicht nur, daß die Geldsumme, mit welcher der Umsatz bewerkstelligt wird, hinter dem Geldwert der umgesetzten Waaren nämlich immer weit zurückbleibt, weil dieselben Geldstücke, mit denen heute etwa eine Waare gekauft wird, morgen in der Hand des früheren Verkäufers zum Ankauf neuer Waaren dienen, weil also jeder Bruchtheil der im Umlauf befindlichen Geldsumme in jeder größeren Zeitspanne ein Vielfaches seines eigenen Wertes innerhalb des Waarenmarktes umsetzt! Dieser Umstand würde vergleichende Rückschlüsse aus der Zunahme des Geldbestandes auf die Zunahme der umgesetzten Waarenwerte für jahrzehntelange Perioden der kapitalistischen Produktion noch immerhin gestatten. In solche Rückschlüsse, die die Vermehrung des Geldbestandes zum Maßstab für die Vermehrung der umgesetzten Waarenwerte und damit indirekt für die Vergrößerung der Waarenproduktion machen, von vornherein als gänzlich unzulänglich erscheinen läßt, das ist vielmehr die gegen frühere Perioden gewaltig angewachsene Ausdehnung des Kreditverkehrs, durch den ein immer größerer Theil des gesamten Waarenumsatzes ohne direkte Auszahlungen von Metallgeld bewerkstelligt wird. Die Geldsumme, deren die Volkswirtschaften zur Beweiserhaltung des Waarenumsatzes bedürfen, wachsen, da die Summe der umgesetzten Waarenwerte mit der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft größer und größer wird, natürlich gleichfalls; aber sie wachsen — da der Kreditverkehr in steigendem Umfange an die Stelle der baaren Zahlung tritt — bei weitem nicht entsprechend der wirklichen Steigerung des Waarenverkehrs.

Die Träger des geldsparenden Kreditverkehrs aber sind die Banken, deren funktionell verzweigte, zusammenwirkende Funktionen in den großen, öffentlichen Kontrolle unterstellten nationalen Zentralbanken, die der Verstaatlichung entgegenreife, Stützpunkt und Zusammenfluß sind. Die Effektenbanken, von denen wir früher gesprochen, gehören nur mit einem Theile ihrer geschäftlichen Thätigkeit zu der Gattung eigentlicher Kreditinstitute. Gründungen und Emission von Staatspapieren, die Operationen, welche sie in erster Reihe betreiben, fallen aus dem Rahmen des in engerem Sinne bankmäßigen Kreditgeschäfts bereits heraus.

— Grundzüge des Bankgeschäfts. Die Rolle der Zentralbanken läßt sich, ohne daß auf die allgemeinen Charakterzüge des Bankwesens zurückgegangen würde, nicht verstehen. Dasselbe wurzelt so tief in den Bedürfnissen jeder etwas weiter entwickelten Waarenproduktion, daß sich bankmäßige Organisationen schon in der antiken Welt, und dann nach dem jahrhundertelangen Zurückfallen in primitive Naturalwirtschaft wieder im späteren Mittelalter, sobald der Handel sich nur ein wenig kräftiger zu regen anfang, nachweisen lassen. Der erste Schritt war, daß den Wechslern, welche in den Städten die verschiedenen, durch Handel dort zusammenströmenden Geldsorten gegen einander auszutauschen hatten, größere Geldsummen zur sicheren Aufbewahrung anvertraut wurden. Dann ergab es sich von selbst, daß die Kaufleute, statt jedesmal selbst das gerade zum Abschluß eines Geschäftes nötige Geld zu erheben, diesen ihren Geldbewahrern oder Kassirern Zahlungsaufträge erteilten. Und ebenso nabeliegend war es, daß Kaufleute, die bei denselben Wechslern Gelder hinterlegten, „deponirt“ hatten, und untereinander Kaufs- und Verkaufsgeschäfte abschlossen, der Auszahlungen einander entziehen konnten. Der Wechsler brauchte die Summe, die der Käufer dem Verkäufer schuldet, nicht auszugeben, denn er war ja selbst der Kassirer des Kaufmannes, der das Geld hätte empfangen sollen. Dieser hätte das Geld an seinen Kassirer zurückgegeben. Es genügte also unter solchen Umständen eine bloße Umschreibung in den Büchern des Wechslers. Die Summe, welche der erste dem zweiten Kaufmann schuldet, brauchte dem von dem ersten hinterlegten Kassenvorrath nur ab und dem Depositem des zweiten zugeschrieben werden; das Geld konnte, ohne sich zu rühren, in dem Kasten bleiben, was zirkulirte, waren nur die Eigentumsrechte an diesem Gelde. Diese einfachen Zusammenhänge: die Hinterlegung von Kassenvorräthen bei besonderen, durch Wechsel- und andere Geldgeschäfte hierfür qualifizirten, vertrauenswürdigen Personen, die Ertheilung von Zahlungsaufträgen an sie und der Ersatz realer Auszahlungen durch bloße Umschreibung in den Büchern für Kunden, die bei denselben Personen Gelder deponiren, das sind die Wurzeln und wesentlichen Voraussetzungen jedes Bankwesens.

In dem Maße, den die Uebertragung der Kassensführung, und die buchmäßige Ausgleichung der Schulden durch größere Sicherung des Geldes und Ersparnis überflüssiger Masse gewährt, tritt, wie sehr er auch als treibendes Motiv bei Ausbildung des Bankwesens mitwirkt, gegenüber den weiteren Leistungen, die durch die Kassenvereinigung in Banken ermöglicht werden, ganz in den Hintergrund. Das für die volkswirtschaftliche Bedeutung der Banken Entscheidende liegt darin, daß die in ihnen hinterlegten Gelder des Bankinhabers erlauben, im großen Stile als Kreditgeber aufzutreten. Nur dadurch, daß sie die ihnen anvertraute Geldmacht zum Abschluß zins- und gewinnbringender Kreditgeschäfte ausnützen, ziehen die Bankiers selbst Nutzen aus den bei ihnen deponirten Wertsummen; nur dadurch, daß sie auf diese Weise Ueberschüsse herauswirtschaften, sind sie aber auch in der Lage, den Kunden, die größere Summen bei ihnen deponiren, ihrerseits Zins zu zahlen.

Die Differenz zwischen dem eigenen Zinsgewinne und dem, was sie als Zinsen für das ausgenommene Geld zu zahlen haben, stellt ihren Reingewinn dar. Wären sie durch Ausnutzung der ihnen übertragenen Geldmacht nicht in der Lage, für die deponirten Werte selbst Zins zu entrichten, so stiele der wichtigste Anreiz, durch den sie größere, augenblicklich brachliegende Geldsummen an sich ziehen, hinweg. Es wären dem Anwachsen ihrer Geldmacht enge Schranken gezogen.

Die Ausnutzung der in den Banken vereinigten Geldsummen für den Kreditverkehr, zu welcher das eigene Interesse die Banken notwendig antreibt, hat aber natürlich seine Grenzen in den Verpflichtungen, welche die Bankinhaber gegen diejenigen Personen, die ihre Kassenvorräthe oder größere Geldsummen bei ihnen deponiren, eingegangen sind. Die Deponenten haben sich des Verfügungsrechtes über ihre Gelder nicht begeben. Die Bank muß daher stets bereit sein, Auszahlungen aus den ihr übertragenen Kassenvorräthen in beliebiger Höhe zu leisten und auch die größeren Summen auf Kündigung in kürzester Frist herauszugeben. Wenn der Bankier, um selbst Zins zu erzielen, seinerseits Kreditgeschäfte macht, so darf er also nur einen Theil des angesammelten Geldbestandes dazu verwenden; es muß, wenn nicht der Bankrott riskirt wird, immer genug übrig bleiben, um allen Zahlungsforderungen, die auf Grund der eingegangenen Schuldverpflichtung voranschicklich erhoben werden, nachzukommen. Und aus dem, von Grunde darüben die Gelder, die in dem eigenen Kreditgeschäft der Bank zu verwenden sind, nicht auf lange Zeit und nicht in risikanter Weise festgelegt werden. Der Kredit, den der Bankier im eigenen Gewinninteresse gewährt, ist kurzfristiger und gut gesichert er Kredit, der beliebig, je nachdem größere oder geringere Zahlungsforderungen zu erwarten sind, schnell eingezogen und ausgegibt werden kann. Vorkäufe an Deponenten auf längere Zeit, Vorkäufe an Edelmetalle und jederzeit in Geld umsetzbare Wertpapiere, Ankauf ebensolcher, zinstragender Wertpapiere und vor allem der Ankauf kurzfristiger, nach ein paar Monaten fälliger Wechsel — das sind die üblichen, diesen Anforderungen entsprechenden Kreditgeschäfte, aus welchen die Banken Zinsgewinn ziehen, ohne doch die Zahlungsbereitschaft ihren Deponenten gegenüber — die Grundlage des ganzen Bankgeschäfts — einzubüßen.

Es liegt in der Natur der Sache, daß dies Kreditgeschäft der Banken, vor allem der Ankauf von Wechseln, oft zu doppelseitiger Kreditverpflichtung führt. Denn die Wechsel, welche die Bank ankauf, sind selbst schriftliche Zahlungsversprechen, für deren Erfüllung der Aussteller, in weiterer Zukunft auch der Verkäufer des Wechsels haftet. Insofern giebt die Bank Kredit. Andererseits aber wird die Bank, mit Einwilligung des Wechselverkäufers, sehr häufig die Geldsumme, auf die der Wechsel lautet, nicht in baarem Gelde zahlen, sondern ihm an Stelle dessen ein gleichwertiges, jederzeit in Baargeld umsetzbares Guthaben auf das Bankvermögen ausstellen. In diesem Falle ist es der Wechselverkäufer, der seinerseits, ebenso wie er von der Bank Kredit erhält, ihr auf der anderen Seite Kredit giebt.

Die Form des Guthabens, das bei Abwicklung solcher Geschäfte, ebenso wie bei einfacher Geldeinzahlung an die Bank, ausgehellt wird, weist nun — und das ist für die Entwicklung des gesamten Bankwesens wichtig — zwei verschiedene Grundcharaktere auf. Entweder ist das Guthaben auf die betreffende Person, die ein Wertpapier oder Geld der Bank überläßt, persönlich ausgehellt. Diese hat dann, wenn sie selbst oder durch andere Personen Geld von der Bank erhebt, besondere auf das Guthaben (Siro) begründete Zahlungsanweisungen (dazu gehören die sog. Checks) auszustellen. Oder das Guthaben erhält unpersönliche Form, d. h. die Zahlung geschieht mit Banknoten, die von dem Empfänger als eine Art Papiergeld weitergegeben werden und jederzeit von dem jeweiligen Inhaber bei der Bank zur vollen Baarzahlung präsentirt werden können. Die Schuldverpflichtung, welche die Bank materiell einget, ist in beiden Fällen die gleiche.

Aber auch die volkswirtschaftliche Wirkung bleibt, ob die Banken so oder so ihre, schließlich auf dem Vorrath von baarem Gelde fundirten Kreditgeschäfte betreiben, in ihrer allgemeinen Tendenz die nämliche. Das wesentliche ist, daß Geldsummen, die in den privaten Wirtschaften und Geschäften augenblicklich nicht gebraucht werden, sich in großen Massen vereinigen, und daß die so entstehende Geldmacht dazu benutzt wird, den Umfang, die Schnelligkeit und Sicherheit der Kreditbeschaffung in dem großen volkswirtschaftlichen Zusammenhange wach zu steigern. Diese Steigerung bedeutet aber, daß die Baarreserven, die sonst in Handel und Produktion gehalten werden müßten, um als Aushilfe bei jeder Störung des Umsatzes zu dienen, entsprechend vermindert werden, das vorhandene Kapital also in intensiverer Weise ausgenutzt werden kann. In dem der Bankkredit das notwendige Maß der Baarreserven vermindert, erleichtert er die „produktive“ Verwendung der vorhandenen Kapitale, befähigt er den Sturmschritt von Handel und Produktion, und schränkt zugleich, wovon wir ausgingen, den nationalen Baargeldvorrath, der sonst zu der Vermittlung des gestiegenen Waarenumsatzes — als „Kad der Waarengirulation“ — notwendig wäre, gewaltig ein.

— Nationale Zentralbanken. Das finanzielle Interesse der Regierungen, die in den Geldschätzen der Banken vorzügliche Stützen und Deckungsmittel ihrer Staatsschulden witterten, erklärt von vornherein die frühe Neigung, diesen Zweig wirtschaftlicher Thätigkeit staatlicher Kontrolle zu unterwerfen, große Bankmächte, die in enger Verbindung mit der Finanzverwaltung stehen, durch Privilegierung künstlich auszuzeichnen. Bei der fortschreitenden Entwicklung hat das bürgerlich-kapitalistische Interesse, dann in ähnlicher Richtung wie früher das fiskalische Interesse gewirkt. Die Herausarbeitung großer nationaler, mit besonderen Privilegien ausgestatteter und öffentlicher Kontrolle unterworfenen Banken erscheint auch vom rein ökonomischen Standpunkte aus, als der naturgemäße Abschluß und Zusammenhalt der ganzen nationalen Bankorganisation. Die Geschichte der Bank von England, dieser größten und mächtigsten aller existirenden Banken, bildet den besten Beleg dafür.

Wenn auch die Banknotenausgabe, wie wir sahen, nur eine besondere Form ist, in welcher die Banken den Personen, mit denen sie in Geschäftsverbindung treten, Guthaben eröffnen, so begreift es sich leicht, daß diese besondere Form vor allem beschränkende staatliche Maßregeln herausfordern mußte. Im Giroverkehr, wo das Guthaben auf die besondere Person des Kunden ausgestellt wird, bleibt der Kreis derer, die Anforderungen an die Bank erheben können, notwendig ein begrenzter. Die auf den Inhaber lautenden Banknoten bringen aber in alle Bevölkerungsschichten hinein, auch in solche, die selbst nicht in engerster Beziehung zu der Noten emittirenden Bank stehen und denen jede Möglichkeit, die Kreditwürdigkeit derselben zu beurtheilen, abgeht. Ein Bankbruch müßte dann unübersehbare Folgen haben, ähnlich wie ein entwertetes Staatspapiergeld. So trieb, wofür nur große, durch Privilegien geschützte nationale Banken sich im Laufe der Entwicklung herausgebildet hatten oder wofür die Möglichkeit bot, solche Institute neu zu schaffen, ein allgemeines bürgerlich-kapitalistisches Interesse dazu an, diesen, in ihrem Kredit gesicherten Instituten das Recht der Banknotenausgabe, so weit es anging, ausschließlich zu übertragen. Die große Masse der privaten Banken war damit, sofern sie sich nicht zu Effekten (aus Gründungen und aus Emissionen von Staatspapieren den Hauptgewinn ziehenden) Banken entwickelten, im wesentlichen auf den Giroverkehr angewiesen.

Freilich das Privileg der Notenausgabe an sich begründet noch nicht die zentrale Stellung der mit diesem Vorrechte ausgestatteten Bank. Vollkommen ausgebildet besteht die Zentralisation erst, wenn die privaten Banken die Geldvorräthe, deren sie als Reserve bedürfen, nicht bei sich behalten, sondern diese bei der nationalen, mit dem Notenprivilegium ausgestatteten Bank deponiren. Dann stehen die jeweilig überschüssigen Geldmassen, die von den einzelnen Banken gesammelt sind, in das eine große Becken der nationalen Bank zusammen, die damit zur Hüterin der gesammelten nationalen Geldreserve wird. Wie die Zahlungen, die von Kunden ein und derselben Bank aneinander zu leisten sind, durch Ab- und Zuschreibung in den Büchern der Bank beglichen werden können, so ist dann, wenn alle Banken als Kunden der Zentralbank ihr die baaren Kassenvorräthe anvertraut haben, die Möglichkeit geschaffen, daß Zahlungen von einer Bank zur anderen gleichfalls durch bloße Buchumschreibungen in der zentralen Bank beglichen werden können: eine Organisation, die eine mächtige Erweiterung des gesammten Giroverkehrs in sich schließt.

Die zentrale Bank, die Bank der Banken, in der die Geldreserven der Nation vereinigt sind, hat ferner durch ihre Diskontopolitik, d. h. durch die Art und Weise ihrer Kreditgewährung, speziell durch die Zinsabgabe, die sie beim Ankauf von Wechseln macht, vor allem dafür Sorge zu tragen, daß der Baarschatz, über den sie verfügt, der Baarschatz, auf welchem ihr eigener wie der Kredit der anderen Banken beruht, nicht unter ein gewisses, für die Sicherheit des Kreditverkehrs notwendiges Maß heruntersinkt. Er muß immer genügend hoch sein, um alle nothmählich an die zentrale Bank heranreitenden Forderungen zu decken.

Der Ankauf, welcher in erster Reihe dazu führt, daß das in der zentralen Bank aufgeschütete Edelmetall und Harigeld auf Grund von Bankguthaben und Noten jenseits besonders stark zurückgefordert wird, und so unter den normalen Umfang heruntersinkt, liegt in den Verwicklungen des auswärtigen Handels. Hat das Inland infolge verhärteter Waareneinfuhr oder aus anderen Gründen, außerordentlich große, durch die Ausfuhr ungedeckte Geldsummen an das Ausland zu bezahlen, so sind bedeutende Baargeldsendungen nach auswärts erforderlich. Um diese zu leisten, werden Geldforderungen an die zentrale Bank erhoben. Und diese würde ihren Baarschatz mehr und mehr einschrumpfen lassen, wenn sie nicht ihre Kreditgewährung, dadurch daß sie beim Ankauf von Wechseln höhere Zinsen forderte, entsprechend einschränkte und auf alle mögliche Weise neues Geld heranzöge. Und ebenso kann sie, wenn das beschleunigte Tempo inländischer Produktion und die daraus folgende Krise die Kreditansprüche unnormaal steigert, sich nur dadurch solvent erhalten, daß sie den Diskontosalz emporschaubt; also, um die Krise nicht künstlich noch zu steigern, die Kreditgewährung zwar nicht einstellt, in dessen die Kreditgewährung durch Anwendung höherer Zinsen erschwert.

All das sind Aufgaben, die im gemeinsamen Interesse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, aber durchaus nicht immer in dem Dividendeninteresse der jeweilig privilegierten Bankinhaber liegen. In dem die öffentliche Kontrolle, der ein solches Institut unterworfen ist, bietet — wie am besten die Bank von England, die weitans entwickeltste, wahrhaft zentrale Bank zeigt — genügende Garantien dafür, daß auch ohne Verstaatlichung die Bankleitung den ihr im öffentlichen Interesse gestellten Aufgaben nachkommt.

Bei der deutschen Reichsbank, die unter staatlicher Verwaltung steht, aber mit privatem Aktienkapital gegründet ist, liegen die Dinge ähnlich. Eine Beeinflussung der Bankpolitik durch die besonderen Interessen der privaten Aktionäre beruht, daß darüber die im allgemeinen kapitalistischen Interesse liegenden Aufgaben vernachlässigt worden wären, läßt sich nirgends nachweisen, und es begreift sich daher, daß die industriellen und kaufmännischen Kreise mit dem bestehenden Modus vollständig zufrieden sind und von einer Verstaatlichung nichts wissen wollen. Der Vertrag mit den Aktionären der Reichsbank war zuerst im Jahre 1891 und von da ab in 10-jährigen Perioden kündbar. Der nächste Reichstag wird sich also mit dem Antrag auf vollständige Verstaatlichung der Reichsbank wieder zu befassen haben. Es fragt sich, welche Stellung unsere Partei in dieser Sache einzunehmen gedenkt. Nachdem hier der Versuch gemacht ist, den allgemeinen Charakter der Bankgeschäfte und die besondere Stellung der großen nationalen Notenbanken etwas näher zu veranschaulichen, soll die besondere Organisation der Reichsbank und die Momente, die bei dem Verstaatlichungsplane von ausschlaggebender Bedeutung sind, in einem folgenden Artikel ausführlicher behandelt werden.

Der rein geschäftsmäßige Gesichtspunkt, daß auch in ihrer bisherigen Organisation die Reichsbank den banktechnischen Zwecken nachkam, kann für die bürgerlichen Interessenten, aber natürlich nicht für unsere Partei der entscheidende sein. C. S.

Soziale Rechtspflege.

Ein Urtheil, welches Kopfschütteln erregen muß, wurde vor der Kammer I des hiesigen Obergerichts unter Vorsitz des Assessors Hellwig gefällt. Der Kläger Karguth verlangte die Aufhebung des Lehrverhältnisses zwischen seinem Pflegesohn und dem Schneidermeister Klatt, wogegen letzterer auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses oder 75 M. Entschädigung klagte. Auf Grund eines zwischen dem Pfleger und dem beklagten Schneidermeister abgeschlossenen Lehrvertrages hatte der Lehrling 4 Jahre zu lernen. Nachdem er 2 1/2 Jahre gelernt, verließ der Lehrling die Lehrstelle, angeblich wegen schlechter Behandlung. Der Meister soll ihn verschiedentlich mit dem Kesselholz, einem mehrere Zoll Durchmesser enthaltenden Instrument, geschlagen haben. Ein Arzt hatte ferner konstatiert, daß der Junge zum Schneider zu schwach sei. Als weiterer Grund der Aufhebung des Lehrverhältnisses wurde noch angeführt, daß der Meister seiner Zusage angehöre

und den Lehrling in keine Fortbildungsschule geschickt habe. Dem Beklagten wurde der vorgelegte Sachverhalt bestritten. Nach längerer Verhandlung verkündete Assessor Hellwig folgendes Urtheil: Wegen Unzuständigkeit des Obergerichts wird der Kläger mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen. Nach § 1 des Gewerbegerichts-Gesetzes ist das Obergericht zuständig für gewerbliche Streitigkeiten zwischen Arbeitern und ihren Arbeitgebern u. s. w. Nun ist aber der Lehrvertrag vom Beklagten sowie vom Pfleger des Klägers abgeschlossen, also nicht vom Arbeitnehmer, dem Lehrling, weshalb wie geschehen erkannt werden mußte. Diese Entscheidung fordert zur entschiedenen Kritik heraus. Der § 2 des Gewerbegerichts-Gesetzes bestimmt, daß als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes diejenigen Gesellen, Gehilfen, Fabrikarbeiter und Lehrlinge gelten, auf welche der höchste Titel der Gewerbe-Ordnung Anwendung findet. Die Bestimmungen dieses Theiles der Gewerbe-Ordnung lassen aber keinen Zweifel darüber, daß Vater oder Vormund für den minderjährigen Lehrling in allen Fällen mit haftbar sind, so

auch bei Entschädigungs-Ansprüchen wegen unrechtmäßiger Unterbrechung des Lehrverhältnisses. Vater oder Vormund sind also auch für alle Weiterungen aus dem Lehrverhältnis mit verantwortlich. In diesem Sinne hat auch sicherlich der Gesetzgeber die Bestimmung aufgestellt. Aus der Thatfache nun, daß ein Arbeitgeber den Lehrvertrag nicht mit einem minderjährigen Lehrling, sondern mit dessen Pfleger abgeschlossen hat, läßt sich das hiesige Obergericht heraus, daß kein direkter Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Sinne des § 1 des Gewerbegerichts-Gesetzes vorliegt und erklärt sich für unzuständig! Das Urtheil steht zweifellos im Widerspruch mit den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, steht aber auch im Widerspruch mit der gewerblichen Praxis. Denn welcher Arbeitgeber würde wohl einen Lehrvertrag mit einem minderjährigen Lehrling abschließen? Unter dem Vorbehalt des Assessors Hellwig ist man allerdings schon gewöhnt, daß Urtheile gefällt werden, die der Sache nicht begreifen. Dieser Fall ist wiederum ein Beweis dafür.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, den 28. August.
Opernhaus. Die Puppentheater. Anfang 8 Uhr.
Neues fgl. Opernhaus (Krook). Die Tochter des Regiments. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Faust. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Faust. Anfang 7 Uhr.
Berliner. Zwei Wappen.
Zeffing. Die Geisha.
Wolke. Martha.
Vened. Der Stellvertreter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schafer. Die Geisha. Clavigo. Anfang 8 Uhr.
Jentral. Ein fideles Abend. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär.
Odeon. Unsere Reichspost. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verbotene Früchte. Dierauf, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Die Geishwister. Dierauf: Clavigo.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Zwei Tage Millionär.
Odeon. Unsere Reichspost. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verbotene Früchte. Dierauf, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Die Geishwister. Dierauf: Clavigo.

Schafer-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Die Geishwister. Dierauf: Clavigo.
Sonntag, abends 8 Uhr: Papa Ritsche.
Montag, abends 8 Uhr: Die Geishwister. Dierauf: Clavigo.

Luisen-Theater
31. Reichsbergerstraße 31.
Eröffnungs-Vorstellung
Dienstag, den 31. August.
Zum 1. Male:
Geschwister Fiebig.
Rodrigo's Rollspiel in 3 Akten von Oscar Wagner und Hugo Gabeler.
Mittel von Fritz Krause.
Billigverkauf im Anwaltsbüro, Unter den Linden 24 und im Theaterbüro.

Ostend-Theater.
Gr. Sternstr. 132. Dir. G. Weis.
Zum 85. Male:
Unsere Reichspost.
Rollspiel mit Gesang in 4 Akten von H. Kneifel. Musik von G. Schäfer. Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Neues großes Sommertheater. Auftreten sämtlicher Spezialitäten. Anfang 6 1/2 Uhr.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonnabend, den 28. August 1897:
Zweite Woche:
Emil Thomas u. G.
Zum 101. Male:
Ein fideles Abend.
Vorträge dramatische Revue in einem Vorspiel und 3 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Rankardt. Musik von verschiedenen Meistern, arrangiert vom Kapellmeister Julius Gindshofer. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Ein fideles Abend.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich: Konzert.
Theater-Vorstellung.
Aufstehen
Spezialitäten-Tänze. I. Rang
Neu! Neu!
Rosen aus dem Süden.
Original-Vorstellung mit Gesang von W. Grise.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saal: Grosser Ball.

Ostbahn-Park
Am Klüstriner Platz Hermann Imbs. Am Klüstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
Kaschottungs-Ensemble.
Neue Attraktions-Nummern.
Entree Sonntag 20 Pf., Kinder 10 Pf. Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf. Kaffeeische. Solisbelustigungen.
Mittwoch: Kinder-Fest.

Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
Oeconomie: Birkholz & Mittag.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
Im Saal: Grosser Ball bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung. Kaffeeische v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art. 2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Pferdebucht.
Köpenick. 20 Minuten Waldweg. Morgen, Sonntag: Großes Preis-Kaffeeischen mit Preisverteilung jede Dame, die von 2-4 Uhr Kaffee trinkt, erhält ein Loos gratis. Verlosung um 7 Uhr im Saal. Bengalische Beleuchtung des Waldes.
W. Magdeburg.

Urania
Taubenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. - Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Passage-Panopticum.
Blanc Grotte von Capri.
Eine Kriminalgeschichte.
Ein Jahrhundert der Mode.
Fahrt auf dem Goli v. Neapol (Riesen-Musik) und 500 Sehenswürdigkeiten.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 163.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Apollo-Theater
und Konzert-Garten.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Nur noch bis 31. August
Venus auf Erden.
Otto Reutter,
Else Arevalo, Mr. Rudinoff
und das erfolgreiche Programm.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Konzert 7 Uhr. Vorstellung 8 Uhr.
Mittwoch, den 1. September:
Eröffnung der Winter-Saison.
Vollständig neues aufergewöhliches großartiges Programm.
Beginn 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
(Garten resp. Saal)!
Täglich:
Stettiner Sänger
(Mehel, Pietro, Wittow, Zeidl, Krone, Mühl, Schneider und Schrader.)
Zum Schluss:
Strampelbrüder.
Ensemble von Meylel.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billets à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 M. nur im Vorverkauf. (Siehe Plakate.)
Fährbrüder können eingeleitet werden.

Puhmann's Vaudeville-Theater
Schönhäuser Allee 148, Saganien-Allee 97-99.
Täglich:
Zum Reiche der Sirenen.
Große Ausstattungsstücke mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Ludwig Glaser, Humors. Robert Hill, Operett.-Sänger. Little Nannon, Miniat.-Soub. Geishwister Ernesto, Dopp. Gel. Bardolino's Ballet. Mrs. Tribu, Luftspielerei.
Kinematograph! (lebende Photograph.) neue Serien. Großer Ball.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf. Refer. 50 Pf.

Häferland's Restaurant,
Ober-Schönevide,
empfiehlt feinen Saal, Garten, Kegelbahn, Kaffeeische. Solide Preise.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree: Saal und II. Rang 30 Pf. Sperrsitze 50 Pf., Logen u. I. Rang 1 M.

Gebr. Herrnsfeld's
I. Original-Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
verbleibt nach wie vor in

Kaufmann's Variété.
Erzielt zur Zeit die grössten Triumphe und ausverkaufte Häuser mit dem Saison-Schlager „Himmel auf Erden.“
Sonnabend, den 1. September:
Grosse Jubiläums- und Wohlthätigkeits-Vorstellung zum besten der Ueberschwemmten zum 100. und letzten Male: „Himmel auf Erden.“

Konzerthaus Sanssouci,
Kottbuserstr. 4a. Prof. G. Pierry.
Gute, Sonnabend, 28. August:
Gr. Sommerfest.
Singvögeln.
Stelner u. Walden als Duettist. Die letzten Sagabanden. Neu! Erich Reins. Neu! als Solo elegant. Aufwähler von Max Klinger. Josephine von der Heilsarmee. Adelina Zeit. Die Ballhaus-Anna. Leonhardy Hädel als Schuster Rolke.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Passé-partouts gelten nicht.

Schweizer Garten.
Am Königsthor. (Haltehalle der Pferdebahn.) Am Friedrichshain.
Neues Riesen-Programm!
Ein Sport-Fest
in Wusterhausen.
Gr. Ausstattungs-Operetten-Burleske. Carrasani's uetomisch dressierte Thierfamilie.
Im Saal: Grosser Ball. Solisbelustigungen aller Art.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Im September ist nur noch ein Sonnabend zu vergeben.

Treptow.
Restaurant Jägerheim
Köpenicker Landstrasse.
Schattiger Garten, 4 Kegelbahnen, Kaffeeische empf. Feltz Diachowdy.

Maehr's Variété-Theater
Oranienstr. 34.
Mittwoch, den 1. September 1897:
Eröffnung der Winter-Saison.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Der Galeeren-Sklave. Schauspiel mit Gesang. Die Ratten der Kompagnie Schwanz.
Geschw. Böhner, die besten Verwandlungsduettisten. R. Waltherr, Regier-Gracien und andere.
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Entree in der Woche 25 Pf., refer. Platz 40 Pf. Sonntags-Entree 40 Pf., referierter Platz 60 Pf. 1897

Grünau.
G. Wagner's Restaurant
früher Lietke.
Großer Saal, Garten, Kaffeeische. Kegelbahn. Ausspannung.

Wirthshaus Schmargendorf,
Barnimstr. 6. direkt am Grunewald, mit Garten, Tanzsaal, Vereinszimmer, Kaffeeische (à 60 Pf.) - Vereinen und Gesellschaften angelegentlich empfohlen. - Vorzügliche Speisen und Getränke zu soliden Preisen. Bahnhofs Bier. Glas 10 Pf. 13212
Jeden Sonntag: Grosser Ball. Karl Baier.

R. Hohlwein's Keglerschlösschen,
vicariedes Vokal, Treptow,
hinter der Verbindungsbahn.
Schöner Garten. Glas Bier 10 Pf. Große Weiche 20 Pf. Kaffeeischen à 60 Pf. 10802

Achtung! R. Buske, Grenadierstr. 33.
3 Säle zu Veramml., Festlichkeiten, sowie mehrere Vereinszimmer zu vergeben. Sonnabende u. Sonntage noch frei. Meldungen rechtzeitig erbeten.
Für Landpartien und Ausflüge empfehle mein Vokal. Bräuterkönig wird vergütet. Auch Dampferanlege stelle. Es ladet ein 18942

Grünau.
Gastwirthschaft von G. Lindenhayn
Friedrichstrasse 2. (17682)
Zimmer von 25-30 Personen.
Saal bis 80 Personen mit Piano. - Garten u. Kegelbahnen.
Arbeiter-Verkehrslokal.

Carolinehof. C. Mandt, Restaurant.
Dampfschiffs-Station. (19202)
Zwischen Grünau und Schmöckwitz schönster Punkt der Obersee. Ständige Omnibus-Verbindung Bahnhof Grünau. - Gold-Spielsäge.
Hüte nur mit Parteigenossen!
Schirme, Stöcke, Kravatten
Otto Gerholdt, Dredeuerstr. 9.
Ginsegnungs-Anzüge
in blau u. schwarz Kammergarn u. Gehelot zu sehr billigen, aber festen Preisen
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.
Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Schulz' Festsäle
Neue Königstr. 7, am Königsthor.
In den neu renovirten Sälen:
Jeden Sonnabend und Sonntag:
= Großer Ball. =
Vereinszimmer. Saal für Verammlungen frei. Ed. Schulz, Gastwirth.
Nonnenberg's Restaur.,
Treptow, Parkstrasse.
Jeden Sonntag: Frei-Konzert. Schöner Garten. Gr. Saal. Kaffeeische.

Jede Uhr
repariren und reinigen
loftet bei mir unter Garantie 6 Wochentags nur 1 Mark 50 Pf. anher Bruch, kleine Reparaturen billiger. Grobes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pinzetzen.
Carl Lux, Uhrmacher,
35 Chaussee-Strasse 35.

Arbeiter-Radfahrer-Verein
Berlin!
Sonnabend, den 28. d.: Tour nach dem Spreewalde. Abf. abends punkt 8 Uhr Schiffsche Brücke. [266/29]
Dampfer-Extrafahrt
nach Teufelssee
Sonntag, den 29. August, vorm. 10 Uhr und nachm. 2 Uhr, von Stralauer Brücke 6 und Restaurant „Felsen-Terrasse“ an der Schiffsche-Brücke. Preis 40 Pf., 70 Pf. hin u. zurück.
Handwäscherei u. Wasenbleiche
von Werner, Köpenick,
Gartenstr. 15.
empf. sich 3. Reinigung sammtl. Wäsche.
Allen Freunden u. Genossen bringe mein neu eröffnetes Weiss- und Baiserschmier-Lokal zur gefälligen Erinnerung. Vereinszimmer ist noch zu vergeben. Louis Schappach, Marienburgerstr. 9.

Johannisbeerwein
10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkelerei.
Damit ein gehobenes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.

Dr. Simmel Moritzplatz,
i. Haus v. Klingner
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
Künstliche Zähne.
F. Ziefens, Rosenkalerstr. 61, 2 Tr.
* Teilzahlung pr. Woche 1 M.

Bahn-Artelier.
Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. J. M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzl. Zahnziehen mit Cocain, Chloroform, Chloroform und Lidocain unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Befestigung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen, Ausfüllung, Kautschukgehästel, Woche 1 M.
Guckel, Kanthier Platz 2, Wasserstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Reel und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hittsche, gegründet 1872, Falterstr. 13. Ecke Admiralstr. am Kottbuser Thor. *

Für Landpartien und Sommerfeste
empfehlen wir in großer Auswahl: Stocklaternen, Lampen, Fahnen, Papiermützen etc. sowie Verlosungs-Gegenstände. Händler u. Arbeitervereine erhalten die billigsten Fabrikpreise.
S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 19a.

Wo kaufen Sie Ihre Cigarren?
Am besten bei
Binneböse, Schillingstr. 36.

Herren-Hüte 65 Pf.
Bessere Hüte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 15882
nur Barnim-Strasse 4/5, Sonntags geöffnet.

Möbel
vertreuen gewasene und neue, kammend billig. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 17912
Neue Königstr. 59.

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefert bis 1. 10 Pf. v. Woche. Handtuch-Verleih-Jul. K. Fiquier, Neue Königstr. 17.
Kernschreier-Kant VII. Nr. 2087.

Alte Stiefel audio. Repar. u. Best. reell u. bill. Künze. Bräuerstr. 43. 2006
Mühlenstraße Nr. 8
nahe Oberbaum u. Borsigenerstr. sind billige freundliche Hofwohnungen vom 1. Oktober zu vermieten. Näheres beim Verwalter. 20252

Cypelnerstr. 20
freundliche Hofwohnungen, part. und 1 Tr. 75 und 78 Tkr. 1595
Freundliche Hofwohnungen billig
Zwinenminderstr. 51/52.

Wohnungen von 3, 2, 1 Stube,
Rüche, Zubehör, einzelne Stuben, Stallung, Kamin, Kachelofen, billig
Frankfurter Allee 16. (34195)
80. Eisenstrasse 84.
Gesunde Hofwohnungen m. Balkon per 1. Oktober. Elektrische und Stadt-bahnverbindung. 2025

Freil. Schlaf. m. Balkon f. 18, 10 M.
bei W. Müller, Holzmarktstr. 19, 4 Tr.
Schlafst. (ep.) Parkstr. 9, 9. Ober-geb. 2 Tr. geradezu. 2196
Freundl. Schlafst. f. Herrn Köhler-straße 63, Hof 2 Tr. 2126
Wohl. Zimmer (ep.) zu verm. bei Wille, Prinzenstr. 77, v. 4 Tr. (2105

Frosch-Konzert

Halb & Halb
Mampe mit Pomeranzen.
Feinste Likörmischung.
In 3800 Berliner Geschäften zu haben.
Champagnerflasche M. 1.25.